

KINDER MIT ERHÖHTEM FÖRDERBEDARF IN DER STADT INGOLSTADT

ERGEBNISSE DER BEFRAGUNGEN
IN KINDERTAGESEINRICHTUNGEN UND GRUNDSCHULEN IN
DER STADT INGOLSTADT 2025



Im Auftrag der
Stadt Ingolstadt



Die vorliegende Untersuchung zu Kindern mit erhöhtem Förderbedarf in den Kindertageseinrichtungen und Grundschulen ist ein Projekt, das in Kooperation zwischen dem Zentralinstitut für Ehe und Familie in der Gesellschaft (ZFG) und dem Amt für Jugend und Familie sowie dem Amt für Kinderbetreuung und -bildung der Stadt Ingolstadt durchgeführt wurde.

Das Projekt konnte nur durch die Mitwirkung vieler Beteiligter gelingen. Ihnen allen gilt der Dank für ihre Unterstützung und die konstruktive Zusammenarbeit. Das Projektteam möchte sich insbesondere bedanken bei:

- den Personen, die an der Befragung teilgenommen haben,
- einer Grundschullehrerin sowie Personen aus dem Beraterzentrum für Grund- und Mittelschulen der Stadt Ingolstadt, die vorab den Fragebogen evaluiert haben,
- der Erziehungs- und Familienberatung der Caritas in Ingolstadt sowie dem Gesundheitsamt für das Bereitstellen wichtiger Zahlen und Dokumente,
- Jun.-Prof. Dr. Barbara Lenzgeiger und ihren Mitarbeitenden,
- dem Staatlichen Schulamt der Stadt Ingolstadt,
- den Kolleginnen und Kollegen der Stadt Ingolstadt, insbesondere beim Amt für Jugend und Familie und beim Amt für Kinderbetreuung und -bildung,
- dem ehemaligen Oberbürgermeister der Stadt Ingolstadt Dr. Christian Scharpf und dem aktuellen Oberbürgermeister der Stadt Ingolstadt Dr. Michael Kern,
- den berufsmäßigen Stadträten Marc Grandmontagne und Isfried Fischer sowie
- allen, die an der Universität sowie in der Stadt Ingolstadt tatkräftig mitgeholfen haben.

Das Projekt wurde von der Stadt Ingolstadt in Auftrag gegeben.

Inhaltsverzeichnis

Abbildungsverzeichnis	4
Tabellenverzeichnis	5
Kurzüberblick	6
Gründe zur Durchführung der Studie	8
Projektdesign	11
Erkenntnisgewinn	11
Erhebungsdesign	12
Befragung in den Kindertageseinrichtungen	12
Befragung in den Grundschulen	12
Überblick über Betreuungs- und Bildungseinrichtungen der Stadt Ingolstadt	14
Bevölkerungsstruktur	14
Kinderbetreuung und Kindertageseinrichtungen	14
Grundschulen	17
Kinder mit erhöhtem Förderbedarf und Kinder mit Auffälligkeiten	18
Ergebnisse der Befragung in den Kindertageseinrichtungen	20
Umfang der Befragung in den Kindertageseinrichtungen	20
Soziodemografische Merkmale der befragten pädagogischen Mitarbeitenden	21
Kinder mit erhöhtem Förderbedarf in den Einrichtungen	24
Maßnahmen zur Förderung der Kinder mit erhöhtem Förderbedarf	27
Belastungssituation der pädagogischen Mitarbeitenden	34
Rückmeldungen und Vorschläge der pädagogischen Mitarbeitenden	39
Ergebnisse der Befragung in den Grundschulen	45
Umfang der Befragung an den Grundschulen	45
Soziodemografische Merkmale der befragten Lehrkräfte	46
Kinder mit erhöhtem Förderbedarf in den Schulen	48
Maßnahmen zur Förderung der Kinder mit erhöhtem Förderbedarf	54
Belastungssituation der Lehrkräfte in den Grundschulen	59
Rückmeldungen und Vorschläge der Lehrkräfte	63
Vergleich mit anderen Studien	68
Fazit und Ausblick	69
Zusammenfassung der zentralen Umfrageergebnisse	69
Handlungsempfehlungen	73

Ausblick	79
Literaturverzeichnis	80
Beteiligte Personen	82

Abbildungsverzeichnis

Abbildung 1: Lebendgeburten in Ingolstadt im Zeitverlauf (2019-2023)	14
Abbildung 2: Anzahl an Kindern der verschiedenen Altersgruppen in den Kindertageseinrichtungen der Stadt Ingolstadt	15
Abbildung 3: Anzahl an Kindern in den Kindertageseinrichtungen der Stadt Ingolstadt im Zeitverlauf (2019-2024)	16
Abbildung 4: Anzahl an Kindertageseinrichtungen in der Stadt Ingolstadt im Zeitverlauf (2019 bis 2024)	16
Abbildung 5: Anzahl an Personal in den Kindertageseinrichtungen der Stadt Ingolstadt im Zeitverlauf (2019-2024)	17
Abbildung 6: Kinder mit sprachlichen Auffälligkeiten im Rahmen der Schuleingangsuntersuchungen in der Stadt Ingolstadt im Zeitverlauf (2018-2023)	19
Abbildung 7: Altersverteilung der Befragten	21
Abbildung 8: Zeit im jetzigen Beruf und der jetzigen Einrichtung der Befragten	22
Abbildung 9: Stadtteil, in dem die Einrichtung liegt, in welcher die Befragten tätig sind	23
Abbildung 10: Kinder mit Auffälligkeiten in den jeweiligen Bereichen (Anteil in Bezug auf die Gesamtkinderanzahl)	25
Abbildung 11: Gründe, warum Kinder trotz ihrer Auffälligkeiten bisher keine integrativen Maßnahmen erhalten (Zustimmung in %)	26
Abbildung 12: Anzahl an Kindern in den Gruppen, die derzeit die jeweilige Maßnahme nutzen (aus Sicht der pädagogischen Mitarbeitenden in den Gruppen)	29
Abbildung 13: Anteil der Kinder in den Gruppen, die die Maßnahmen aktuell nicht erhalten, aber aus Sicht der pädagogischen Mitarbeitenden in den Gruppen benötigen würden	30
Abbildung 14: Gründe für die derzeitige Nicht-Nutzung der jeweiligen Maßnahme trotz des Bedarfs aus Sicht der pädagogischen Mitarbeitenden in den Gruppen (jeweils Anteil der Zustimmung, dass Grund passend ist)	32
Abbildung 15: Nutzung und weiterer Bedarf der Kinder in den Gruppen an Vorkursen Deutsch aus Sicht der pädagogischen Mitarbeitenden in den Gruppen	33
Abbildung 16: Einschätzung der Belastungssituation aus Sicht der Mitarbeitenden und Einrichtungsleitungen	35
Abbildung 17: Rangfolge der jeweiligen Auffälligkeit aus Sicht der pädagogischen Mitarbeitenden	36
Abbildung 18: Derzeitige und gewünschte Nutzung der Maßnahmen zur Stärkung der eigenen Resilienz aus Sicht der pädagogischen Mitarbeitenden in den Gruppen	38
Abbildung 19: Derzeitige und gewünschte Nutzung der Maßnahmen zur Stärkung der eigenen Resilienz aus Sicht der Einrichtungsleitungen, die nicht in den Gruppen tätig sind	39

Abbildung 20: Stadtteil, in dem die Schule liegt, an der die Befragten tätig sind	46
Abbildung 21: Zeit im derzeitigen Beruf und an der aktuellen Schule	47
Abbildung 22: Verteilung der Jahrgangsstufen der betrachteten Klassen	47
Abbildung 23: Anteile der Klassen nach Kinderanzahl.....	48
Abbildung 24: Anzahl an Kindern mit sonderpädagogischem Förderbedarf in der Klasse	49
Abbildung 25: Anzahl an Kindern mit Notenschutz/Nachteilsausgleich in der Klasse	49
Abbildung 26: Anteil an Kindern mit Auffälligkeiten an Gesamtkinderanzahl.....	52
Abbildung 27: Gründe, warum Kinder trotz ihrer Auffälligkeiten bisher keinen sonderpädagogischen Förderbedarf oder Notenschutz bzw. Nachteilsausgleich erhalten haben (nach Einschätzung der Befragten).....	53
Abbildung 28: Zahl der Kinder in den Klassen, die derzeit die jeweilige Maßnahme nutzen .	55
Abbildung 29: Zahl der Kinder in der Klasse, die die jeweilige Maßnahme aktuell nicht erhalten, aber aus Sicht der Befragten benötigen würden	56
Abbildung 30: Gründe für die derzeitige Nicht-Nutzung der jeweiligen Maßnahme trotz des Bedarfs aus Sicht der Befragten (Angaben in %, jeweils Zustimmung, ob Grund zutreffend erscheint)	58
Abbildung 31: Anteil der Anzahl an Kursen (Vorkurs Deutsch und Deutschförder- bzw. DaZ-Kurs) in den jeweiligen Grundschulen	59
Abbildung 32: Belastungseinschätzung der Befragten in den Grundschulen (Angaben in %)	59
Abbildung 33: Rangfolge der jeweiligen Auffälligkeit aus Sicht der Mitarbeitenden	61
Abbildung 34: Derzeitige und gewünschte Nutzung der Maßnahmen zur Stärkung der eigenen Resilienz.....	62

Tabellenverzeichnis

Tabelle 1: Rangfolge der Mittelwerte der Auffälligkeiten aus Sicht der pädagogischen Mitarbeitenden.....	37
Tabelle 2: Rangfolge der Mittelwerte der Auffälligkeiten aus Sicht der Lehrer/-innen.....	61
Tabelle 3: Übersicht über Maßnahmenvorschläge und Zuständigkeiten.....	77

Kurzüberblick

Methodisches Vorgehen

Um die Situation von Kindern mit erhöhtem Förderbedarf in den Kindertageseinrichtungen und Grundschulen der Stadt Ingolstadt zu analysieren, wurden im Frühjahr 2025 Onlineumfragen unter den pädagogischen Mitarbeitenden der Kindertageseinrichtungen und den Lehrkräften an den Grundschulen durchgeführt. Diese Befragungen sollten verlässliche Daten zu Kindern mit integrativer Maßnahme bzw. Eingliederungshilfe, Kindern in inklusiver Beschulung sowie Kindern, die ähnliche oder weitere Auffälligkeiten zeigen, liefern. Dabei wurden jeweils auch die vorhandenen Fördermaßnahmen und der Bedarf evaluiert. Ein besonderes Augenmerk lag auf den Sprachförderkursen wie dem Vorkurs Deutsch. Die Ergebnisse der Befragung sollen notwendige Maßnahmen zur Unterstützung von Kindern mit erhöhtem Förderbedarf aufzeigen und damit zu einer Weiterentwicklung im Bereich der Kindertageseinrichtungen und Grundschulen, von der sowohl die Kinder als auch die pädagogischen Mitarbeitenden und Lehrkräfte profitieren, beitragen. Die Verteilung der personalisierten Zugangslinks zur Onlineumfrage erfolgte über die jeweilige Einrichtungs- bzw. Schulleitung.

Befragung in Kindertageseinrichtungen

Für die Analysen im Rahmen dieser Studie konnten die Antworten von 236 pädagogischen Mitarbeitenden aus den Kindertageseinrichtungen herangezogen werden.

Befragung in Grundschulen

Die Datenauswertung im Rahmen der Befragung an Grundschulen beruht auf 146 Antworten der Lehrkräfte bzw. Förder- und Fachlehrer/-innen.

Ergebnisse:

Kinder mit integrativen Maßnahmen und Eingliederungshilfen in den Kindertageseinrichtungen

Im Hinblick auf Kinder mit integrativen Maßnahmen bzw. Eingliederungshilfen lässt sich festhalten, dass, unter Ausschluss von Ausreißern, in den Gruppen zwischen keinem und vier Kindern mit integrativen Maßnahmen bzw. Eingliederungshilfen unter drei Jahren und zwischen keinem und acht Kindern mit ebendiesen Maßnahmen im Alter von drei Jahren und älter vorhanden sind. Insgesamt werden 245 Kinder mit integrativen Maßnahmen in der Befragung angegeben.

Kinder mit sonderpädagogischem Förderbedarf, Notenschutz oder Nachteilsausgleich in den Grundschulen

In den Grundschulen liegt die Anzahl an Kindern mit sonderpädagogischem Förderschwerpunkt je Klasse zwischen keinem und sechs Kind(ern). Mit Notenschutz bzw. Nachteilsausgleich sind innerhalb einer Klasse ebenfalls bis zu sechs Kinder gleichzeitig vertreten.

Kinder mit Auffälligkeiten in den Kindertageseinrichtungen

Neben den Kindern, die Unterstützungsleistungen wie integrative Maßnahmen oder Eingliederungshilfen erhalten, gibt es auch Kinder, die ähnliche Auffälligkeiten aufweisen, aber keinen Förderstatus innehaben. Es werden in den Kindertageseinrichtungen insgesamt 146 solche Kinder unter drei Jahren und 789 im Alter von drei Jahren und älter angegeben. Damit ergeben sich insgesamt 935 Kinder. Dies entspricht einem Anteil von 26,8 % an der in der Befragung enthaltenen Gesamtkinderanzahl.

Kinder mit Auffälligkeiten in den Grundschulen

In den Grundschulen sind, neben den Kindern, die einen sonderpädagogischen Förderbedarf aufweisen oder Notenschutz oder Nachteilsausgleich erhalten, ebenfalls weitere Kinder in den verschiedenen Bereichen auffällig. Die Gesamtanzahl der angegebenen Kinder mit Auffälligkeiten in den Grundschulen der Stadt Ingolstadt beträgt 953, dies entspricht 31,6 % aller in der Befragung angegebenen Kinder.

Maßnahmen der Kinder mit Auffälligkeiten in den Kindertageseinrichtungen

Zur Förderung bestehen verschiedene Maßnahmen, die von den Kindern genutzt werden können. Die drei häufigsten Maßnahmen in den Kindertageseinrichtungen, die mindestens ein Kind mit Auffälligkeiten aus den Gruppen wahrnimmt, sind die Beratung seitens eines heilpädagogischen Fachdienstes, logopädische bzw. sprachtherapeutische Maßnahmen und heilpädagogische Maßnahmen. Am seltensten genutzt wird die Individualbegleitung.

Der größte weitere Bedarf besteht aus Sicht der pädagogischen Mitarbeitenden bei den Kindern an Logopädie. Darauf folgen Ergotherapie und die Unterstützung durch eine heilpädagogische Fachkraft, Beratung durch einen heilpädagogischen Fachdienst sowie die heilpädagogischen Maßnahmen im Allgemeinen.

Maßnahmen der Kinder mit Auffälligkeiten in den Grundschulen

In den Klassen der Grundschulen in Ingolstadt sind die verbreitetsten Maßnahmen die Hilfe von Schulpsychologen und -psychologinnen, die Unterstützung durch Förderlehrer/-innen und durch Beratungslehrkräfte. Am seltensten angegeben werden physiotherapeutische und heilpädagogische Maßnahmen.

Zusätzlich werden aus Sicht der Befragten häufig die Unterstützung durch Förderlehrer/-innen oder von Schulpsychologen und -psychologinnen benötigt. Auch die Beratung durch Beratungslehrkräfte wird oftmals zusätzlich als adäquate Maßnahme angesehen.

Belastungssituation der pädagogischen Mitarbeitenden in den Kindertageseinrichtungen und der Lehrkräfte in den Grundschulen

In den Kindertageseinrichtungen fühlen sich fast 64 % der pädagogischen Mitarbeitenden zumindest belastet, 31,5 % von ihnen geben sogar eine starke Belastung an. In den Schulen zeigt sich ein ähnliches Bild: 39,8 % der Befragten geben „belastet“ und 38,1 % „stark belastet“ an. Das bedeutet, dass 77,9 % der Mitarbeitenden mindestens belastet sind.

In beiden Institutionen sind dabei die Auffälligkeiten im sozial-emotionalen Bereich und die sprachlichen Auffälligkeiten besonders belastend und herausfordernd.

Geeignete Maßnahmen für eine Entlastung sind aus Sicht der Befragten vor allem Coaching und Supervision. Beide Maßnahmen kommen derzeit noch wenig zur Anwendung, werden aber für die Zukunft von sehr vielen der Befragten gewünscht.

Gründe zur Durchführung der Studie

In den Kindertageseinrichtungen und Grundschulen der Stadt Ingolstadt hat die Zahl an Kindern mit einem erhöhten Förderbedarf bzw. entwicklungsbezogenen Auffälligkeiten in den letzten Jahren kontinuierlich zugenommen (Foidl und Gronauer 2023; Stadt Ingolstadt - Jugendhilfeausschuss 2023). So benötigten im Jahr 2023 von den rund 6.400 Kindern, die in Ingolstadt eine Kindertageseinrichtung besuchten, durchschnittlich 236 Kinder einen speziellen Integrativplatz, der den Kindern eine stärkere Unterstützung und Betreuung zusichert (Stadt Ingolstadt - Amt für Kinderbetreuung und -bildung 2024).

Diese Unterstützungsmaßnahmen sind für Kinder mit geistigen oder körperlichen Behinderungen aktuell durch das SGB IX abgesichert. In § 1 heißt es (SGB IX, vom 23.12.2016):

„Menschen mit Behinderungen oder von Behinderung bedrohte Menschen erhalten Leistungen nach diesem Buch und den für die Rehabilitationsträger geltenden Leistungsgesetzen, um ihre Selbstbestimmung und ihre volle, wirksame und gleichberechtigte Teilhabe am Leben in der Gesellschaft zu fördern, Benachteiligungen zu vermeiden oder ihnen entgegenzuwirken. Dabei wird den besonderen Bedürfnissen von Frauen und Kindern mit Behinderungen und von Behinderung bedrohter Frauen und Kinder sowie Menschen mit seelischen Behinderungen oder von einer solchen Behinderung bedrohter Menschen Rechnung getragen.“

Kinder, die aufgrund von seelischen Behinderungen, gesonderte Hilfen benötigen, erhalten diese über das SGB VIII und damit die Kinder- und Jugendhilfe. In § 35a, Satz 1 und 2 wird dazu festgehalten (SGB VIII, vom 11.09.2012):

„(1) Kinder oder Jugendliche haben Anspruch auf Eingliederungshilfe, wenn
1. ihre seelische Gesundheit mit hoher Wahrscheinlichkeit länger als sechs Monate von dem für ihr Lebensalter typischen Zustand abweicht, und
2. daher ihre Teilhabe am Leben in der Gesellschaft beeinträchtigt ist oder eine solche Beeinträchtigung zu erwarten ist.“

Die Trennung der Unterstützungsleistungen in verschiedene Gesetzbücher wurde bereits vielfach diskutiert und es gibt Bestrebungen, diese zu überwinden und alle Maßnahmen in die Zuständigkeit der Kinder- und Jugendhilfe zu übergeben, um somit eine ganzheitliche Persönlichkeitsentwicklung der jungen Menschen in den Fokus zu rücken. Am 20.12.2024 wurde dazu auch das Kinder- und Jugendhilfeinklusionsgesetz im Bundesrat vorgestellt. Inwiefern eine Weiterbearbeitung des Vorhabens erfolgt, wird sich in den nächsten Jahren zeigen.

Neben den Kindern, bei denen entsprechende Bedarfe diagnostiziert und Hilfen eingeleitet wurden, berichten die Einrichtungen und andere Akteure im Bereich von Kinderbetreuung und Bildung zudem von einer steigenden Zahl an Kindern mit vergleichbaren Auffälligkeiten, bei denen allerdings bisher kein Antrag auf Unterstützungsmaßnahmen vorgenommen wurde. Dazu zählen insbesondere auch Kinder mit Sprachauffälligkeiten, deren Anteil sich bei den Schuleingangsuntersuchungen des Ingolstädter Gesundheitsamts von 10,7 % im Jahr 2018 auf 22,0 % im Jahr 2023 mehr als verdoppelt hat (Stadt Ingolstadt - Gesundheitsamt 2024a).

Doch was lässt sich unter Kindern mit Auffälligkeiten einordnen? Der Psychologe Prof. Dr. Klaus Fröhlich-Gildhoff, der bis 2020 die Professur für Entwicklungspsychologie und Klinische Psychologie an der Evangelischen Hochschule Freiburg innehatte, Dr. Rieke Hoffer, welche die Professur für Soziale Arbeit im Kontext von Kindheit, Jugend und Familie der Hochschule Koblenz besetzt, und Prof. Dr. Maike Rönnau-Böse, die Leiterin des Studiengangs Pädagogik der Kindheit an der Evangelischen Hochschule Freiburg, verweisen auf den starken Bezug zu bestimmten Normen, die die Abweichung erst sichtbar machen:

„Verhaltensweisen von Kindern (und Erwachsenen) werden immer in Relation zu einer sozialen Norm gesetzt: Wenn beispielsweise ein Kind im letzten Kindergartenjahr in der Lage ist, beim Morgenkreis entsprechend den Regeln der Gruppe teilzunehmen, so liegt dies im Rahmen der erwarteten Entwicklungsmöglichkeiten des Kindes, es liegt nicht ›außerhalb‹ der Norm – sondern in diesem Fall innerhalb der Norm-Vorstellungen der Fachkräfte in der Einrichtung. Wenn ihm dies nicht gelingt, verstößt es gegen diese Norm, es fällt ›auffällig‹ aus der Norm heraus.“ (Fröhlich-Gildhoff et al. 2021)

Die Auffälligkeit entsteht dann, wenn ein Kind häufig gegen bestimmte erwartete Bezugspunkte der sozialen Gruppe (in diesem Fall der Kindertageseinrichtung) verstößt. Die Auffälligkeiten bedeuten also keine festgelegte Eigenschaft, sondern können in anderen sozialen Kontexten unterschiedlich wahrgenommen und je nach Auslegung und Verständnis dort auch als nicht von der Norm abweichend, d. h. als unauffällig, eingeschätzt werden (Fröhlich-Gildhoff et al. 2021).

Die Befragung fokussiert dementsprechend Kinder mit Auffälligkeiten, die aus Sicht der pädagogischen Mitarbeitenden bzw. der Lehrkräfte einen erhöhten Förder- und Betreuungsbedarf aufweisen, der z. B. entsprechendes zusätzliches Personal und/oder externe Dienste zur Unterstützung erfordern würde. Das Fehlen der Hilfeleistungen kann sowohl negative Auswirkungen auf die Entwicklung des betreffenden Kindes haben, da dieses nicht optimal gefördert wird, als auch zu einer Überlastung des pädagogischen Personals oder der Lehrkräfte führen.

Die Thematik besitzt also für alle Beteiligten eine hohe Relevanz. Da Kinder mit erhöhtem Förderbedarf ohne integrative Maßnahme bzw. Eingliederungshilfe oder Kinder ohne sonderpädagogischen Förderbedarf statistisch nicht erfasst werden, sind bisher keine qualifizierten Aussagen zum Ausmaß dieses Phänomens möglich. Dieses Forschungsprojekt soll diesen Umstand ändern und verlässliche Daten zu den Kindern mit integrativer Maßnahme bzw. Eingliederungshilfe, zu den Kindern in inklusiver Beschulung sowie zu den Kindern, die ähnliche oder weitere Auffälligkeiten zeigen, liefern. Um die Situation und Förderung der Kinder sowie der pädagogischen Mitarbeitenden und Lehrkräfte einschätzen zu können, werden zudem die für die Kinder vorhandenen Fördermaßnahmen und der Bedarf sowie die Belastungssituation der Mitarbeitenden evaluiert.

Die vorliegende Studie liefert der Stadt Ingolstadt als Auftraggeberin eine umfassende Datengrundlage zur Situation der Kinder mit erhöhtem Förderbedarf in den Kindertageseinrichtungen und Grundschulen, die in der Stadt ansässig sind.

Basierend auf den Ergebnissen der Studie können in der Stadt Ingolstadt die Maßnahmen zur Förderung von Kindern mit besonderem Förderbedarf bzw. Auffälligkeiten im Allgemeinen weiterentwickelt sowie dadurch auch Möglichkeiten der besseren Unterstützung der pädagogischen Mitarbeitenden und Lehrkräfte erreicht werden.

Im Folgenden werden, nach einer detaillierteren Vorstellung des Projektdesigns und der bestehenden Daten zu Kindern mit erhöhtem Förderbedarf in der Stadt Ingolstadt, die Ergebnisse der empirischen Erhebungen dargestellt.

Projektdesign

Erkenntnisgewinn

Mit diesem Projekt soll untersucht werden, wie sich die Situation von Kindern mit erhöhtem Förderbedarf in den Ingolstädter Betreuungs- und Bildungseinrichtungen gestaltet. Mit einer Befragung von pädagogischen Mitarbeitenden in den Kindertageseinrichtungen und Lehrkräften in den Grundschulen sollen genauere Informationen und belastbare Zahlen zu Kindern mit erhöhtem Förderbedarf oder Auffälligkeiten generiert werden. Ziel der durchgeführten Erhebungen ist es, eine Datengrundlage über die Situation von Kindern mit erhöhtem Förderbedarf in den Ingolstädter Kindertageseinrichtungen und Grundschulen zu schaffen.

Im Mittelpunkt des Erkenntnisinteresses stehen die folgenden Fragen:

- Wie viele Kinder mit integrativer Maßnahme bzw. Eingliederungshilfe sind in den Gruppen der Kindertageseinrichtungen und wie viele Kinder mit sonderpädagogischem Förderbedarf bzw. mit Notenschutz oder Nachteilsausgleich sind in den Klassen der Grundschulen vorhanden und welche Bedarfe weisen diese Kinder auf?
- Wie viele weitere Kinder mit ähnlichen oder weiteren Auffälligkeiten besuchen die Gruppen oder Klassen und welche Auffälligkeiten zeigen die Kinder?
- Was sind die Gründe dafür, dass trotz der Auffälligkeiten keine integrative Maßnahme bzw. Eingliederungshilfe oder kein sonderpädagogischer Förderbedarf bzw. Notenschutz oder Nachteilsausgleich vorliegt?
- Welche Maßnahmen zur Förderung der Kinder mit Auffälligkeiten sind vorhanden und wie werden sie genutzt?
- Wie ist der weitere Bedarf an Unterstützungsmaßnahmen?
- Wie ist der Bedarf und wie ist das Angebot an Vorkursen Deutsch bzw. Kursen wie Deutsch als Zweitsprache?
- Was sind die Gründe dafür, dass manche Kinder die notwendigen Unterstützungsmaßnahmen nicht erhalten?
- Wie ist die Belastungssituation der pädagogischen Mitarbeitenden bzw. Lehrkräfte angesichts der Kinder mit Auffälligkeiten? Welche Maßnahmen gibt es zur Stärkung der Resilienz der pädagogischen Mitarbeitenden bzw. Lehrkräfte?
- Was wünschen sich die pädagogischen Mitarbeitenden bzw. Lehrkräfte für sich persönlich sowie für die Kinder mit Auffälligkeiten, um eine bessere Förderung zu ermöglichen?
- Welche Ansätze ergeben sich für die Verantwortlichen in der Stadt Ingolstadt auf Grundlage der Studienergebnisse? Welche Punkte können zukünftig berücksichtigt werden?

Erhebungsdesign

Es wurden zwei Befragungen durchgeführt. Die eine Umfrage wurde für die pädagogischen Mitarbeitenden in den Kindertageseinrichtungen und die andere für die Lehrkräfte und Fach- und Förderlehrer/-innen in den Grundschulen konzipiert. Beide Erhebungen wurden in Form von Onlineumfragen durchgeführt. Sie ähneln sich thematisch, um eine Vergleichbarkeit zu ermöglichen. So enthalten sie jeweils Fragen zu Kindern mit integrativer Maßnahme bzw. Eingliederungshilfe oder sonderpädagogischem Förderbedarf, zu weiteren Kindern mit Auffälligkeiten, zum gegenwärtigen Nutzungsverhalten der Fördermaßnahmen, dem diesbezüglichen Bedarf und zu den Bedürfnissen und Wünschen der pädagogischen Mitarbeitenden und Lehrkräfte. Im Fragebogen für die Grundschulen wurde bei den Arten der Auffälligkeiten an einigen Stellen weiter differenziert als im Kita-Bereich.

Befragung in den Kindertageseinrichtungen

Um die Situation der Kinder mit erhöhtem Förderbedarf in den Kindertageseinrichtungen abschätzen zu können, wurden im Rahmen der Onlineumfrage alle Personen, die mit den Kindern arbeiten, sowie die Leitungen der Einrichtungen befragt. Der Link zu dieser Umfrage wurde den entsprechenden Personen von ihrer Einrichtungsleitung per E-Mail zugeschickt. Die Leitungen hatten die entsprechende Anzahl an Links vorher vom Amt für Kinderbetreuung und -bildung der Stadt Ingolstadt erhalten.

Die Umfrage war dabei teilstandardisiert gestaltet, d. h. sie bestand zum großen Teil aus Fragen mit vorgegebenen Antwortmöglichkeiten, an einigen Stellen konnten die Personen aber auch Freitextangaben machen.

Gegenstand der Umfrage waren u. a. folgende Themenbereiche:

- Kinder mit erhöhtem Förderbedarf
- Maßnahmen zur Förderung von Kindern mit erhöhtem Förderbedarf
- Belastungssituation der Mitarbeitenden und Wünsche für die Arbeit mit den Kindern
- Demografische Angaben
- Angaben zur Kindertageseinrichtung

Der Link zur Befragung wurde den Mitarbeitenden in den Kindertageseinrichtungen Mitte Februar 2025 zugeschickt. Danach hatten sie bis Ende März Zeit, die Umfrage auszufüllen.

Befragung in den Grundschulen

Die Zielgruppe der Befragung an den Grundschulen waren die Lehrkräfte, die Fach- und Förderlehrer/-innen und die Schulleitungen, die an den Grundschulen in der Stadt Ingolstadt tätig sind.

Wie bei der Befragung in den Kindertageseinrichtungen wurde ein teilstandardisierter Fragebogen verwendet, der aus geschlossenen Fragen, Hybridfragen (d. h. Fragen mit größtenteils vorgegebenen Antwortmöglichkeiten, aber auch der Möglichkeit, noch weitere Dinge in eigenen Worten zu ergänzen) und offenen Fragen bestand.

In der Befragung an den Grundschulen wurden folgende Bereiche thematisiert:

- Kinder mit erhöhtem Förderbedarf
- Maßnahmen zur Förderung von Kindern mit erhöhtem Förderbedarf
- Belastungssituation der Lehrkräfte und Wünsche für die Arbeit mit den Kindern
- Demografische Angaben
- Angaben zur Grundschule

Wie bei der Befragung in den Kindertageseinrichtungen handelte es sich auch hierbei um eine Onlineumfrage. Die Links wurden den Lehrkräften sowie Fach- und Förderlehrer/-innen von ihrer Schulleitung, die diese vom Schulamt der Stadt Ingolstadt erhielt, Mitte Februar 2025 bereitgestellt. Die Teilnahme an der Umfrage war wie bei den Kindertageseinrichtungen bis Ende März möglich.

Überblick über Betreuungs- und Bildungseinrichtungen der Stadt Ingolstadt

Die folgenden Abschnitte geben einen Überblick über die Bevölkerungsstruktur, die Kinderbetreuungsangebote in den Kindertageseinrichtungen, die Grundschulen der Stadt Ingolstadt und die dortigen Kinder mit erhöhtem Förderbedarf oder Auffälligkeiten.

Bevölkerungsstruktur

Die Stadt Ingolstadt wies zum Stichtag des 31.12.2022 141.029 Einwohner und Einwohnerinnen auf (Bayerisches Landesamt für Statistik 2024d). Dazu zählten 9.163 Kinder unter sechs Jahren und 11.925 Personen, die zwischen sechs und 15 Jahren alt waren (Bayerisches Landesamt für Statistik 2024d). Der Anteil der unter 15-jährigen entspricht damit 15 % der Gesamtbevölkerung Ingolstadts (Bayerisches Landesamt für Statistik 2024d).

Die Anzahl der Geburten lag in Ingolstadt, wie in Abbildung 1 sichtbar, in den letzten Jahren bei ca. 1.500 Geburten pro Jahr (Bayerisches Landesamt für Statistik 2025). Im Jahr 2023 ist die Zahl der Lebendgeburten mit 1.422 erstmals seit 2016 wieder unter 1.500 Lebendgeburten pro Jahr gesunken (Bayerisches Landesamt für Statistik 2025).

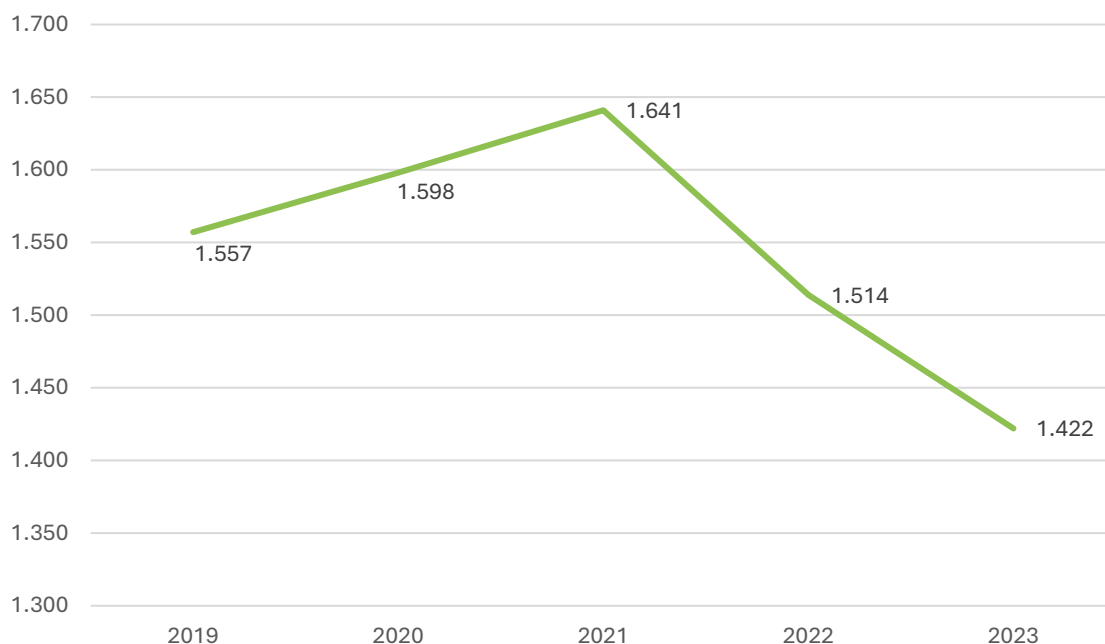


Abbildung 1: Lebendgeburten in Ingolstadt im Zeitverlauf (2019-2023)

Quelle: Bayerisches Landesamt für Statistik (2025).

Kinderbetreuung und Kindertageseinrichtungen

Die Anzahl an Kindern, die in Kindertageseinrichtungen der Stadt Ingolstadt betreut wird, betrug zum Stichtag 01.03.2024 6.538 (Bayerisches Landesamt für Statistik 2024c). Mit einer Zahl von 3.841 ist dabei über die Hälfte der Kinder, die eine Kindertageseinrichtung besuchen, mindestens drei und unter sechs Jahre alt, 1.539 Kinder haben ein Alter zwischen sechs und

unter elf Jahren und 1.137 Kinder sind unter drei Jahren (Bayerisches Landesamt für Statistik 2024c) (s. Abbildung 2).

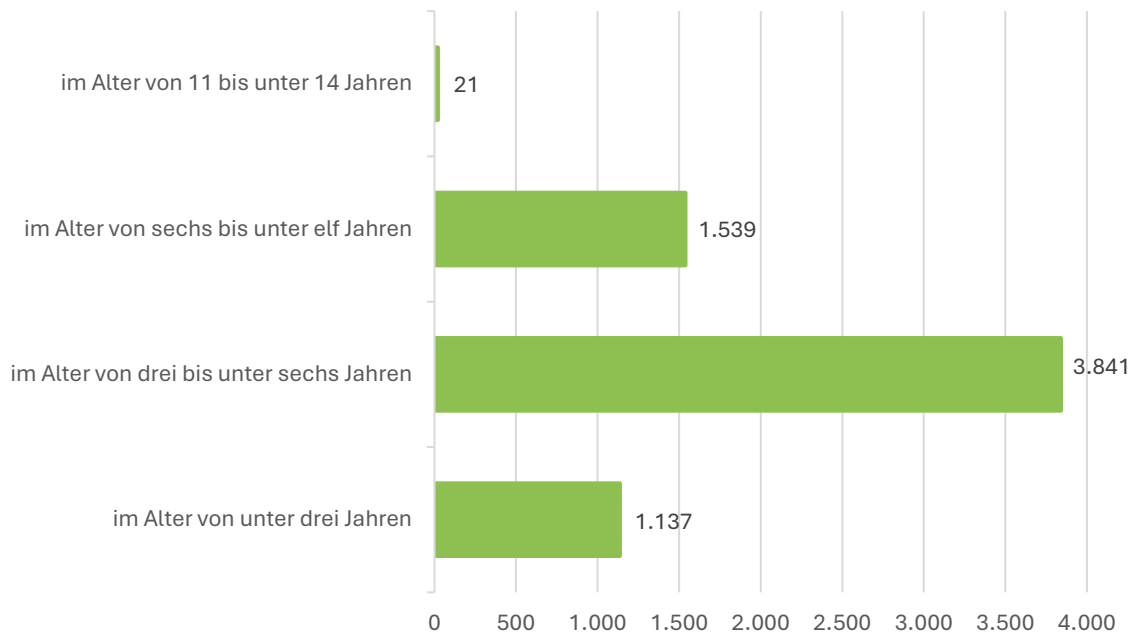


Abbildung 2: Anzahl an Kindern der verschiedenen Altersgruppen in den Kindertageseinrichtungen der Stadt Ingolstadt

Quelle: Bayerisches Landesamt für Statistik (2024c).

Zum 01.03.2024 gab es 117 Kindertageseinrichtungen in Ingolstadt, in denen 1.579 Personen tätig waren, 1.180 davon mit fachpädagogischem Berufsbildungsabschluss (Bayerisches Landesamt für Statistik 2024c). Von ihnen sind mit 486 Personen knapp ein Drittel mindestens 38,5 Wochenstunden, also in Vollzeit, tätig (Bayerisches Landesamt für Statistik 2024c). Aus Sicht des Amts für Kinderbetreuung und -bildung gestaltet sich die Personalsituation in den Kindertageseinrichtungen damit weiterhin als angespannt (Stadt Ingolstadt - Amt für Kinderbetreuung und -bildung 2024).

Die Kindertageseinrichtungen befinden sich zum Teil in freier und zum Teil in städtischer Trägerschaft, im Jahr 2023 gab es 45 städtische Kindertageseinrichtungen (Stadt Ingolstadt - Amt für Kinderbetreuung und -bildung 2024).

Wie in Abbildung 3, Abbildung 4 und Abbildung 5 sichtbar, steigen die Anzahl an Kindertageseinrichtungen, die Anzahl an Personen, die in diesen tätig sind, sowie die Anzahl an Kindern, die in den Kindertageseinrichtungen betreut werden, im Jahresverlauf von 2019 bis 2024 stetig an (mit einem Ausreißer im Jahr 2023).

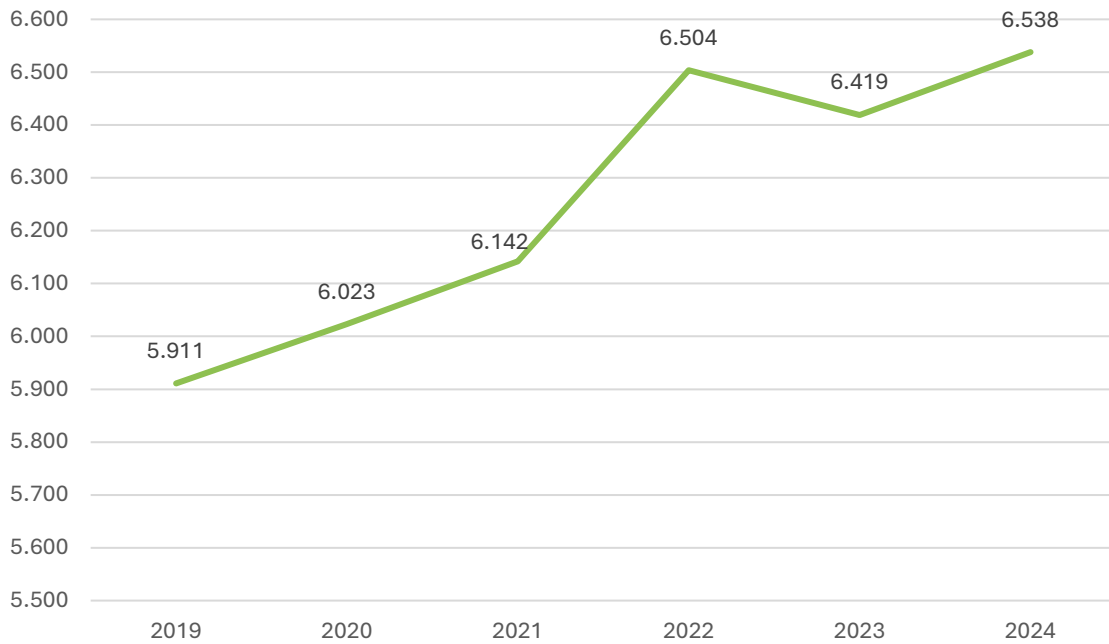


Abbildung 3: Anzahl an Kindern in den Kindertageseinrichtungen der Stadt Ingolstadt im Zeitverlauf (2019-2024)

Quelle: Bayerisches Landesamt für Statistik (2024d, 2024c).

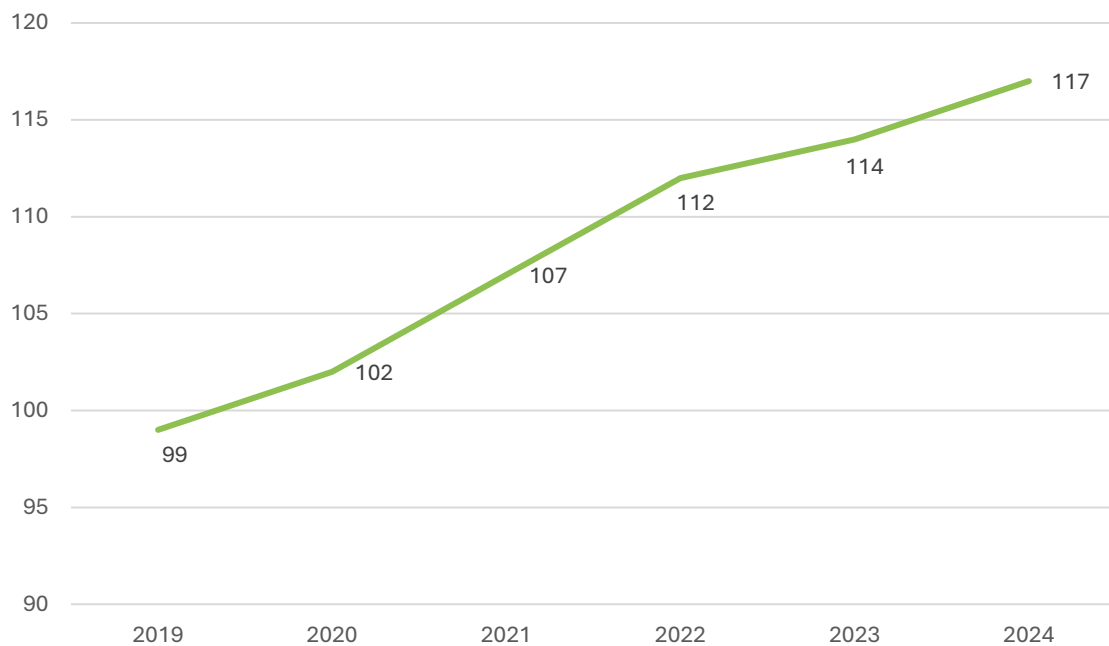


Abbildung 4: Anzahl an Kindertageseinrichtungen in der Stadt Ingolstadt im Zeitverlauf (2019 bis 2024)

Quelle: Bayerisches Landesamt für Statistik (2024d, 2024c).

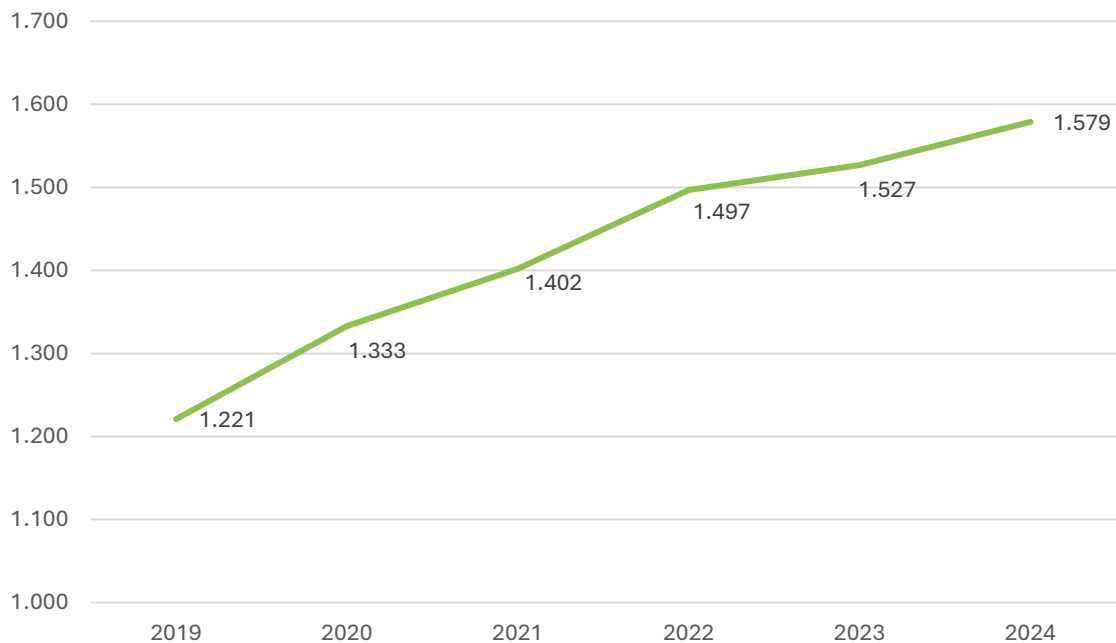


Abbildung 5: Anzahl an Personal in den Kindertageseinrichtungen der Stadt Ingolstadt im Zeitverlauf (2019-2024)

Quelle: Bayerisches Landesamt für Statistik (2024d, 2024c).

Die Betreuungsquote¹ von Kindern im Alter von unter drei Jahren in der Stadt Ingolstadt lag im Jahr 2023 bei 34,3 %. Dabei beträgt die Zahl der betreuten Kinder unter drei Jahren 2023 1.496. Bei Kindern im Alter von drei bis sechs Jahren lag die Betreuungsquote bei 96,6 %. In dieser Altersgruppe wurden 4.383 Kinder in den Ingolstädter Kindertageseinrichtungen betreut (Stadt Ingolstadt - Amt für Kinderbetreuung und -bildung 2024)

Grundschulen

In der Stadt Ingolstadt gab es zum Stichtag am 01.03.2024 18 Grundschulen, zwei davon in privater und 16 in öffentlicher Trägerschaft (Bayerisches Landesamt für Statistik 2024a).

Die Anzahl an Schülern und Schülerinnen, die gesammelt für die Grund- und Mittelschulen (in Ingolstadt aktuell 25 Schulen) veröffentlicht wird, betrug im Schuljahr 2023/24 7.861 Schüler und Schülerinnen (Bayerisches Landesamt für Statistik 2024b). Diese Kinder wurden auf 359 verschiedene Klassen aufgeteilt (Bayerisches Landesamt für Statistik 2024b). Die Klassen umfassen im Schnitt 21,9 Schüler und Schülerinnen (Bayerisches Landesamt für Statistik 2024b). Die Anzahl an Kindern, die sich in den Jahrgangsstufen 1 bis 4 (also in der Grundschule) befunden hat, beträgt 5.393 (Bayerisches Landesamt für Statistik 2024b).

An den Grund- und Mittelschulen in Ingolstadt unterrichten 542 Lehrer und Lehrerinnen (Bayerisches Landesamt für Statistik 2024b). 344 von diesen Personen sind dabei hauptsächlich an Grundschulen und 251 in Teilzeit tätig (Bayerisches Landesamt für Statistik 2024b).

¹ Die Betreuungsquote gibt den Anteil der in Kindertageseinrichtungen und Kindertagespflege betreuten Kinder an allen Kindern der entsprechenden Altersgruppe an Deutscher Bildungsserver (2023).

Der Anteil an Kindern in den Ingolstädter Grund- und Mittelschulen, die keine deutsche Staatsangehörigkeit besitzen oder nicht anderweitig im Sinne von Art. 116 des Grundgesetzes als Deutsche gelten, beträgt mit 2.120 Kindern über ein Viertel (Bayerisches Landesamt für Statistik 2024b).

Kinder mit erhöhtem Förderbedarf und Kinder mit Auffälligkeiten

Von den 6.538 in den Kindertageseinrichtungen der Stadt Ingolstadt betreuten Kinder hatten am 01.03.2024 190 eine Eingliederungshilfe nach SGB VIII oder SGB IX (Bayerisches Landesamt für Statistik 2024c). 2023 betrug die Zahl der Kinder mit einer Eingliederungshilfe nach SGB VIII oder SGB IX in allen Ingolstädter Kindertageseinrichtungen sogar 291 (Stadt Ingolstadt - Amt für Kinderbetreuung und -bildung 2024). Davon waren 54 Kinder in den städtischen Kindertageseinrichtungen betreut (Stadt Ingolstadt - Amt für Kinderbetreuung und -bildung 2024). 34 der 52 Kinder der städtischen Einrichtungen mit integrativer Maßnahme bzw. Eingliederungshilfe, also über 65 %, zeigten ihren besonderen Bedarf im sozial-emotionalen Bereich, zwölf Kinder im geistigen und sechs Kinder im körperlichen Bereich (Stadt Ingolstadt - Jugendhilfeausschuss 2023). Für das Schuljahr 2022/23 ergibt sich aus Sicht des Amts für Kinderbetreuung und -bildung neben diesen Kindern, die bestätigte Bedarfe aufweisen, bei 70 weiteren Kindern die Notwendigkeit für eine integrative Maßnahme bzw. Eingliederungshilfe (Stadt Ingolstadt - Jugendhilfeausschuss 2023). So beschreiben die pädagogischen Mitarbeitenden in den Einrichtungen eine Zunahme der Entwicklungsauffälligkeiten vor allem im sozial-emotionalen Bereich, die sich in niedriger Frustrationstoleranz bzw. Emotionsregulierung oder fehlender Resilienz ausdrücken (Stadt Ingolstadt - Jugendhilfeausschuss 2023). Einige Kinder haben zudem Schwierigkeiten, die Regeln der Einrichtungen zu akzeptieren (Foidl und Gronauer 2023). Weiterhin wird von grenzverletzendem Verhalten und verbalen sowie körperlichen Angriffen der Kinder untereinander oder auf das Personal berichtet (Foidl und Gronauer 2023). Im Gegensatz dazu gibt es jedoch auch Kinder, die sich im Alltag der Kindertageseinrichtungen vollständig zurückziehen, keinen Kontakt zu anderen Kindern oder dem Personal aufnehmen und auch selbst kaum ansprechbar sind oder sehr viele Ängste und wenig Vertrauen in sich selbst haben (Foidl und Gronauer 2023). Die Erziehungs- und Familienberatung Ingolstadt merkt bezüglich der Thematik der Auffälligkeiten auch die mangelnden Sprachkenntnisse der Kinder an (Foidl und Gronauer 2023). In den Kindertageseinrichtungen der Stadt Ingolstadt gibt es 2.062 Kinder, deren vorrangig in der Familie gesprochene Sprache nicht Deutsch ist, dies entspricht fast einem Drittel der Kinder (Foidl und Gronauer 2023; Bayerisches Landesamt für Statistik 2024c).

Bei der Betrachtung der Schuleingangsuntersuchungen der Stadt Ingolstadt zeigt sich, dass 2023 57,7 % der Kinder mindestens ein Elternteil, welches eine nichtdeutsche Muttersprache vorweist, und damit einen Migrationshintergrund hatte (Stadt Ingolstadt - Gesundheitsamt 2024a). Darunter waren 47,5 % und damit fast die Hälfte Kinder, bei denen beide Elternteile eine nichtdeutsche Muttersprache besitzen (Stadt Ingolstadt - Gesundheitsamt 2024a). Weiterhin zeigt im Zeitraum von 2018 bis 2023 etwa ein Fünftel der Kinder im Rahmen der Schuleingangsuntersuchungen sprachliche Auffälligkeiten (s. Abbildung 6). Im Jahr 2023 betraf dies

333 Kinder, also 22,0 % der zukünftigen Erstklässler und Erstklässlerinnen (Stadt Ingolstadt - Gesundheitsamt 2024a).

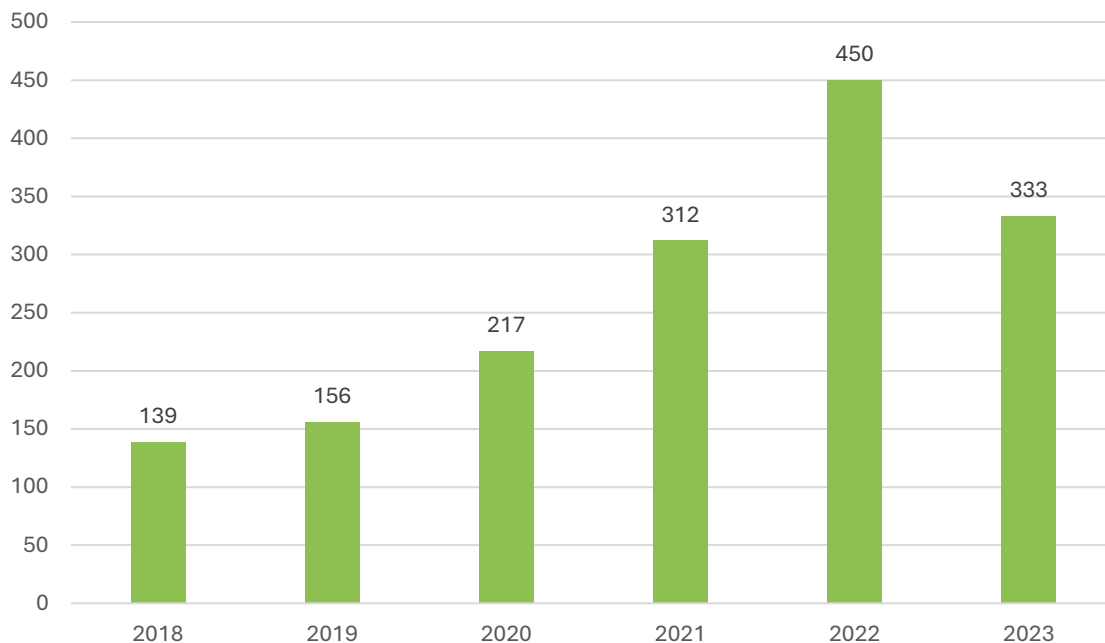


Abbildung 6: Kinder mit sprachlichen Auffälligkeiten im Rahmen der Schuleingangsuntersuchungen in der Stadt Ingolstadt im Zeitverlauf (2018-2023)

Quelle: Stadt Ingolstadt - Gesundheitsamt (2024c).

93,7 % der Kinder mit sprachlichen Auffälligkeiten bei der Schuleingangsuntersuchung 2023 hatten auch einen Migrationshintergrund (Stadt Ingolstadt - Gesundheitsamt 2024c). Aus Berichten der Erziehungs- und Familienberatung Ingolstadt, die die Schuleingangsuntersuchungen häufig begleitet, lässt sich dazu noch ergänzen, dass die Kinder neben den Schwierigkeiten mit der deutschen Sprache, laut Berichten ihrer Eltern, oftmals auch in ihrer Muttersprache eine verzögerte Sprachentwicklung aufweisen² (Foidl und Gronauer 2023). 21,0 % der Kinder bei der Schuleingangsuntersuchung im Schuljahr 2023/24 besuchten daher den Vorkurs Deutsch, darunter 35,0 % jener Kinder, die mindestens ein Elternteil mit nichtdeutscher Muttersprache haben (Stadt Ingolstadt - Gesundheitsamt 2024a).

Neben sprachlichen Auffälligkeiten zeigen sich bei 260 der 1.659 Kinder (also 15,7 %), die im Jahr 2024 eingeschult wurden, in den Schuleingangsuntersuchungen Auffälligkeiten bezüglich der Grobmotorik. Etwa 16,1 % der Kinder sind weiterhin auffällig in ihrer Visuomotorik (Stadt Ingolstadt - Gesundheitsamt 2024b). Die Erziehungs- und Familienberatung ergänzt, dass auch deutliche Probleme in der Feinmotorik im Rahmen der Einschulungsuntersuchungen zutage treten (Foidl und Gronauer 2023). Angesichts ihres Verhaltens zeigten 38,3 % der Kinder in der Schuleingangsuntersuchung für das Jahr 2024 keine Auffälligkeiten, etwa 16,5 % wurden als sehr zurückhaltend eingeschätzt (Stadt Ingolstadt - Gesundheitsamt 2024b). Rund 4,2 % der Kinder hat die Mitarbeit verweigert und 85 Kinder, dies entspricht 5,1 %, zeigten

² Dies kann jedoch im Rahmen der Schuleingangsuntersuchungen nicht nachgeprüft werden, weil sich diese auf die deutsche Sprache bezieht.

motorische Unruhe während der Schuleingangsuntersuchung (Stadt Ingolstadt - Gesundheitsamt 2024b).

Laut der Erziehungs- und Familienberatungsstelle in Ingolstadt sind Entwicklungsauffälligkeiten und seelische Probleme des jungen Menschen die Hauptgründe für eine Kontaktaufnahme zur Beratungsstelle (Erziehungs- und Familienberatung Ingolstadt 2024). Dabei hat der Großteil der Familien, die die Leistungen der Erziehungs- und Familienberatungsstelle in Anspruch nehmen, mindestens ein Kind im Kindertageseinrichtungs- oder Grundschulalter, häufiger befinden sich die Kinder in der Grundschule³ (Erziehungs- und Familienberatung Ingolstadt 2024). Oftmals sehen sich die Familien mit multidimensionalen Problemlagen und verschiedenen Bedarfen konfrontiert und würden verschiedene Unterstützungsmaßnahmen benötigen (Erziehungs- und Familienberatung Ingolstadt 2024, 14). Diese erhalten sie aber aufgrund des Mangels an Plätzen bzw. Anbietern oftmals nicht bzw. nicht zeitnah (Erziehungs- und Familienberatung Ingolstadt 2024).

Ergebnisse der Befragung in den Kindertageseinrichtungen

Die Kindertageseinrichtungen stellen die Orte dar, in denen die Kinder oftmals zum ersten Mal außerhalb der Familie betreut werden und externe Personen die Möglichkeit zur Einschätzung des Entwicklungsstands und der Lebenssituation der Kinder und Familien bekommen. Dementsprechend sind die Ergebnisse der dortigen Umfrage entscheidend, um verlässliche Zahlen zu den Kindern mit Auffälligkeiten und mit besonderem Förderbedarf zu erhalten.

Im Folgenden werden zunächst der Umfang der Befragung sowie die soziodemografischen Merkmale der befragten pädagogischen Mitarbeitenden präsentiert. Anschließend werden die Ergebnisse der verschiedenen thematischen Bereiche des Fragebogens (Kinder mit Auffälligkeiten, Maßnahmen zur Förderung dieser Kinder und die Belastungssituation von pädagogischen Mitarbeitenden) dargestellt. Zum Ende des Kapitels wird den konkreten Rückmeldungen und Anmerkungen der Befragten, die sich im Rahmen der offenen Fragen zu Wort melden konnten, Raum gegeben.

Umfang der Befragung in den Kindertageseinrichtungen

Die Zielgruppe der Befragung in den Kindertageseinrichtungen stellten primär die pädagogischen Mitarbeitenden dar, die in Kindertageseinrichtungen in der Stadt Ingolstadt arbeiten. Dazu gehören Erzieher/-innen, Kinderpfleger/-innen sowie Sozial- und Kindheitspädagog/-innen. 532 Personen wurden von den Einrichtungen als in Frage kommende Teilnehmer/-innen gemeldet, sodass für die jeweilige Anzahl pro Einrichtung Links für die Teilnahme an der

³ Dass mehr Kinder in diesen Altersgruppen vertreten sind, kann einerseits bedeuten, dass Auffälligkeiten bei ihnen stärker auffallen und die Eltern bzw. Erziehungsberechtigten Hilfe benötigen, gleichzeitig ist es aber auch möglich, dass in anderen (z. B. höheren) Altersgruppen weniger Unterstützung in Anspruch genommen wird, weil dies mit mehr Scham verbunden ist oder die Eltern bzw. Erziehungsberechtigten angesichts des Jugendalters weniger in die Problemlagen der Kinder Einblick erhalten.

Umfrage bereitgestellt wurden.⁴ Diese Links wurden vom ZFG in personalisierter Form generiert und anschließend vom Amt für Kinderbetreuung und -bildung der Stadt Ingolstadt an die Einrichtungsleitungen verteilt, die diese anschließend den Mitarbeitenden bereitstellten. Dieses Vorgehen gewährleistete die Wahrung der Anonymität. Die Teilnahme war ausschließlich online mithilfe eines solchen personalisierten Links möglich, sodass Mehrfachteilnahmen und Teilnahmen von Personen außerhalb der Zielgruppe ausgeschlossen wurden.

Der Fragebogen umfasste 34 Fragen für die pädagogischen Mitarbeitenden. Bei den Leitungspersonen, die in den Gruppen tätig sind, gab es noch sechs weitere Fragen, die die gesamte Einrichtung betreffen. Die Einrichtungsleitungen, die sich nicht oder nur in Ausnahmefällen im Gruppendienst befinden, erhielten einen gesonderten Umfrageverlauf, in dem einrichtungsspezifische Fragen enthalten und Schätzungen zu den Kindern gemittelt pro Gruppe gefordert waren. Dieser alternative Fragebogen enthielt insgesamt 29 Fragen.

An der Befragung in den Kindertageseinrichtungen haben insgesamt 236 Personen teilgenommen, dies entspricht 44,4 % der eingeladenen Personen.

Soziodemografische Merkmale der befragten pädagogischen Mitarbeitenden

Die pädagogischen Mitarbeitenden, die an der Studie teilgenommen und die Frage nach ihrem Geschlecht beantwortet haben, sind zu 96,6 % weiblich und nur zur 1,1 % männlich. Die restlichen 2,3 % wollten keine Angabe über ihr Geschlecht machen. Diese enorme Überrepräsentation von Frauen kann zum einen damit erklärt werden, dass Frauen generell eine höhere Bereitschaft aufweisen, an Befragungen teilzunehmen. Zum anderen sind weibliche pädagogische Mitarbeitende in Kindertageseinrichtungen ohnehin in der Überzahl. In Bezug auf das Alter ist die Gruppe der 35- bis unter 45-jährige Personen am stärksten vertreten, sie machen 31,1 % der Antworten aus (s. Abbildung 7). Darauf folgen die zweitjüngste Altersgruppe (25 bis unter 35 Jahre) mit 27,7 % und die 45- bis unter 55-jährigen mit 20,9 %. Auf die Befragten mit einem Alter von unter 25 Jahren entfallen 10,7 % und auf die mindestens 55-jährigen 9,6 %.

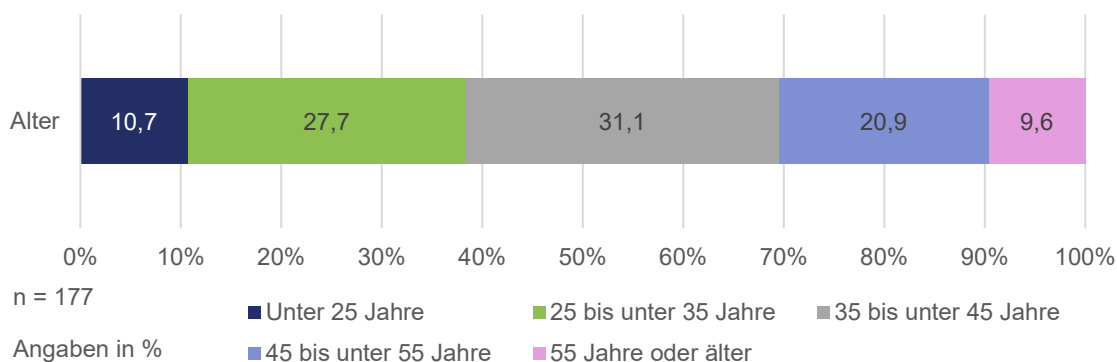


Abbildung 7: Altersverteilung der Befragten

⁴ Davon waren 433 Personen aus den städtischen und 99 Befragte aus den privaten bzw. kirchlichen Einrichtungen.

Den Großteil der Teilnehmenden haben den Berufsabschluss als Erzieher/-innen (63,3 %) oder Kinderpfleger/-innen (27,7 %) erlangt. 4,0 % der Befragten sind Sozialpädagog/-innen, 1,7% Kindheitspädagog/-innen. 14,1 % geben (außerdem) einen sonstigen Abschluss an, darunter sind verschiedene Fachkräfte (Integrationsfachkräfte, Fachkräfte für Inklusion), Personen mit anderen Studienbezeichnungen (Bachelor Sozialmanagement oder Management in Sozialberufen, Diplom Pädagogik), Lehrkräfte, Personen mit anderen Ausbildungsberufen (Fachwirt/-in für Kita- und Hortmanagement, Ergotherapeut/-in, Sozialassistent/-in, Heilerziehungspflegehelfer/-in, Gesundheits- und Kinderkrankenpfleger/-in) oder noch in der Ausbildung befindliche Personen.

In Bezug auf die Arbeitszeit lässt sich festhalten, dass rund 42,9 % der teilnehmenden pädagogischen Mitarbeitenden in Vollzeit arbeiten, weitere 27,1 % haben eine wöchentliche Arbeitszeit von mehr als 30, jedoch unter 39 Stunden. Mehr als 20, aber höchstens 30 Stunden arbeiten 19,8 %. 20 Stunden und weniger in der Woche arbeiten nur 10,2 %.

Bezüglich der Berufserfahrung weisen die abgefragten Kategorien folgende Verteilung auf: Wie aus Abbildung 8 deutlich wird, sind 21,8 % der Personen weniger als fünf Jahre, 23,0 % fünf bis unter zehn Jahre und 24,1 % zehn bis unter 20 Jahre im Beruf tätig. 20 Jahre und länger Berufserfahrung besitzen 31,0 % der Befragten. 13,7 % der Teilnehmenden geben weiterhin an, dass sie 20 Jahre und mehr in der Kindertageseinrichtung tätig sind, in der sie auch aktuell arbeiten. 30,3 % sind zwei bis weniger als fünf Jahre und 20,0 % unter zwei Jahren sowie 23,4 % fünf bis unter zehn Jahren in dieser beschäftigt.

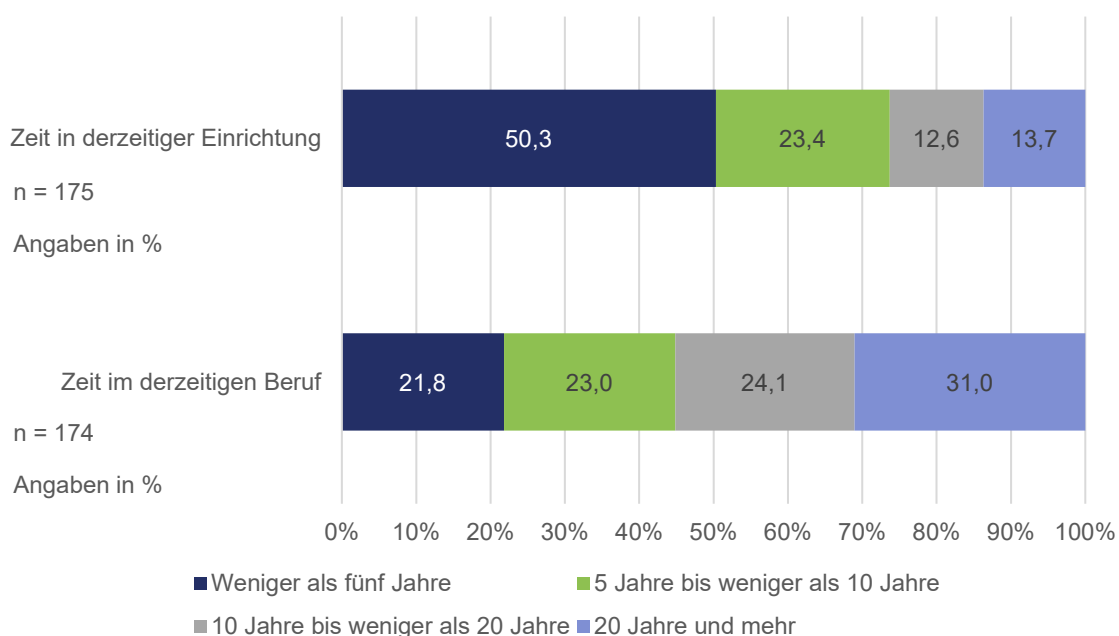


Abbildung 8: Zeit im jetzigen Beruf und der jetzigen Einrichtung der Befragten

Die Einrichtungsart stellt dabei zum überwiegenden Teil (72,2 %) ein Kindergarten und zu rund 27,4 % eine Kinderkrippe dar. Etwa 0,5 % der Teilnehmenden sind im Schulkindergarten tätig.

Mit 38,9 % haben sich vergleichsweise viele Personen beteiligt, die in einer Kindertageseinrichtung im Süden Ingolstadts (in den Bezirken Süd, Südwest und Münchener Straße) tätig sind (s. Abbildung 9). Am wenigsten sind mit 14,9 % die Bezirke West und Friedrichshofen-Hollerstauden sowie mit 15,4 % die Bezirke Nordost, Südost und Mailing vertreten.⁵

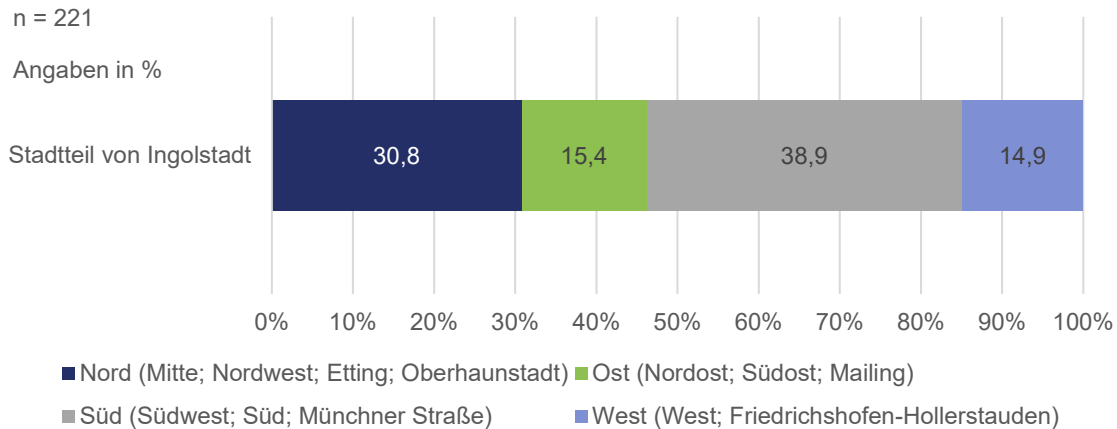


Abbildung 9: Stadtteil, in dem die Einrichtung liegt, in welcher die Befragten tätig sind

Der Träger der Kindertageseinrichtung ist bei 149 Befragten (67,1 %) die Stadt Ingolstadt und bei 73 Personen (32,9 %) ein freier oder kirchlicher Träger. Die höchste Funktion der Befragten ist dabei zu 13,7 % Einrichtungs- bzw. Gesamtleitung und zu 12,8 % stellvertretende Einrichtungsleitung bzw. Fachbereichsleitung. Eine Gruppenleitung innezuhaben, stellt für 33,2 % die höchste Funktion dar, 21,3 % sind pädagogische Fach- und 19,0 % pädagogische Ergänzungskräfte. Bei den Personen, die keine Leitungsfunktion besitzen, ist der Großteil der Teilnehmenden (68,6 %) aus den städtischen Einrichtungen. Die Leitungen, die teilgenommen haben, sind jedoch hauptsächlich (zu 62,1 %) von den privaten und kirchlichen Trägern. Die Einrichtungsleitungen sind mit großer Mehrheit nicht oder selten in den Gruppen tätig (58,9 % geben an, nur in Ausnahmefällen in der Gruppe zu sein, 10,7 % sind dies nie).

Bezüglich der Kinderanzahl in den Gruppen lässt sich eine große Varianz feststellen. So liegt die Gruppengröße der Gruppen, in denen ausschließlich Kinder unter drei Jahren betreut werden, zwischen elf und 18 Kindern. Die durchschnittliche Anzahl an Kindern in diesen Gruppen beträgt 12,5. Die Gruppen, die nur Kinder im Alter von mindestens drei Jahren enthalten, haben eine durchschnittliche Gruppengröße von 22 Kindern. Diese variiert zwischen kleinen Gruppen mit fünf Kindern bis hin zu Gruppen mit 50 Kindern. Bei altersgemischten Gruppen sind im Schnitt 8,4 Kinder unter drei Jahren und 10,1 Kinder im Alter von mindestens drei Jahren vorhanden, sodass die Gruppengrößen in diesen Fällen ähnlich zu den Gruppen sind, in denen ausschließlich Kinder im Alter von drei Jahren und älter sind.

⁵ Dass sich aus dem Süden von Ingolstadt mehr Personen beteiligt haben, ist nicht überraschend, da aus diesen Gebieten mehr Personal in den Einrichtungen gemeldet wurde und damit häufiger die Möglichkeit zur Teilnahme besteht. Demzufolge müssten jedoch die Stadtteile Nord und West am zweithäufigsten vertreten sein und der Osten geringere Teilnahmequoten aufweisen. Dies ist jedoch nicht der Fall, der Osten hat mit 15,4 % der Befragten ähnliche Beteiligung wie die westlichen Bezirke mit 14,9 %.

Kinder mit erhöhtem Förderbedarf in den Einrichtungen

Die Hauptthematik und damit auch den Hauptteil der Befragung bildeten die Kinder mit erhöhtem Förderbedarf, wobei sowohl Kinder mit integrativen Maßnahmen und Eingliederungshilfen als auch Kinder mit ähnlichen Auffälligkeiten, die bisher keine formalisierten Unterstützungsmaßnahmen erhalten, berücksichtigt werden sollten.

Zunächst zu den allgemeinen Zahlen der Kinder: In der Stichprobe werden 3.490 Kinder betrachtet, sie bilden die Gesamtanzahl als Referenzgruppe⁶.

Von dieser Gesamtanzahl haben 117 Kinder Auffälligkeiten im Bereich der Gesundheit. Das entspricht einem Anteil von 3,4 %. Bezogen auf die einzelnen Gruppen lässt sich feststellen, dass 53,5 % der Befragten angibt, kein Kind mit diesbezüglichen Auffälligkeiten in der eigenen Gruppe zu haben, 8,1 % haben mindestens ein Kind unter drei und 25,0 % mindestens ein Kind im Alter von drei Jahren oder älter mit gesundheitlichen Auffälligkeiten. Die übrigen Personen können dies nicht beurteilen.

Familiäre und psychosoziale Belastungen spielen, bezogen auf die Gesamtanzahl, aus Sicht der Befragten bei 23,3 % der Kinder eine Rolle, absolut werden 813 Kinder angegeben. In den einzelnen Gruppen gestaltet sich die Situation dabei so, dass insgesamt 76,8 % der Teilnehmenden auswählen, mindestens ein Kind mit diesen Auffälligkeiten in ihrer Gruppe zu haben. 60,7 % der Befragten geben dabei an, mindestens ein Kind im Alter von drei Jahren und älter mit diesen Auffälligkeiten in der Gruppe zu haben, und 19,6 % haben mindestens ein Kind mit diesen Auffälligkeiten unter drei Jahren in der Gruppe.

Die Auffälligkeiten hinsichtlich der Gesundheit und angesichts familiärer und psychosozialer Belastungen wurden für alle Kinder erfragt (unabhängig davon, ob sie integrative Maßnahmen bzw. Eingliederungshilfen erhalten oder nicht). Bei den weiteren Auffälligkeiten werden nur die Kinder erfasst, die keine Unterstützung in Form von integrativen Maßnahmen oder Eingliederungshilfen besitzen, aber ähnliche Auffälligkeiten aufweisen.

Motorische Auffälligkeiten betreffen dabei in der Befragung 362 Kinder, das sind 10,4 % der Gesamtkinderanzahl. Bei der Betrachtung der einzelnen Gruppen sind in 53,5 % der Gruppen mindestens ein Kind im Alter von drei Jahren und älter sowie in 19,5 % der Gruppen mindestens ein Kind unter drei Jahren mit diesen Auffälligkeiten vorhanden. Daraus lässt sich schließen, dass in den einzelnen Gruppen immer nur wenige Kinder mit motorischen Auffälligkeiten zu finden sind und sie dafür auf viele Gruppen verteilt sind.

Die Häufigkeit von Kindern mit sensorischen Auffälligkeiten bewegt sich in einem ähnlichen Bereich: Hier werden insgesamt 392 Kinder, also 11,2 % der Gesamtzahl, von den pädagogischen Mitarbeitenden eingeordnet. Bezogen auf die einzelnen Gruppen geben 68,4 % der Teilnehmenden an, mindestens ein solches Kind mit sensorischen Auffälligkeiten in ihrer Gruppe zu haben.

⁶ Hierbei muss darauf hingewiesen werden, dass es möglich ist, dass einige Gruppen mehrfach beschrieben werden, während andere unberücksichtigt bleiben. Die Gesamtanzahl und die Anzahl der jeweiligen Auffälligkeiten stellen also kein abschließendes Ergebnis der Situation in Ingolstadt dar, geben jedoch einen Eindruck über die Tendenzen und Verteilungen.

Kinder mit kognitiven Auffälligkeiten machen mit einer absoluten Anzahl von 444 12,7 % der gesamten Kinder der Stichprobe aus, in den einzelnen Gruppen verneinen 18,5 % der Befragten ein Vorhandensein ebendieser Kinder, weitere 5,7 % können dies nicht beurteilen.

Am häufigsten der weiteren Auffälligkeiten sind sprachliche Auffälligkeiten in den Einrichtungen auffindbar. Die pädagogischen Mitarbeitenden geben insgesamt 783 Kinder mit sprachlichen Auffälligkeiten an. Das entspricht 22,4 % aller Kinder. 25,9 % der Teilnehmenden geben dabei an, mindestens ein Kind mit solchen Auffälligkeiten unter drei Jahren in ihrer Gruppe zu haben und weitere 73,4 % mindestens eines im Alter von drei Jahren und älter.

Sozial-emotionale Auffälligkeiten zeigen aus Sicht der pädagogischen Mitarbeitenden 634 Kinder, also 18,2 % der Gesamtzahl. In den jeweiligen Gruppen sind bei 23,4 % mindestens ein Kind unter drei Jahren und bei 65,8 % mindestens eines im Alter von drei Jahren oder älter mit sozial-emotionalen Auffälligkeiten vorhanden.⁷

Abbildung 10 gibt einen Überblick über die Angaben zu Kindern mit Auffälligkeiten in den Kindertageseinrichtungen.

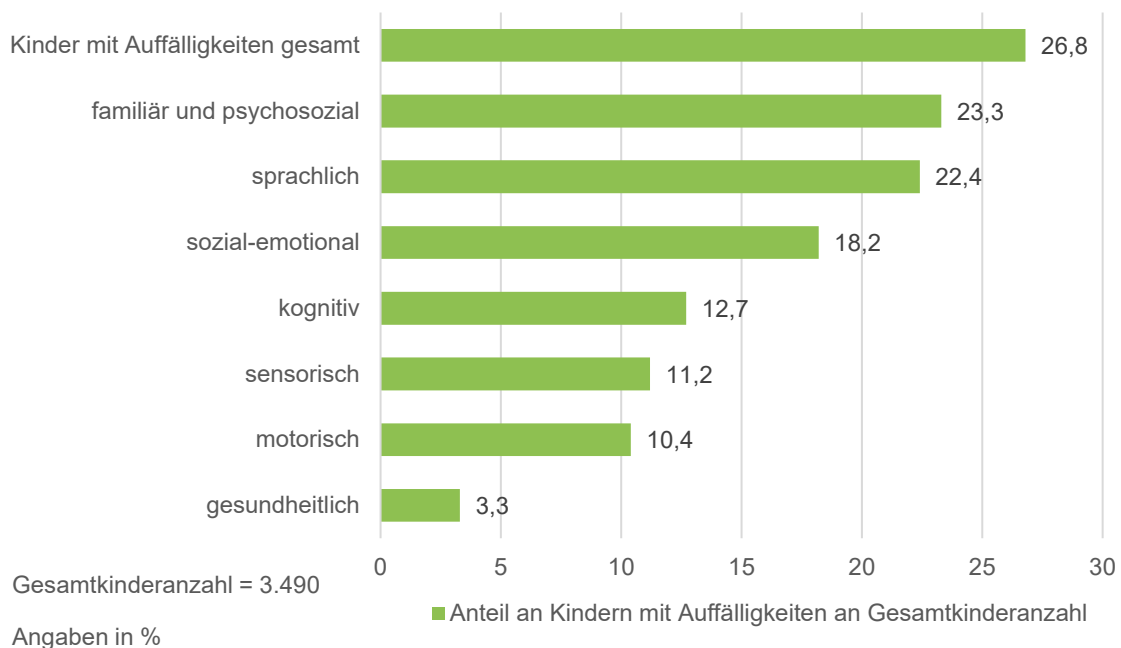


Abbildung 10: Kinder mit Auffälligkeiten in den jeweiligen Bereichen (Anteil in Bezug auf die Gesamtkinderanzahl⁸)

⁷ Es wurde für jede Auffälligkeit überprüft, ob das Vorhandensein von Kindern mit den jeweiligen Auffälligkeiten im Zusammenhang mit dem Stadtteil, in dem sich die Einrichtung befindet, oder dem Träger steht. Es konnten in den meisten Fällen keine signifikanten Effekte gefunden werden. Die Kinder mit motorischen Auffälligkeiten sind jedoch (in einem Alter von drei Jahren und älter) häufiger in den östlichen und nördlichen Stadtteilen und allgemein anteilig öfter in kirchlicher oder privater Trägerschaft zu finden. Auch das Vorhandensein von Kindern mit sensorischen Auffälligkeiten wird eher von den pädagogischen Mitarbeitenden aus den privaten oder kirchlichen Einrichtungen angegeben. Die Kinder mit kognitiven Auffälligkeiten im Alter von drei Jahren und älter sind ebenfalls signifikant häufiger im Osten bzw. Norden der Stadt Ingolstadt und häufiger in nicht-städtischer Trägerschaft zu finden. Kinder mit sprachlichen Auffälligkeiten unter drei Jahren werden hingegen öfter in den städtischen Einrichtungen angegeben.

⁸ Die Auffälligkeiten hinsichtlich der Gesundheit sowie familiärer und psychosozialer Belastungen beziehen sich dabei auf alle Kinder. Bei den anderen Auffälligkeiten sollten nur Kinder, die keine integrativen Maßnahmen oder Eingliederungshilfen erhalten, berücksichtigt werden.

Abschließend sollten die Teilnehmenden noch angeben, wie viele Kinder in ihrer Gruppe, ohne die Kinder mit integrativen Maßnahmen oder Eingliederungshilfen, insgesamt Auffälligkeiten zeigen. Dabei wurden 146 Kinder unter drei Jahren und 789 im Alter von drei Jahren und älter angegeben. Dies entspricht in der Summe einem Anteil von 26,8 % an der Gesamtkinderanzahl. Das bedeutet, dass über ein Viertel der Kinder Auffälligkeiten aufweist, ohne integrative Maßnahmen oder Eingliederungshilfen zu erhalten.

Die Gründe dafür wurden ebenfalls in der Umfrage thematisiert. Wie in Abbildung 11 dargestellt, erhielt die meiste Zustimmung mit 70,6 % dabei der Grund, dass die Eltern keinen Bedarf für die Beantragung sehen. Auch die Angst vor Ausgrenzung, Stigmatisierung oder Benachteiligung des Kindes durch den Status als Integrativkind scheint eine Rolle zu spielen (57,6 % Zustimmung). Untergeordnete Aspekte sind aus Sicht der Befragten, dass die Beantragung einen zu hohen organisatorischen Aufwand aus Sicht der Eltern darstellt (19,2 % Zustimmung) oder diese nicht erreichbar sind (11,3 % Zustimmung).

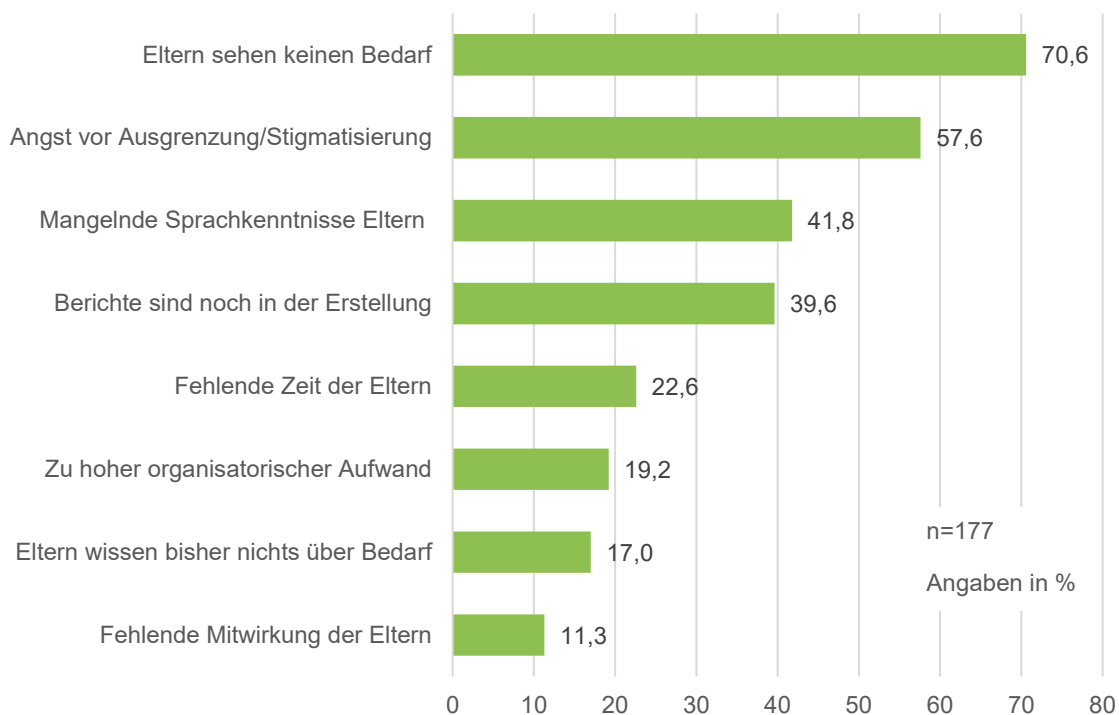


Abbildung 11: Gründe, warum Kinder trotz ihrer Auffälligkeiten bisher keine integrativen Maßnahmen erhalten (Zustimmung in %)

Die Befragten haben zu 23,2 % auch sonstige weitere Gründe für den fehlenden Integrativstatus als relevant ausgemacht und aufgeführt. Dabei wurde zunächst eingeordnet, dass integrative Maßnahmen nicht für alle Kinder die sinnvollste Möglichkeit darstellen und teils andere Fördermaßnahmen ausreichend sind. Abgesehen davon wurden oftmals strukturelle bzw. rechtliche Vorgaben aufgeführt, die eine Beantragung erschweren oder verunmöglichen. So ist die Indikation trotz der Auffälligkeiten in vielen Fällen zu gering (dies liegt auch daran, dass

sprachliche Auffälligkeiten als Merkmal allein nicht ausreichend sind). Teils sind die Kinder bisher aber auch noch zu jung. Gerade im jungen Alter fehlen derzeit oftmals die passenden diagnostischen Werkzeuge und die beteiligten Personen (z. B. die Ärzte und Ärztinnen) gehen von einer Verbesserung mit zunehmendem Alter aus, sodass sie noch keine Schritte einleiten wollen. Es kommt laut den Befragten nicht selten vor, dass das medizinische Personal keine Maßnahmen wie Logopädie oder Ergotherapie verordnen will und keinen Bedarf für integrative Maßnahmen sieht. Auch die Therapiemöglichkeiten sind in jungem Alter häufig begrenzt. Generell besteht ein Personal- und Zeitmangel bei den Fachdiensten, was in langen Wartezeiten bei der Diagnosestellung resultiert. Einige Kinder haben daher bisher keinen solchen Status erhalten, da der Weg zur Diagnose mit einem hohen bürokratischen Aufwand verbunden ist und auf allen Anträgen die Unterschriften beider Elternteile benötigt werden. Ebenfalls als strukturelle Barriere wird die Anzahl an Integrationsplätzen wahrgenommen. In einigen Einrichtungen lässt der Personalschlüssel sowie die bereits vorhandene Zahl an Kindern mit integrativen Maßnahmen keine weiteren zu. Außerdem besteht aufgrund des fehlenden Fachpersonals ein Zeitmangel für die notwendige Beobachtung und konkrete Einschätzung von Seiten der pädagogischen Mitarbeitenden. Die angespannte Personalsituation führt auch dazu, dass nur wenig Zeit für Gespräche über die Auffälligkeiten verfügbar ist.

Weiterhin gibt es in den Gruppen auch Kinder mit integrativen Maßnahmen⁹. Die Anzahl der Kinder mit integrativen Maßnahmen in den Gruppen variiert zwischen keinem und neun Kindern unter drei Jahren und zwischen keinem und 24 Kindern bei den Kindern im Alter von drei Jahren und älter. Unter Ausschluss von Ausreißern sind in den Gruppen zwischen keinem und vier Kindern mit integrativen Maßnahmen bzw. Eingliederungshilfen unter drei Jahren und zwischen keinem und acht Kindern mit ebendiesen Maßnahmen im Alter von drei Jahren und älter vorhanden. Die Gesamtanzahl der in der Befragung von den pädagogischen Mitarbeitenden angegebenen Kinder mit integrativen Maßnahmen oder Eingliederungshilfen beträgt 245, wobei 220 Kinder davon im Alter von drei Jahren oder älter sind¹⁰. Von den 25 Integrativkindern, die unter drei Jahre alt sind, besitzen sechs ihren Integrativstatus aufgrund von geistigen Beeinträchtigungen, vier angesichts körperlicher und fünf für seelische Beeinträchtigungen. Über die weiteren Kinder wurde keine Aussage bezüglich der Art der Beeinträchtigung getroffen. Bei den dreijährigen und älteren Kindern haben 66 Kinder einen Integrativstatus aufgrund von geistigen Beeinträchtigungen, weitere 27 angesichts von körperlichen Beeinträchtigungen und 104 aufgrund von seelischen Beeinträchtigungen inne. Auch hier wurden nicht allen Kindern die Art der Beeinträchtigung zugeordnet.

Maßnahmen zur Förderung der Kinder mit erhöhtem Förderbedarf

Im Fragebogen wurden auch die Maßnahmen, die die Kinder in den Gruppen angesichts ihrer Auffälligkeiten oder Beeinträchtigungen nutzen, abgefragt. Die häufigste Maßnahme, die

⁹ Kinder mit integrativer Maßnahme sind Kinder, die nach Art. 21 BayKiBiG (Bayerisches Gesetz zur Bildung, Erziehung und Betreuung von Kindern in Kindergärten, anderen Kindertageseinrichtungen und in Tagespflege) einen Gewichtungsfaktor von 4,5 besitzen und damit erhöhten Bildungs-, Erziehungs- und Betreuungsaufwand bedeuten.

¹⁰ Es muss an dieser Stelle darauf hingewiesen werden, dass einige Kinder auch von verschiedenen Personen aufgeführt werden können und diese Zahl keine Auskunft über die absolute reale Zahl in den Kindertageseinrichtungen in Ingolstadt gibt.

mindestens ein Kind mit Auffälligkeiten aus den Gruppen wahrnimmt, ist die Beratung seitens eines heilpädagogischen Fachdienstes (siehe Abbildung 12).¹¹ Hierbei geben drei Viertel der befragten pädagogischen Mitarbeitenden an, dass mindestens ein Kind aus der Gruppe diese Maßnahme nutzt. Darauf folgen logopädische bzw. sprachtherapeutische Maßnahmen (bei 68,0 % der Befragten nutzt dies mindestens ein Kind der Gruppe) und heilpädagogische Maßnahmen (bei 58,6 % der Teilnehmenden nimmt dies mindestens ein Kind der Gruppe in Anspruch). Die Maßnahme der Ergotherapie nutzt laut Angabe der pädagogischen Mitarbeitenden in 52,0 % der Gruppen mindestens ein Kind. Darauf folgt in Bezug auf die Häufigkeit die Unterstützung von heilpädagogischen Fachkräften, Frühförderung und Physiotherapie. Mobile sonderpädagogische Hilfen und Individualbegleitung sind in den Gruppen am wenigsten verbreitet, ersteres nutzt in 79,1 % und letzteres in 87,8 % der Fälle keines der Kinder der Gruppe. Auch bei den Maßnahmen, die von ein bis zwei Kindern der Gruppe wahrgenommen wird, ist die Unterstützung des heilpädagogischen Fachdienstes am meisten verbreitet, erst bei der Anzahl von drei bis fünf Kindern, die die Maßnahme pro Gruppe erhalten, wird dies von Logopädie übertroffen. Unabhängig von der Anzahl an Kindern wird aktuell die Individualbegleitung am wenigsten in Anspruch genommen.

Sonstige Maßnahmen werden zu 16,0 % ebenfalls von mindestens einem Kind in der Gruppe genutzt. Unter diesen sonstigen Maßnahmen führen die Befragten Familienberatung bzw. intensivierte Elternarbeit, den Vorkurs Deutsch und Frühförderung Sehen an.

¹¹ Die Beratung des heilpädagogischen Fachdienstes stellt in Abgrenzung zu anderen heilpädagogischen Maßnahmen vor allem ein unterstützendes bzw. beratendes Angebot für die Fachkräfte, Eltern und Einrichtungen dar. Heilpädagogische Maßnahmen sind die Maßnahmen, die gezielte Förderangebote für Kinder mit Auffälligkeiten (primär außerhalb der Einrichtung) darstellen. Die Unterstützung vom heilpädagogischen Fachkräften erfolgt in der Gruppe durch Mitarbeitende mit besonderer Zusatzqualifikation.

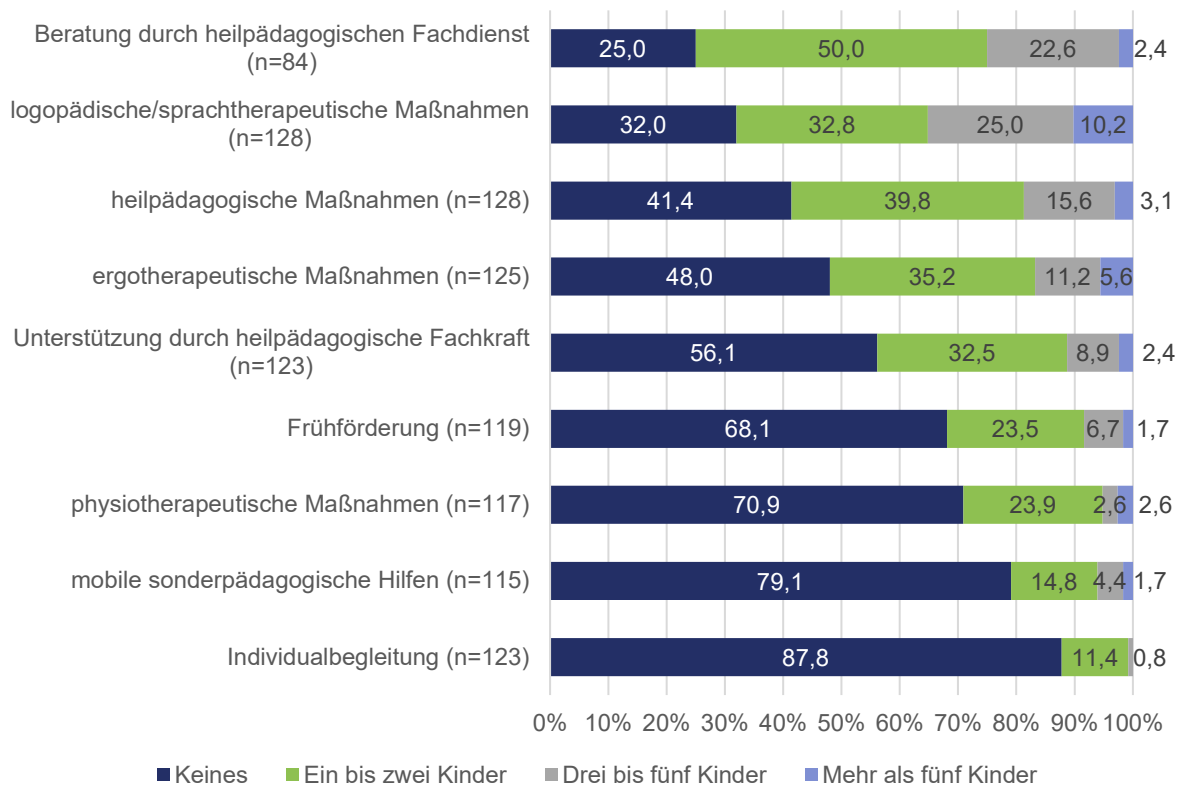


Abbildung 12: Anzahl an Kindern in den Gruppen, die derzeit die jeweilige Maßnahme nutzen (aus Sicht der pädagogischen Mitarbeitenden in den Gruppen)

Die Einrichtungsleitungen, die nicht oder nur in Ausnahmefällen in den Gruppen tätig sind, sollten zum Abgleich schätzen, wie viele Kinder im Schnitt pro Gruppe in ihrer Einrichtung die jeweiligen Maßnahmen nutzen. Auch sie sehen die Unterstützung des heilpädagogischen Fachdienstes als häufigste derzeit genutzte Maßnahme, dabei gibt sogar niemand der Einrichtungsleitungen an, dass im Schnitt keines der Kinder pro Gruppe diese Maßnahme nutzen würde. An zweiter Stelle ordnen sie ebenso logopädische und sprachtherapeutische Maßnahmen ein. Danach folgen ergotherapeutische, gefolgt von heilpädagogischen Maßnahmen, dies ist im Gegensatz zu den Einschätzungen der pädagogischen Mitarbeitenden in den Gruppen in der Reihenfolge vertauscht. Von mehr als einem Kind pro Gruppe wird am fünfthäufigsten Frühförderung, anschließend mobile sonderpädagogische Hilfen und am siebthäufigsten die Unterstützung von einer heilpädagogischen Fachkraft genutzt. Auch hierbei zeigen sich wieder Diskrepanzen zur Beurteilung der pädagogischen Mitarbeitenden. Dementsprechend sind die aus Sicht der Einrichtungsleitungen, die nicht in den Gruppen sind, derzeit am wenigsten genutzten Maßnahmen Physiotherapie und Individualbegleitung. Das heißt, dass diese Maßnahmen am häufigsten kein Kind aus der Gruppe nutzt.

Anschließend an die aktuelle Nutzung wurde in der Umfrage sowohl für die pädagogischen Mitarbeitenden in den Gruppen als auch für die Einrichtungsleitungen thematisiert, wie viele weitere Kinder die entsprechenden Maßnahmen ebenfalls benötigen würden. Bei den Einrichtungsleitungen bezieht sich diese Zahl ebenfalls auf alle Gruppen der Kindertageseinrichtung und wird für die Vergleichbarkeit im Schnitt pro Gruppe angegeben.

Abbildung 13 zeigt, dass die pädagogischen Mitarbeitenden bei den Kindern in ihrer Gruppe bezüglich Individualbegleitung oftmals keinen weiteren Bedarf sehen (59,3 %) bzw. höchstens ein bis zwei weitere Kinder (35,6 %) für diese Maßnahme aus ihrer Sicht in Frage kommen. Stattdessen besteht aus Sicht der pädagogischen Mitarbeitenden aus den Gruppen am häufigsten Bedarf an Logopädie, denn hier geben nur 9,7 % an, dass dies kein weiteres Kind benötigen würde. Darauf folgt die Ergotherapie, diesbezügliche Unterstützung benötigt zu 81,7 % mindestens ein Kind. Hierbei sollte jedoch festgehalten werden, dass der Großteil der Befragten mit 46,0 % den Bedarf auf ein bis zwei Kinder begrenzt. Logopädie bzw. Sprachtherapie sehen sie hingegen auch für mehr Kinder als notwendig an. Ebenfalls häufig für mindestens ein Kind als sinnvoll erachtet werden die Unterstützung durch eine heilpädagogische Fachkraft, die Beratung durch einen heilpädagogischen Fachdienst sowie die heilpädagogischen Maßnahmen im Allgemeinen. Bei ersterem entfallen nur 21,4 % auf die Antwortoption „Kein Kind“, bei zweiterem 21,7 % und bei letzterem 27,7 %. Ein kleiner Teil der Befragten hat auch hier sonstige Maßnahmen ausgewählt, die für die Kinder notwendig wären. Dabei wurde übereinstimmend die psychologische Unterstützung aufgeführt.

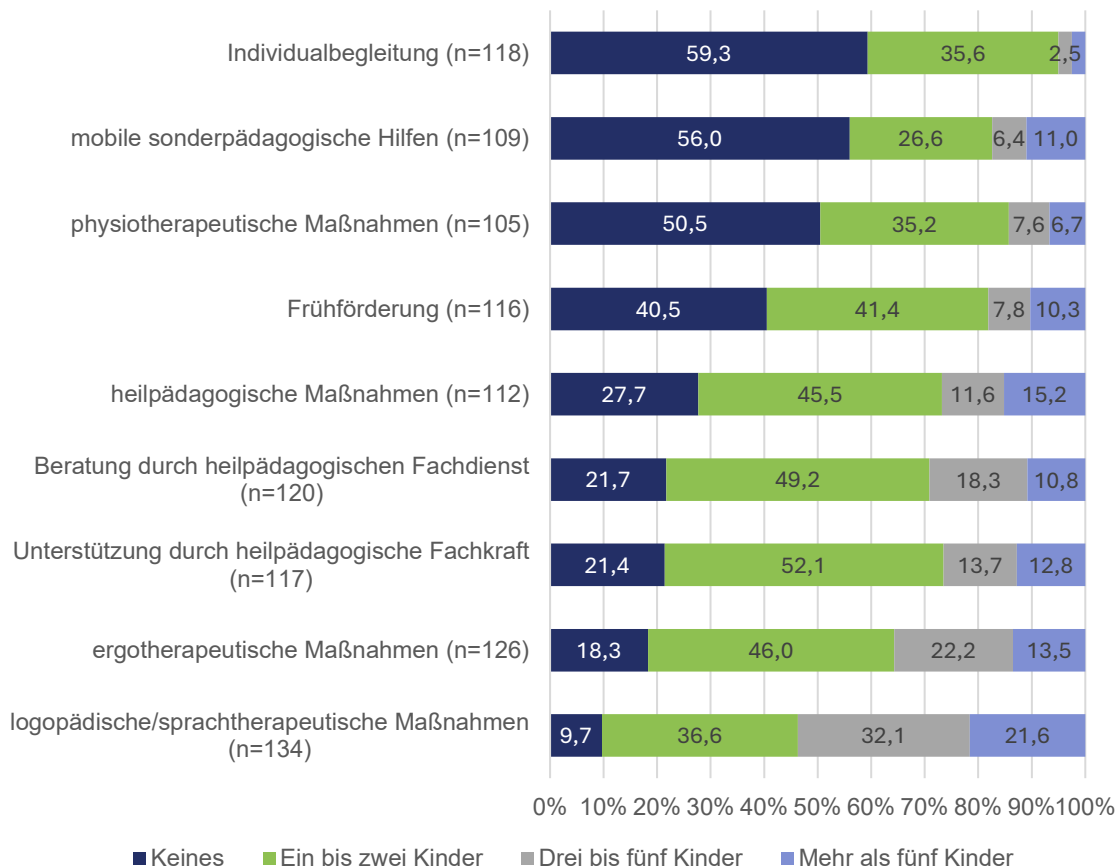


Abbildung 13: Anteil der Kinder in den Gruppen, die die Maßnahmen aktuell nicht erhalten, aber aus Sicht der pädagogischen Mitarbeitenden in den Gruppen benötigen würden

Bei den Einrichtungsleitungen, die nicht in den Gruppen tätig sind, wird der Bedarf ähnlich eingeschätzt. Hier sind logopädische bzw. sprachtherapeutische Maßnahmen und ergotherapeutische Maßnahmen nur bei 6,5 % im Schnitt bei keinem Kind in den Gruppen der

Einrichtung notwendig. Bei beiden Maßnahmen liegt die Einschätzung für die Notwendigkeit für mehr als fünf Kinder bei 29,0 %, für drei bis fünf Kinder liegt der Anteil bei den ergotherapeutischen Maßnahmen etwas höher, sodass die Ergotherapie aus Sicht der Einrichtungsleitungen am häufigsten benötigt wird. Darauf folgen Frühförderung und die Unterstützung durch eine heilpädagogische Fachkraft mit jeweils 90,6 % Antwortanteil dafür, dass mindestens ein Kind im Schnitt pro Gruppe für diese einen Bedarf aufweist. Individualbegleitung sehen sie ebenfalls als am wenigsten häufig zusätzlich benötigte Maßnahme an.

Für jede der Maßnahmen, bei denen die Teilnehmenden ausgewählt haben, dass bei mindestens einem Kind ebenfalls Bedarf bestehen würde, wurde weiterhin abgefragt, was aus ihrer Sicht die Gründe sind, dass die Maßnahme dennoch nicht erhalten wird (s. Abbildung 14). Bei der Frühförderung werden als Hauptgründe die fehlende Unterstützung der Eltern (53,8 % Zustimmung), zu wenig Einrichtungen, die diese Unterstützung anbieten bzw. generell zu wenige Plätze (44,2 %) und die fehlenden Sprachkenntnisse der Eltern (32,7 %) angegeben. Bei der Beratung durch einen heilpädagogischen Fachdienst sind aus Sicht der Befragten ebenfalls zu wenige Plätze bzw. Anbieter vorhanden (62,5 % Zustimmung) und auch hier verhindert in vielen Fällen die fehlende Unterstützung der Eltern die Maßnahme (55,0 %). Etwas mehr als ein Drittel der Befragten nennen hier zudem die fehlenden Sprachkenntnisse der Eltern sowie die fehlende Zeit der Eltern als Problem (jeweils 36,3 %). Das Problem der geringen Anzahl an Plätzen oder Anbietern ist nach Angaben der Befragten auch bei allen anderen thematisierten Unterstützungsmaßnahmen gravierend. Bei der Unterstützung durch eine heilpädagogische Fachkraft nennen diesen Grund 71,6 % der Befragten, bei den heilpädagogischen Maßnahmen sind es 60,9 %, bei der Individualbegleitung sind es 57,1 % und bei den mobilen sonderpädagogischen Hilfen 66,7 %. Bei der Logopädie spielt der Grund der fehlenden Anbieter bzw. Plätze ebenfalls eine zentrale Rolle (70,2 % Zustimmung), aber auch die mangelnde Unterstützung von Seiten der Eltern (48,1 %) sowie die fehlenden Sprachkenntnisse von Eltern (37,5 % Zustimmung) sowie die fehlende Zeit der Eltern (37,5 % Zustimmung) sind bei dieser Maßnahme oftmals von Bedeutung. Physiotherapie wird trotz des bestehenden Bedarfs aus Sicht der Befragten primär aufgrund von zu wenig Anbietern bzw. Plätzen (59,0 % Zustimmung) und der fehlenden Zeit der Eltern (43,6 % Zustimmung); der fehlenden Mitwirkung der Eltern (41,0 %) sowie der mangelnden Sprachkenntnisse der Eltern (38,5 %) nicht in Anspruch genommen. In Bezug auf Ergotherapie stechen wieder die fehlenden Plätze bzw. Anbieter als Hauptgrund hervor (64,0 % Zustimmung), gefolgt von der mangelnden Unterstützung (51,2 % Zustimmung) oder Zeit (36,0 % Zustimmung) der Eltern.

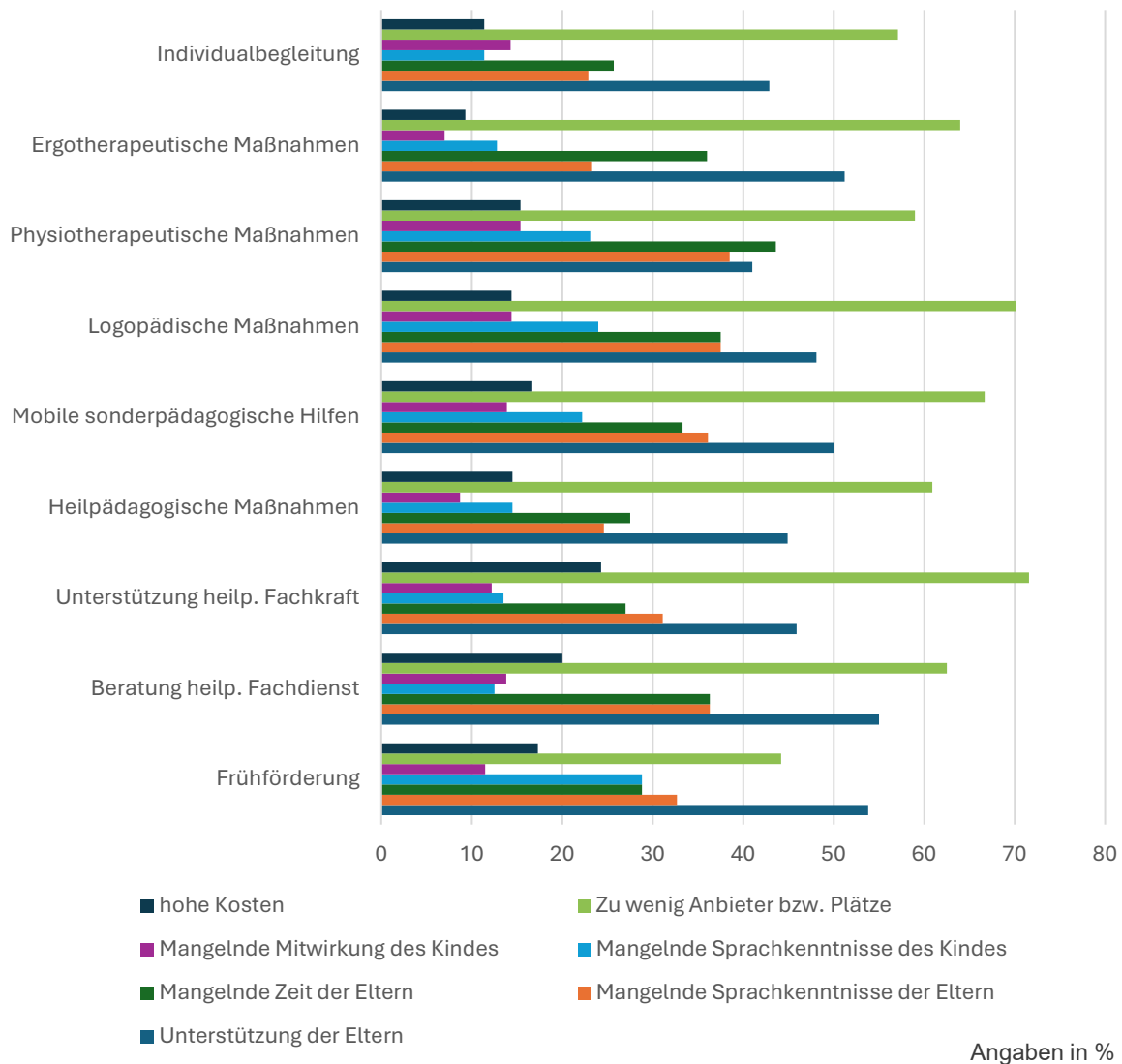


Abbildung 14: Gründe für die derzeitige Nicht-Nutzung der jeweiligen Maßnahme trotz des Bedarfs aus Sicht der pädagogischen Mitarbeitenden in den Gruppen (jeweils Anteil der Zustimmung, dass Grund passend ist)

Die Hauptgründe der Einrichtungsleitungen sind weniger aussagekräftig, da die Fallzahl deutlich geringer ist. Mit der Einschätzung durch die Fachkräfte in den Gruppen stimmt aber überein, dass die Einrichtungsleitungen den Mangel an Anbietern bzw. Plätzen als zentralen Grund dafür sehen, dass die Kinder die Maßnahmen trotz ihres Bedarfs aktuell nicht wahrnehmen. Besonders deutlich ist dies bei der Nutzung von mobilen sonderpädagogischen Hilfen (84,6 % Zustimmung), bei der Individualbegleitung (77,8 % Zustimmung) und der Frühförderung (73,9 % Zustimmung). Bei der Logopädie sowie der Ergotherapie stellt die fehlende Zeit der Eltern ein weiteres wichtiges Hemmnis dar (48,0 % Zustimmung bei beiden Maßnahmen). Weiterhin wird die fehlende Mitwirkung der Eltern als wichtiger Hinderungsgrund identifiziert. Besonders deutlich ist dies bei der Unterstützung durch einen heilpädagogischen Fachdienst (52,2 % Zustimmung) und bei der Nutzung der mobilen sonderpädagogischen Hilfen (46,2 % Zustimmung).

Der Vorkurs Deutsch als Maßnahme zur Förderung wurde in der Befragung gesondert thematisiert. Er wird in den Grundschulen angeboten und von den Kindern aus den

Kindertageseinrichtungen genutzt. Aktuell ist es jedoch laut den pädagogischen Mitarbeitenden in den Gruppen zu 36,1 % der Fall, dass kein Kind aus der Gruppe an dieser Maßnahme teilnimmt (s. Abbildung 15). Ein Viertel der Mitarbeitenden sagt aus, dass ein bis zwei Kinder teilnehmen, bei 20,1 % sind es drei bis fünf und bei 18,1 % mehr als fünf Kinder. Etwas mehr als ein Drittel der befragten pädagogischen Mitarbeitenden (38,0 %) gibt an, dass keine weiteren Kinder in der Gruppe Bedarf an einem solchen Vorkurs haben. Etwas mehr als ein Fünftel (21,1 %) fände bei ein bis zwei Kindern, 14,1 % bei drei und fünf Kindern und 19,7 % bei mehr als fünf Kindern aus der Gruppe eine diesbezügliche Sprachförderung sinnvoll.¹² Im Vergleich dazu geben die Einrichtungsleitungen, die schätzen sollen, wie viele Kinder im Schnitt pro Gruppe den Vorkurs Deutsch aktuell nutzen und welche Anzahl pro Gruppe ihn zusätzlich benötigen würde, deutlich seltener an, dass kein Kind aktuell im Vorkurs ist (nur 8,6 %). Stattdessen sind sie zu 37,1 % der Meinung, drei bis fünf Kinder würden diesen derzeit wahrnehmen. Ein bis zwei Kinder schätzen weitere 28,6 % und mehr als fünf Kinder 25,7 % der Einrichtungsleitungen. Bei der Bedarfseinschätzung ähneln sich die Einschätzungen der Einrichtungsleitungen und der pädagogischen Mitarbeitenden wieder stärker. 32,4 % sehen den Bedarf an dem Vorkurs Deutsch im Schnitt bei keinem weiteren Kind in den Gruppen, jeweils 23,5 % empfinden die Notwendigkeit bei ein bis zwei Kindern und mehr als fünf Kindern und 17,7 % bei drei bis fünf Kindern.

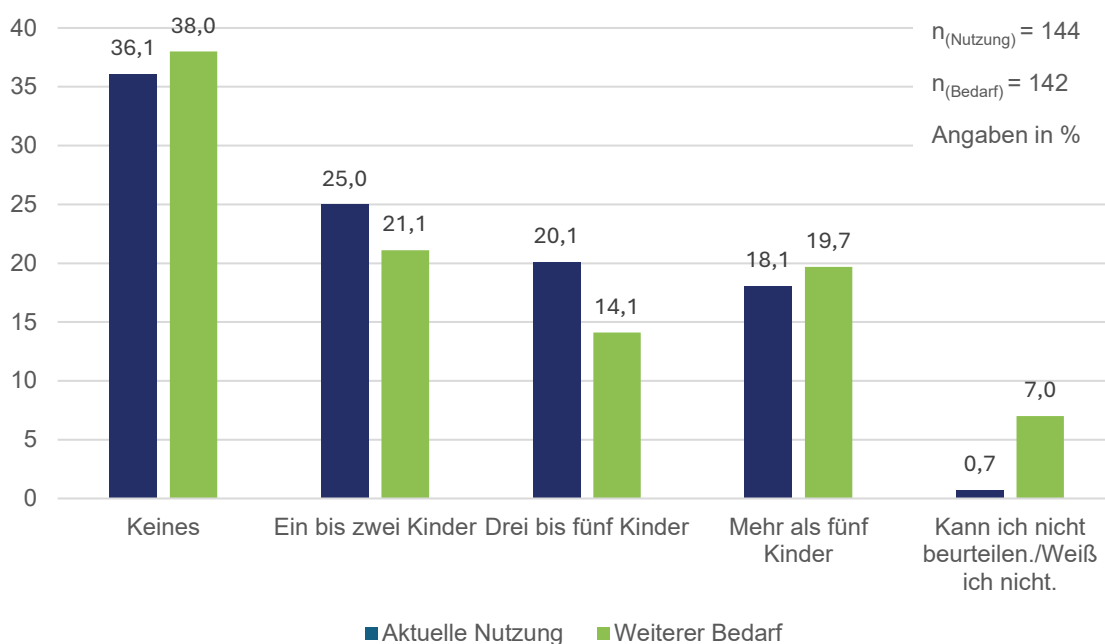


Abbildung 15: Nutzung und weiterer Bedarf der Kinder in den Gruppen an Vorkursen Deutsch aus Sicht der pädagogischen Mitarbeitenden in den Gruppen

¹² Hierzu ist anzumerken, dass im April 2025 ein Sprachscreening in den bayerischen Grundschulen eingeführt wurde und sich dadurch die Rahmenbedingungen für die Teilnahmen an einem Vorkurs Deutsch verändert haben. Die Umfragen wurden noch vor der Einführung des Sprachscreenings durchgeführt. Auch zu diesem Zeitpunkt war der Besuch eines Vorkurses im letzten Kitajahr verpflichtend, wenn für das Kind nach den Bewertungsbögen SEL-DAK oder SISMIK ein erhöhter Sprachförderbedarf festgestellt wurde. Im vorletzten Kitajahr ist die Teilnahme am Vorkurs Deutsch für diese Kinder aber freiwillig. Zusammen mit der Einschätzung der Befragten, dass ein erhöhter Sprachförderbedarf bestehen kann, obwohl die notwendigen Grenzwerte in den Diagnose-Instrumenten nicht erreicht werden, kann dies die Einschätzung, dass weitere Kinder einen Deutsch-Vorkurs besuchen sollten, dies aber nicht tun, erklären.

Der Hauptgrund dafür, dass die Kinder trotz ihres Bedarfs die Vorkurse nicht wahrnehmen können, stellt sowohl aus Sicht der pädagogischen Mitarbeitenden als auch der Einrichtungsleitungen vor allem der Mangel an Plätzen bzw. Kursen dar. Hierbei stimmen 44,6 % der Mitarbeitenden und 57,1 % der Einrichtungsleitungen zu. Am zweithäufigsten (mit 43,2 % bei den Mitarbeitenden und 47,6 % bei den Einrichtungsleitungen) wurde die fehlende Unterstützung der Eltern und am dritthäufigsten (29,7 % bei den Mitarbeitenden und 19,1 % bei den Einrichtungsleitungen) der hohe personelle Aufwand bzw. das fehlende Personal ausgewählt. Die fehlende Mitwirkungsbereitschaft des Kindes wurde von den Befragten zumeist nicht als ausschlaggebender Grund wahrgenommen, hier stimmten nur 8,1 % der Mitarbeitenden und 4,8 % der Einrichtungsleitungen zu. Sonstige Gründe dafür, dass der Vorkurs Deutsch trotz des Bedarfs nicht genutzt werden konnte, empfanden 23,0 % der Mitarbeitenden und 19,1 % der Einrichtungsleitungen als maßgeblich. Diese sonstigen Gründe umfassen laut den Befragten vor allem rechtliche Vorgaben: Einerseits hätten die Kinder noch ein zu geringes Alter für die Anmeldung und andererseits erfüllten sie teilweise die Grenzwerte bei der Testung nicht, d. h. sie erreichten ein Ergebnis, das zu positiv für die Teilnahme ist. Dennoch wäre in den meisten Fällen der Vorkurs Deutsch aus Sicht der pädagogischen Mitarbeitenden notwendig oder hilfreich. In einigen Kindertageseinrichtungen ist es auch nicht möglich, die Kinder aus der Einrichtung zum Vorkurs Deutsch zu begleiten, daher müssten die Eltern diese während des Vormittages zur Schule für den Vorkurs bringen und anschließend wieder abholen. Dies bedeutet einen hohen zeitlichen und organisatorischen Aufwand, den die Eltern oftmals nicht leisten können.

Belastungssituation der pädagogischen Mitarbeitenden

Um neben der Seite der Kinder auch die Situation der pädagogischen Mitarbeitenden zu analysieren, gab es in der Umfrage einige Fragen zu deren Belastungssituation. Zunächst sollten sie auf einer fünfstufigen Skala einschätzen, wie stark sie sich angesichts der Kinder mit Auffälligkeiten in ihrer beruflichen Tätigkeit belastet fühlen. Abbildung 16 zeigt, dass 32,2 % der Befragten belastet und 31,5 % der Teilnehmenden stark belastet ausgewählt haben. Fast zwei Drittel der pädagogischen Mitarbeitenden, die diese Frage beantwortet haben, fühlen sich also zumindest belastet. Weitere 27,5 % fühlen sich teils/teils belastet und nur insgesamt 6,0 % fühlen sich kaum oder nicht belastet. 2,7 % der teilnehmenden Personen können ihre Belastung nicht beurteilen. Der Durchschnitt der Skala liegt, ohne die Personen, die keine Einschätzung vornehmen können, bei 3,9. Das bedeutet, die pädagogischen Mitarbeitenden fühlen sich im Durchschnitt „belastet“.

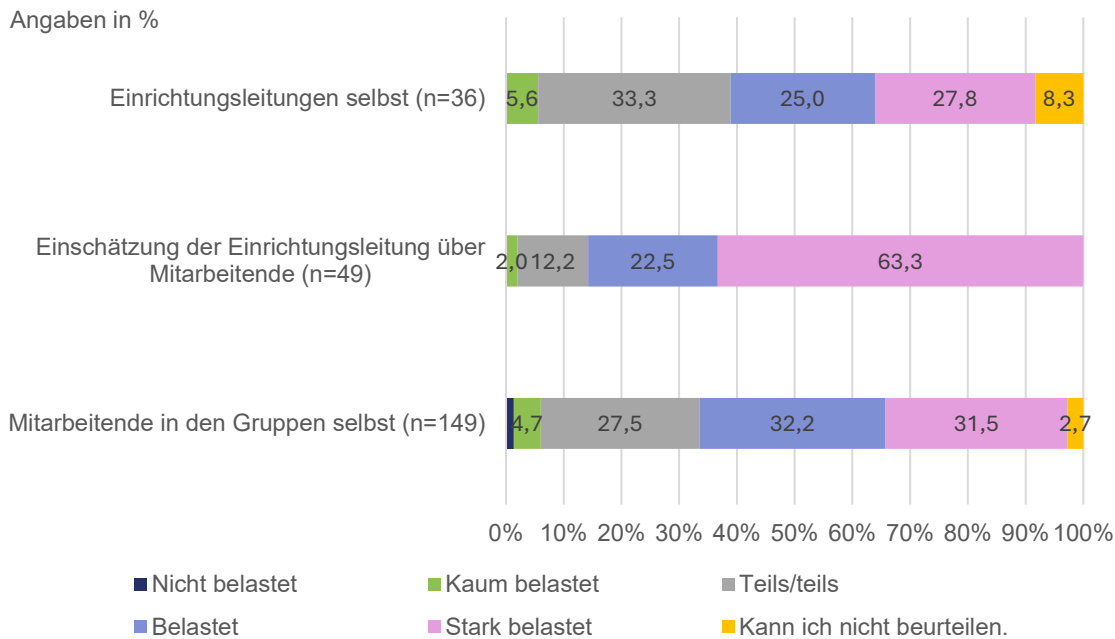


Abbildung 16: Einschätzung der Belastungssituation aus Sicht der Mitarbeitenden und Einrichtungsleitungen

Diese Belastungseinschätzung kann mit weiteren Merkmalen kombiniert werden, um mögliche Korrelationen abzuleiten. Ein Effekt im Zusammenspiel mit dem Geschlecht wird dabei nicht untersucht, da dies angesichts der geringen Anzahl von männlichen Teilnehmenden nicht verlässlich wäre. Zwischen den unterschiedlichen Altersgruppen und der Belastungssituation lassen sich ebenfalls keine signifikanten Effekte wahrnehmen. Diese bestehen jedoch bei der wöchentlichen Arbeitszeit laut dem Arbeitsvertrag. Personen, die Vollzeit arbeiten, geben mit 37,7 % zum größten Teil an, stark belastet zu sein, während beispielsweise die pädagogischen Mitarbeitenden, die mehr als 20, aber weniger als 30 Stunden arbeiten, ihre Belastung hauptsächlich (40,7 %) mit teils/teils einschätzen. Bei einem Blick auf die Träger und Funktionen der Befragten in den Einrichtungen zeigen sich keine signifikanten Unterschiede.

Die Leitungen, die nicht oder nur ausnahmsweise im Gruppendienst eingesetzt werden, haben mit 3,8 einen ähnlichen Mittelwert bei ihrer persönlichen Belastungseinschätzung. Die am häufigsten gegebene Antwort ist bei ihnen mit 33,3 % „teils/teils“. 27,8 % entfallen jedoch auf „stark belastet“ und 25,0 % auf „belastet“. Wenn sie die Belastungssituation der anderen Mitarbeitenden einschätzen sollen, bewerten sie diese drastischer als die Mitarbeitenden selbst, der Mittelwert liegt dabei bei 4,5, d. h. sie sind zwischen „belastet“ und „stark belastet“. So nehmen sie zu 63,3 % an, die anderen Personen seien stark belastet und zu 22,5 % sie seien belastet. Dass die pädagogischen Mitarbeitenden kaum belastet sind, vermutet 2,0 % und dass sie nicht belastet sind, denkt niemand.

Neben einer allgemeinen Einschätzung sollten die Befragten auch die verschiedenen Auffälligkeiten nach der aus ihrer Sicht daraus resultierenden Belastung sortieren (s. Abbildung

17).¹³ Die Mittelwerte der Antworten aller Befragten sind in Tabelle 1 dargestellt. Es zeigt sich, dass die Auffälligkeiten im sozial-emotionalen Bereich ($\emptyset=2,3$) als am belastendsten angesehen werden. Darauf folgen die sprachlichen Auffälligkeiten ($\emptyset=3,0$), die familiären und psychosozialen Belastungen der Kinder ($\emptyset=3,1$) sowie kognitive Auffälligkeiten ($\emptyset=3,2$). Im Vergleich weniger herausfordernd werden sensorische ($\emptyset=4,3$) oder motorische ($\emptyset=4,4$) Auffälligkeiten und Auffälligkeiten hinsichtlich der Gesundheit ($\emptyset=4,4$) eingeschätzt.

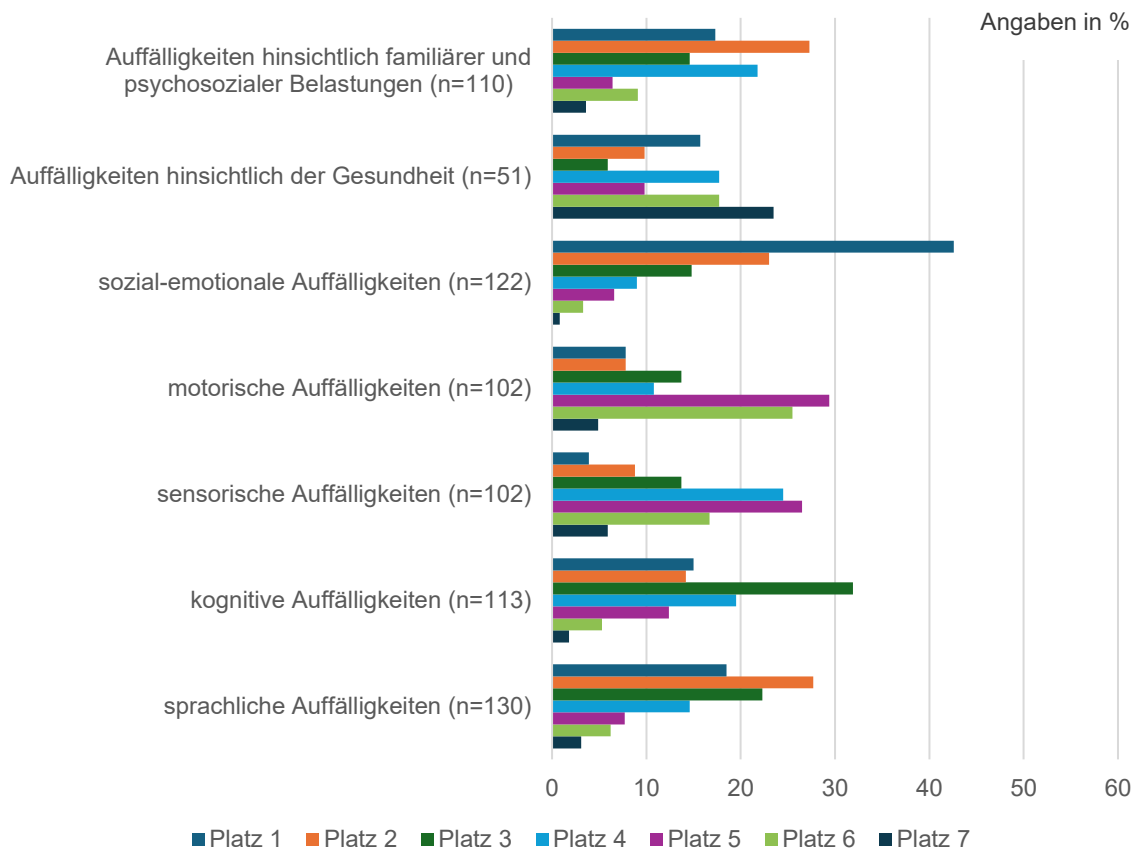


Abbildung 17: Rangfolge der jeweiligen Auffälligkeit aus Sicht der pädagogischen Mitarbeitenden

¹³ Auf dem ersten Platz sollen dabei die Auffälligkeiten eingeordnet werden, die die Befragten für sich persönlich als größte Belastung ansehen, die Auffälligkeiten, für die sie die hinteren Plätze vergeben, sind in ihrem Arbeitsalltag weniger herausfordernd.

Platzierung	Bereich der Auffälligkeiten	Mittelwert
1	Sozial-emotionale Auffälligkeiten	2,3
2	Sprachliche Auffälligkeiten	3,0
3	Familiäre und psychosoziale Belastungen	3,1
4	Kognitive Auffälligkeiten	3,2
5	Sensorische Auffälligkeiten	4,3
6	Motorische Auffälligkeiten	4,4
7	Auffälligkeiten hinsichtlich der Gesundheit	4,4

Tabelle 1: Rangfolge der Mittelwerte der Auffälligkeiten aus Sicht der pädagogischen Mitarbeitenden

Die Einrichtungsleitungen sollten diese Rangfolge ebenfalls für die anderen Mitarbeitenden einschätzen. Dabei zeigte sich eine ähnliche Reihenfolge, die sozial-emotionalen Auffälligkeiten wurden jedoch noch häufiger auf dem ersten Platz gesehen als von den Mitarbeitenden selbst. Der Mittelwert betrug für diese Auffälligkeit 2,0. Darauf folgt (und das unterscheidet sich von den Wahrnehmungen der anderen pädagogischen Mitarbeitenden) die Belastung, die aus den familiären und psychosozialen Auffälligkeiten der Kinder folgt ($\bar{x}=3,4$), wiederum gefolgt von den sprachlichen Auffälligkeiten ($\bar{x}=3,5$). Die sprachlichen Auffälligkeiten werden von den pädagogischen Mitarbeitenden also als belastender wahrgenommen. Die weitere Rangfolge entspricht der bereits dargestellten (kognitiv auf Platz 4, sensorisch und motorisch auf den folgenden Plätzen und die gesundheitlichen Auffälligkeiten auf Platz 7), wobei sensorische und motorische Auffälligkeiten aus Sicht der Leitungen genau den gleichen Mittelwert aufweisen ($\bar{x}=4,9$).

In Bezug auf mögliche Maßnahmen zur Stärkung der eigenen Resilienz wurde die aktuelle Nutzung bestimmter Maßnahmen sowie der Wunsch, welche Maßnahmen es in Zukunft geben sollte, abgefragt (s. Abbildung 18 und Abbildung 19). Die aktuell am meisten angewendete Maßnahme sind kollegiale Fallberatungen (bei den Mitarbeitenden geben dies 73,1 %, bei den Einrichtungsleitungen sogar 88,9 % an). Für die Zukunft wünschen diese jedoch nur 50,8 % der Mitarbeitenden und 47,2 % der Einrichtungsleitungen. Beratungen von externen Fachdiensten werden aktuell von 60,8 % der pädagogischen Mitarbeitenden genutzt, für die Zukunft wünschen sich dies 61,5 %. Das gilt in fast identischer Weise auch für Teamberatungen (bei den pädagogischen Mitarbeitenden aktuell: 59,0 %, gewünscht: 59,8 %). Aus Sicht der Leitungen muss es Teamberatungen in der Zukunft eher weniger häufig als Maßnahme geben, sie nutzen diese derzeit zu 88,6 % und wünschen sie für die Zukunft aber nur zu 45,7 %.

Bei internen Beratungsangeboten sieht man einen größeren Unterschied zwischen aktueller Nutzung und Wunsch. 44,4 % der pädagogischen Mitarbeitenden können diese aktuell durchführen, 69,6 % wünschen sich dies jedoch (auch) für die Zukunft. Eine noch stärkere Diskrepanz besteht bei der Nutzung von Coaching. So möchten 86,3 % der pädagogischen Mitarbeitenden und 92,9 % der Einrichtungsleitungen in der Zukunft entsprechende Angebote

wahrnehmen, aktuell wird diese Maßnahme aber nur von 18,6 % der Mitarbeitenden und 10,7 % der Einrichtungsleitungen genutzt. Supervision erzeugt ein ähnliches Bild: 18,5 % der Mitarbeitenden und nur 7,1 % der Einrichtungsleitungen führen diese Maßnahme derzeit bereits durch, 87,0 % der pädagogischen Mitarbeitenden und 96,4 % der Einrichtungsleitungen wünschen sie sich (weiterhin) in Zukunft. Bei Weiterbildungen wird die aktuelle Nutzung von den pädagogischen Mitarbeitenden mit 65,6 % höher als der Wunsch für die (Weiter-)Nutzung in der Zukunft mit 59,4 % eingeschätzt. Bei den Einrichtungsleitungen zeigt sich die gleiche Tendenz. Einige Personen haben auch sonstige Maßnahmen thematisiert, die in der Zukunft etabliert oder beibehalten sollen. Dazu gehören kleinere Gruppen sowie mehr Fachpersonal. Bei den Kindertageseinrichtungen in privater bzw. kirchlicher Trägerschaft bestehen derzeit auch noch nicht flächendeckend Mitarbeitendengespräche. Diese werden, nach dem Vorbild der städtischen Kindertageseinrichtungen, in denen diese mindestens einmal im Jahr verpflichtend durchgeführt werden, jedoch gewünscht. Außerdem wurde die Zusammenarbeit mit Fachdiensten oder externen Personen hervorgehoben. So sollen Fachdienste in den Einrichtungen direkt vor Ort sein und das Prozedere des Einsatzes von Fachdiensten verkürzt bzw. vereinfacht werden. Weiterhin sollen zur Stärkung der Resilienz der pädagogischen Mitarbeitenden mehr Heilpädagogen und -pädagoginnen, Ergotherapeuten und -therapeutinnen sowie Logopäden und Logopädinnen bereitstehen und Inklusionsfachkräfte mehr in Entscheidungen sowie den Alltag einbezogen werden können. Außerdem wurde auch die Notwendigkeit, eines einrichtungsübergreifenden Austauschs zu Inklusion und Integration angemerkt.

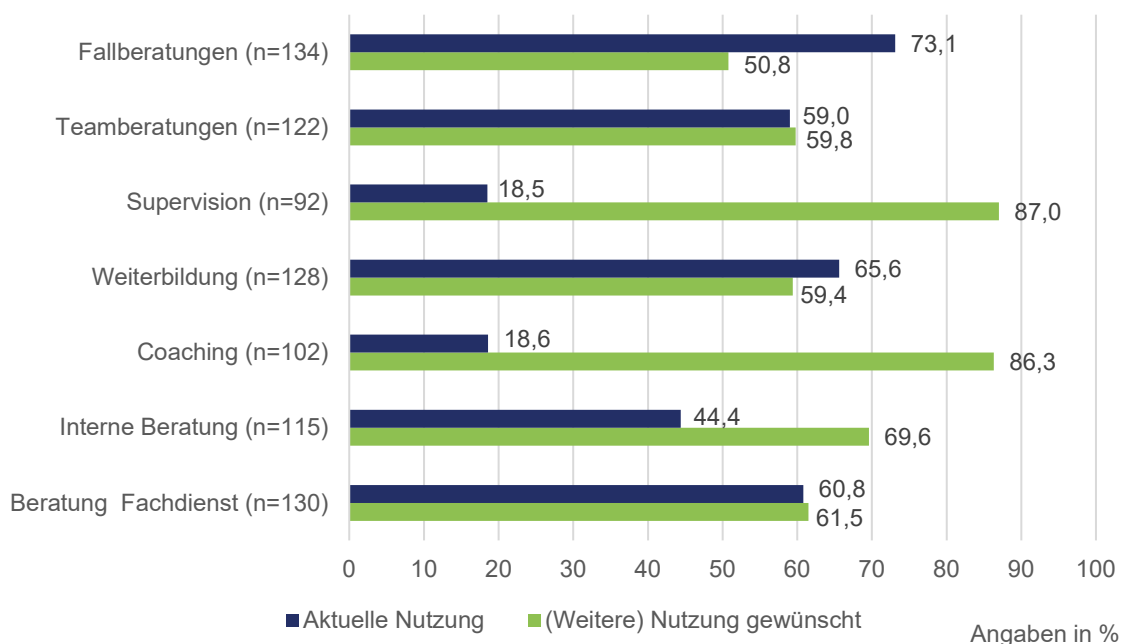


Abbildung 18: Derzeitige und gewünschte Nutzung der Maßnahmen zur Stärkung der eigenen Resilienz aus Sicht der pädagogischen Mitarbeitenden in den Gruppen

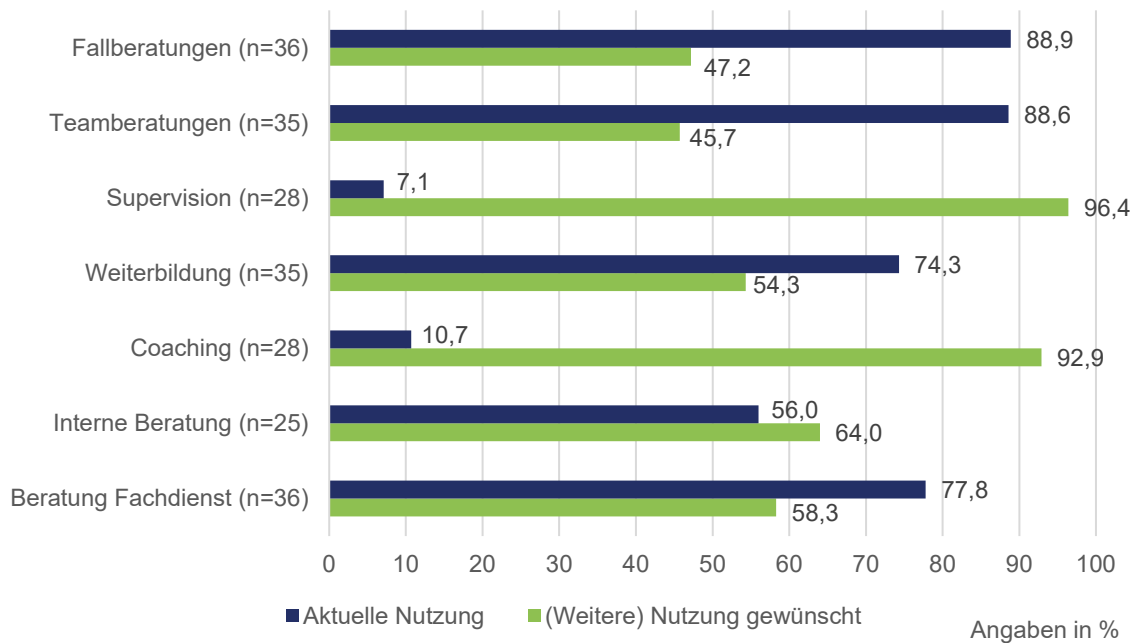


Abbildung 19: Derzeitige und gewünschte Nutzung der Maßnahmen zur Stärkung der eigenen Resilienz aus Sicht der Einrichtungsleitungen, die nicht in den Gruppen tätig sind

Rückmeldungen und Vorschläge der pädagogischen Mitarbeitenden

Im Rahmen der offenen Fragen konnten die pädagogischen Mitarbeitenden der Kindertageseinrichtungen Rückmeldungen und Vorschläge geben, wie in Zukunft die Situation für die Kinder mit Auffälligkeiten, für sie persönlich und, aus Sicht der Leitungen, für die anderen Mitarbeitenden verbessert werden könne. Diese Möglichkeit wurde von den befragten Personen intensiv genutzt, so haben bei der offenen Frage, was die Kinder mit Auffälligkeiten benötigen würden, rund 58,1 % der Befragten etwas eingetragen, bei der Frage nach den Bedürfnissen für die eigene Arbeit haben 53,4 % eine Anmerkung gemacht. Oftmals wurden dabei mehrere Aspekte erwähnt.

Anmerkungen im Hinblick auf das Personal

Es lässt sich festhalten, dass viele Teilnehmende personalbezogene Veränderungen wünschen. So wird ein notwendiger höherer Personalschlüssel, das Vorhandensein von mehr Personen, die flexibel einspringen können, und die Erhöhung der Zahl an pädagogischen Mitarbeitenden pro Gruppe aufgeführt. Einige Personen geben dabei konkret die Anzahl von mindestens drei Fachkräften in jeder Gruppe an. Andere wünschen Hilfskräfte in den Gruppen oder führen aus, dass die Hauswirtschaftspersonen ebenfalls stärker in die Arbeit mit den Kindern eingebunden werden könnten. Weiterhin wird in Bezug auf das Personal auch die notwendige bessere Ausbildung der Personen aufgeführt. Vielfach fehle aufgrund der mangelnden Thematisierung während der Qualifizierung das Verständnis für Inklusion und Bedürfnisorientierung. Die Ausbildung müsse daher besser auf die Anforderungen mit Kindern mit Auffälligkeiten vorbereiten. Hierzu wird auch die Notwendigkeit einer heilpädagogischen Zusatzausbildung adressiert.

Zudem wurde die sprachliche Bildung der pädagogischen Mitarbeitenden in den offenen Anmerkungen mehrfach thematisiert. So brauche es aus Sicht der befragten Personen mehr deutschsprachiges Personal. Im Zuge dessen wurden auch die Forderungen nach höheren Standards bei den Sprachprüfungen sowie nach einer zusätzlichen Sprachfachkraft für Kinder mit Migrationshintergrund aufgeführt.

Außerdem wünschen sich die teilnehmenden Personen eine pädagogische Ausbildung für alle Individualbegleitungen und konstantes Personal, sodass die Kinder verlässliche Begleitung haben. In Bezug auf die Individualbegleitungen müsse auch die Wartezeit zwischen Antrag und Genehmigung verkürzt werden. Bei den Einrichtungsleitungen bestehe zudem teilweise Schulungsbedarf, damit von ihrer Seite mehr Information über die Leistungsmöglichkeiten und die diesbezügliche Gewährung erfolgen kann. Letztlich brauche es laut Aussage der Teilnehmenden neues Personal, das nicht seit Jahren überlastet ist.

Damit auch langfristige Förderung möglich ist, braucht es weiterhin konstante Bezugspersonen, also beständiges und festes Personal in den Gruppen sowie einen kontinuierlichen Einrichtungsbesuch des Kindes. Bei starkem Personalausfall sollte es daher verlässliche Regelungen geben, wer die Integrativkinder in solchen Fällen betreut.

Anmerkungen im Hinblick auf Organisation, Administration und Strukturen

Dazu passen auch die weiteren Vorschläge der Teilnehmenden, die auf eine Entlastung des Personals abzielen. Zunächst besteht die Forderung, die maximale Arbeitszeit der pädagogischen Mitarbeitenden bei Vollzeit von 39 auf 30 Stunden zu reduzieren, um ihnen mehr Freizeit für Psychohygiene zu ermöglichen und somit eine höhere Belastbarkeit zu erwirken. Weiterhin sollten die bürokratischen Hürden gesenkt werden, die Verwaltungsaufgaben und Hauswirtschaftsleistungen aus dem Aufgabenbereich der Mitarbeitenden, die in den Gruppen arbeiten, ausgelagert und stattdessen die gemeinsame Zeit innerhalb des Teams zum Austausch erhöht werden. Zum bürokratischen Aufwand schreibt eine teilnehmende Person: „Man hat täglich das Gefühl, zwischen der Arbeit am Kind und der Bürokratie, den Bildungsanforderungen zerrissen zu sein. Das ist Arbeit am Limit. Man leistet jeden Tag so viel, wenn man aber die Arbeit verlässt, hat man das Gefühl, alles irgendwie zwischen ‚Tür und Angel‘ erledigt zu haben. Zu Hause angekommen, muss ich mich erst einmal hinlegen und das weiß ich von vielen Kollegen. Es raubt einem jegliche Energie.“ Die Mitarbeitenden wünschen sich mehr Unterstützung und Anerkennung von der Politik, damit Rahmenbedingungen verbessert und Spielräume für individuelle Entscheidungen ohne bürokratischen Aufwand geschaffen werden.

Um den Austausch innerhalb und außerhalb des Teams zu ermöglichen und Fördermaßnahmen besser zu planen, sollte die Vorbereitungszeit aus Sicht der Befragten erhöht werden. Um dies zu ermöglichen, könnten beispielsweise die Einrichtungsleitungen nicht im Betreuungsschlüssel aufgeführt werden. Eine weitere mögliche Maßnahme wäre eine Reduzierung der Öffnungszeiten der Einrichtungen.

Weiteren Bedarf an Veränderungen im strukturellen Bereich sehen die Personen in Bezug auf die Notwendigkeit von kleineren Gruppen, wobei konkret von maximal 15 bis 20 Kindern im Kindergarten und höchstens neun Kindern in der Krippe gesprochen wird. Die Erhöhung des Personals pro Gruppe soll dabei jedoch ebenfalls gelten, sodass ein Betreuungsschlüssel von

1:8 im Kindergarten und 1:5 in der Kinderkrippe erreicht werden kann. Dies ermögliche mehr Zeit für individuelle Förderung. Pro Kind mit Integrationsplatz sollte sich der Betreuungsschlüssel nochmals reduzieren.

Außerdem benötigen die Personen in den Einrichtungen mehr Integrationsplätze pro Gruppe oder die Möglichkeiten zur Vermittlung der Kinder in entsprechende Integrativeinrichtungen oder heilpädagogische Einrichtungen bzw. Tagesstätten. Dementsprechend wird auch die Erhöhung der dortigen Plätze bzw. der generellen Anzahl an Einrichtungen gefordert. Es gibt zudem den Vorschlag, in den Regelkindertageseinrichtungen spezielle, deutlich kleinere Integrationsgruppen zu bilden, in denen Kinder mit integrativer Maßnahme oder Eingliederungshilfe zusammenkommen. In einigen Einrichtungen wurden ähnliche Modelle bereits umgesetzt.

Generell fordern die Befragten in den Gruppen der Kindertageseinrichtungen der Stadt eine bessere Durchmischung der Gruppen, da in einigen Bezirken deutlich mehr Kinder mit Migrationshintergrund und sprachlichen Schwierigkeiten in den Gruppen zu finden sind als in anderen. Für die Kinder mit diesen sprachlichen Auffälligkeiten sei es außerdem notwendig, mehr Vorkurse in den Grundschulen anzubieten. Aus Sicht der pädagogischen Mitarbeitenden ist ein Angebot von Vorkursen in den Kindertageseinrichtungen selbst aufgrund des Personalmangels nicht realisierbar. Insbesondere nicht-deutschsprachige Familien sollten vonseiten der Stadt zudem motiviert werden, an Krabbelgruppen, Sportgruppen oder ähnlichen Kinderspielgruppen teilzunehmen, da auf diese Weise eine Sprachförderung und Integration ermöglicht wird. Weiterhin könnte die Stadt Ingolstadt aus Sicht der Befragten Integrationskurse für Eltern anbieten, die von Freiwilligen geleitet werden.

Anmerkungen im Hinblick auf persönliche Weiterentwicklung

Zusätzlich braucht es für die Mitarbeitenden aber auch mehr (Zeit für) Beratungen, Austausch und Vernetzung mit anderen pädagogischen Mitarbeitenden, Schulungen sowie kostenlose Fortbildungen. Thematisch werden Sprachförderung, die Marte Meo Methode¹⁴, Förderkonzepte, Wahrnehmungsentwicklung und Emotionsregulation im Kindesalter, Verhaltensstrategien im Umgang mit Kindern mit Auffälligkeiten und allgemein das Thema Integration und integrative Arbeit aufgeführt. Es gibt aber auch Wünsche nach persönlicheren Themen, die das Fachpersonal betreffen, wie Elternberatung, Fortbildungen zur Stärkung der eigenen Erziehungspersönlichkeit, zu Stressmanagement und der Reflexion des eigenen Erziehungsverhalten (z. B. mittels Videoaufnahmen). Für Mitarbeitende mit Migrationshintergrund bzw. mit einem Abschluss, der außerhalb Deutschlands erlangt wurde, braucht es ebenfalls ein größeres Fortbildungsangebot, da diese bisher zumeist keine Erfahrungen mit Kindern mit erhöhtem Förderbedarf sammeln konnten und spezifisches Methodenwissen und Kenntnisse über Handlungsabläufe im Umgang mit diesen Kindern erhalten möchten. Zusätzlich zur Teilnahme an Fortbildungen wünschen sich die Befragten auch mehr Zeit und Raum, das dort erlangte Wissen anzuwenden. Daran anschließend wird auch der Wunsch nach mehr Urlaub und mehr

¹⁴ Marte Meo umfasst ein Videoberatungskonzept mit dem Ziel der Entwicklungsunterstützung und der Verbesserung der Kommunikation. Es werden alltägliche Interaktionssituationen mit Video aufgezeichnet und anschließend gemeinsam im Hinblick auf Potential und Ansatzpunkte für Entwicklungsförderung untersucht. Dies kann innerhalb des Teams oder auch mit den jeweiligen Eltern vorgenommen werden Gیزیcki (2023).

Entlohnung als Ausgleich geäußert, da Weiterbildungen aktuell oft privat bezahlt und in der Freizeit durchgeführt werden. Weiterhin ist es den Befragten wichtig, dass die Fortbildungen oder Teamtage nicht letztlich aufgrund von Personalmangel ausfallen.

Anmerkungen im Hinblick auf gemeinsamen Austausch

Neben diesen Wünschen gibt es auch die Forderung nach häufigeren pädagogischen Beratungen im regelmäßigen Turnus zu Trägergrundsätzen, pädagogischen Grundsätzen und adäquatem Verhalten als pädagogische Mitarbeitende. Dabei können auch eine Sensibilisierung für Inklusion erreicht und die persönliche Bereitschaft, diese umzusetzen, thematisiert werden. Es wird auch angemerkt, dass besondere Arbeitsgruppen für Inklusion einen guten Austausch untereinander ermöglichen könnten. Auch Supervisionen, Coaching und trägerübergreifende Veranstaltungen, bei denen Gespräche mit pädagogischen Mitarbeitenden aus anderen Einrichtungen möglich sind, sowie eine Fachberatung zum Thema Integration bei der Stadt Ingolstadt werden gewünscht. Hierbei wird ebenfalls auf die Notwendigkeit finanzieller Unterstützung zur Durchführung solcher Maßnahmen hingewiesen. Dazu gibt es auch den Vorschlag, einen Integrationsbonus zu zahlen, um das Engagement der Mitarbeitenden für die Kinder mit Auffälligkeiten wertzuschätzen.

Anmerkungen im Hinblick auf Ausstattung und Räumlichkeiten

Auch der Zugang zu Förderangeboten sowie das Budget für erprobtes Spiel-, Entwicklungs- und Fördermaterial sind aus Sicht der Befragten entscheidende Faktoren, die für eine adäquatere Begleitung und Betreuung von Kindern mit Auffälligkeiten verbessert werden müssen. Dies gilt auch für die Gestaltung der Räumlichkeiten. So bedarf es laut den Befragten mehr Platz und einer besseren Ausstattung der Funktionsräume zum Bewegen und Toben, einer inklusiven und barrierefreien Raum- bzw. Einrichtungsgestaltung, aber auch Rückzugsmöglichkeiten in Form von Ruheräumen. Beim Neubau von Kindertageseinrichtungen sollten zudem Räume für Einzeltherapien berücksichtigt werden.

Anmerkungen in Bezug auf Förderung und Maßnahmen

Weitere kindbezogene Notwendigkeiten angesichts aller Auffälligkeiten sehen die Befragten in mehr Individualbegleitung, wobei hierbei angemerkt wird, dass zu viele Kinder mit Individualbegleitung in einer Gruppe ebenfalls problematisch sind, weil dies das Erwachsenen-Kind-Verhältnis negativ beeinflusst. Für einige Kinder sollte außerdem, wenn möglich, auch die Betreuungszeit verringert werden, da acht Stunden für sie oftmals überfordernd sind. Dies betrifft auch Kinder, die am Vormittag eine schulvorbereitende Einrichtung besuchen. Sie werden bei Personalmangel am Nachmittag in einer Regelkindertageseinrichtung betreut, obwohl diese ihren Bedürfnissen nicht gerecht werden kann.

Stattdessen brauchen die Kinder spezielle Förderung in und außerhalb der Einrichtung, die von externen Personen oder Fachdiensten übernommen wird. Dazu wünschen sich die Befragten oftmals direkt hausinterne Fachkräfte aus den Bereichen Logopädie, Physiotherapie, Psychotherapie, Ergotherapie, Sonder- und Heilpädagogik, sodass die aktuellen langen Wartezeiten umgangen werden können und direkte Ansprechpersonen vorhanden sind. Insbesondere die situative Integration von Kindern, das regelmäßige Coaching und die generelle

Unterstützung von heilpädagogischen Fachkräften wird hierbei als zentral angesehen, sodass der Wunsch nach hausinternen Personen oder zumindest einer festen Zuständigkeit innerhalb des Clusters, welche mehrmals die Woche in der Einrichtung vor Ort ist, formuliert wird. Gleiches gilt auch für Inklusionsfachkräfte, die entweder in jeder Einrichtung oder in jedem Cluster vorhanden sein sollen und zeitlich frei in den Gruppen zur Unterstützung eingeteilt werden können. Zur Unterstützung bei der Elternarbeit wird auch das Vorhandensein von Sozialpädagogen und Sozialpädagoginnen in jeder Kindertageseinrichtung gewünscht. Es besteht weiterhin der Wunsch nach der Einrichtung eines Sonderpädagogischen Zentrums wie in Neuburg an der Donau.

Bei Zurückgriff auf externes Personal sollte dieses zumindest mit beständigen Personen und weniger Personalwechsel verbunden sein, damit ein gemeinsames stetiges Arbeiten möglich ist. Auch die Notwendigkeit von häufigerer, längerer und regelmäßigerer Unterstützung der Fachdienste, ohne lange Wartezeiten, sowie der Wunsch nach einer Aufstockung der jährlichen Fachdienststunden werden in diesem Zusammenhang vorgebracht. Dies würde auch dazu führen, dass dem Wunsch der pädagogischen Mitarbeitenden, Beratung auch bei weniger gravierenden Auffälligkeiten in Anspruch nehmen zu können, nachgekommen werden kann. Generell wünschen sich die Befragten mehr externe Beratungsangebote, die während der Dienstzeit stattfinden können. Dabei wird teilweise auch die Frage nach der Möglichkeit einer anonymen Beratung in schwierigen Fällen aufgeführt.

Externe Unterstützung benötigen die pädagogischen Mitarbeitenden auch vonseiten der Ärzte und Ärztinnen der Kinder. Hier muss aus Sicht der Befragten ein Umdenken stattfinden, so dass das medizinische Personal eine höhere Bereitschaft zeigt, auch in jungem Alter die Auffälligkeiten der Kinder ernst zu nehmen und zu unterstützen, indem es Rezepte für Fördermaßnahmen ausstellt und Möglichkeiten zur zeitnahen Abklärung und Testung von Auffälligkeiten bzw. Förderung schafft. Dies sollte bereits bei den Kindervorsorgeuntersuchungen beginnen, um schon vor dem Eintritt in den Kindergarten diagnostische Grundlagen vorweisen zu können. Oftmals ist es laut Aussage der Befragten jedoch der Fall, dass das medizinische Personal die Auffälligkeiten als unbedenklich einschätzt. Dies wiederum sorgt bei den Eltern der Kinder mit Auffälligkeiten für Verunsicherung und wirkt deren Mitarbeit und Einsicht entgegen.

Anmerkungen im Hinblick auf die Eltern der Kinder

Die Mitwirkung der Eltern ist jedoch für die entsprechende Förderung der Kinder unerlässlich. Nicht immer wollen die Eltern ihre diesbezügliche Verantwortung jedoch übernehmen. Oftmals sind die Eltern, insbesondere wenn die Kindertageseinrichtung sie auf die Notwendigkeit eines Integrativstatus hinweist, zunächst skeptisch. Manche Eltern nehmen die Auffälligkeiten ihrer Kinder schlicht nicht ernst und wollen daher die Vorschläge der Einrichtungen nicht verfolgen. Andere Eltern erkennen zwar den Bedarf ihrer Kinder auf Unterstützung an, aber wollen dennoch nicht, dass ihr Kind ein Integrativkind wird. In Bezug auf den Antrag für den Integrativstatus bedeutet dies teilweise, dass die Zusammenarbeit schleppend verläuft und die Unterlagen von elterlicher Seite spät oder nicht bereitgestellt werden. Manchmal werden von ihnen

gegenüber der Kindertageseinrichtung oder dem sozialpädiatrischen Zentrum auch falsche Angaben gemacht, die erst später im Prozess auffallen.

Bei alleinerziehenden Personen kommt zudem das Problem dazu, dass auf allen Anträgen die Unterschriften beider Elternteile notwendig ist und die Zustimmung des anderen Elternteils in einigen Fällen schwer zu bekommen ist. Teils verläuft auch die Zusammenarbeit mit den Eltern aufgrund von Sprachbarrieren schwierig. Aus den Anmerkungen der Einrichtungsleitungen lässt sich schlussfolgern, dass die Eltern oftmals Unterstützung beim Ausfüllen der Anträge benötigen, welche zu einem Großteil von den Leitungen übernommen wird, obwohl dies nicht zu ihrem Aufgabenbereich gehört.

Anmerkungen im Hinblick auf den Antragsprozess auf integrative Maßnahmen bzw. Eingliederungshilfen

In Bezug auf den Antragsprozess für den Status als Integrativkind wünschen sich die beteiligten Leitungen daher allgemein ein vereinfachtes, einheitliches Antragsverfahren mit verlässlicher Rückmeldung. So merken mehrere Personen an, dass sowohl der Prozess insgesamt als auch die Bearbeitung sehr zeitintensiv sind und ein mehrmaliges Nachfragen bei den beteiligten Institutionen unerlässlich ist. Vor allem die Stellungnahmen bzw. Integrationsberichte und die zahlreichen Gespräche mit den Eltern werden von den Leitungen als zeitaufwendig erlebt. Kritisch sehen viele auch die langen Wartezeiten auf Termine bei Ärzten und Ärztinnen für die Diagnostik oder die Ausstellung von Rezepten. Teilweise wünscht das medizinische Personal keinen Austausch über die Auffälligkeiten, genehmigt die Diagnostik nicht oder macht Fehler in der Ausstellung der Atteste, die zu einer Ablehnung des Antrags beim Bezirk Oberbayern führen. Auch die Zusammenarbeit mit dem Fachdienst verläuft nicht immer verlässlich, oftmals sind keine Kapazitäten vorhanden. Ebenfalls lange Wartezeiten von bis zu sechs Monaten werden zwischen dem letzten Termin im Sozialpädiatrischen Zentrum bis zum Abschlussbericht mit der Diagnose und der Bearbeitung beim Bezirk (bis zu zwölf Monaten) attestiert. Teilweise wünscht der Bezirk Oberbayern noch weitere Stellungnahmen zum Kind, die den Prozess weiter verlängern und mehr Aufwand für den Fachdienst und die jeweilige Einrichtungsleitung bedeuten. Auch die ausschließlich postalische Beantragung beim Bezirk Oberbayern wird kritisiert. Hier besteht von den Teilnehmenden der Wunsch, das Hochladen der notwendigen Unterlagen auf ein eigens dafür ausgerichtetes Online-Portal zu ermöglichen. Dies ginge mit einer Zeitersparnis einher. Zudem könnten auf diese Weise Fragen und Anliegen leichter beantwortet werden, aktuell bleiben diese vom Bezirk laut den Befragten oft unbeantwortet. Wird der Bescheid am Ende nicht bewilligt, sieht sich die Einrichtung außerdem aktuell mit Schwierigkeiten konfrontiert, da sie bereits mit dem Gewichtungsfaktor 4,5 für erhöhten Bildungs-, Erziehungs- und Betreuungsaufwand für das entsprechende Kind kalkuliert.

Weiterhin wird kritisiert, dass die Möglichkeit zum Antrag aktuell nur zweimal jährlich besteht. Dazu gibt es die Bitte, dies einmal pro Monat einzurichten, da die derzeitigen Fristen angesichts der Wartezeiten bei allen beteiligten Institutionen vielfach nicht eingehalten werden können. Außerdem wünschen sie die Einrichtungsleitungen für den Antragsprozess eine Freistellung vom Gruppendienst, damit sie die neu gewonnenen Kapazitäten zur Antragsstellung nutzen können.

Zur Verkürzung des Antragsprozesses und aufgrund der teilweise erlebten Schwierigkeiten gibt es den Vorschlag, das Verfahren ohne Mitwirkung von Ärztinnen und Ärzten zu ermöglichen und stattdessen auf die Einschätzungen von den mobilen sonderpädagogischen Hilfen sowie der Kindertageseinrichtungen zu vertrauen. Ebenfalls hervorgebracht wird der Wunsch nach einer pauschalen Schweigepflichtsentbindung für das sozialpädiatrische Zentrum, die zugehörigen Ärzte und Ärztinnen, die mobilen sonderpädagogischen Hilfen sowie die Kindertageseinrichtung, um die Dringlichkeit des Verfahrens vor allem den Eltern gegenüber betonen zu können.

Eine letzte Kritik betrifft die Schulkindergärten. In ihnen ist die Beantragung angesichts der langen Prozessdauer fast nicht realisierbar ist, da die Kinder die Einrichtung wieder verlassen, bevor alle Schritte eingeleitet und durchgeführt wurden.

Anmerkungen zur Thematik und Umfrage

Generell zeigt sich aus den Anmerkungen der pädagogischen Mitarbeitenden, dass es aktuell schwierig ist, den Bedürfnissen der Kinder gerecht zu werden und die Anzahl an Kindern mit Auffälligkeiten sowie die sprachlichen Hürden aus ihrer Sicht immer mehr ansteigen. Dementsprechend besteht viel Dankbarkeit, dass die Stadt Ingolstadt die Wichtigkeit dieser Thematik verstanden hat und nun bearbeitet. Die Personen betonen auch ihre Hoffnung, dass die Befragung tatsächliche Veränderungen bewirken kann.

Ergebnisse der Befragung in den Grundschulen

In der Grundschulzeit werden möglicherweise weitere Auffälligkeiten im Bereich des Lernens oder der der Sprache offenkundig. Aus diesem Grund sollte in Anschluss an die Befragung in den Kindertageseinrichtungen auch zur Situation in den Grundschulen eine Datengrundlage geschaffen werden.

Im Folgenden wird zunächst auf den Umfang und die soziodemographischen Merkmale der beteiligten Personen eingegangen. Anschließend werden die Ergebnisse der Befragung in den Grundschulen dargestellt, wobei in einigen Fällen auch eine Differenzierung nach Funktion, Arbeitszeit bzw. Berufserfahrung vorgenommen wird.

Umfang der Befragung an den Grundschulen

Die Befragung an den Grundschulen adressierte die Lehrkräfte, Fach- und Förderlehrer/-innen, Schulpsycholog/-innen sowie Referendar/-innen, die an den Grundschulen der Stadt Ingolstadt tätig sind. Um diese zu erreichen, wurden 452 personalisierte Links seitens des Schulamts an die in den Grundschulen tätigen Personen weitergeleitet. Die Teilnahme war dementsprechend ausschließlich online und nur mittels eines personalisierten Links möglich, sodass eine Mehrfachteilnahme ausgeschlossen wurde.

Der Online-Fragebogen bestand insgesamt aus 39 Einzelfragen, die jedoch aufgrund der Filterführung nicht für jede Person in dieser Vollständigkeit angezeigt wurden.¹⁵ Die Schulleitungen bzw. die stellvertretenden Leitungen bekamen zusätzlich neun weitere Fragen, in denen sie die Situation für die gesamte Schule und die anderen Mitarbeitenden einschätzen sollten.

Insgesamt haben 146 Personen an der Umfrage teilgenommen. Das entspricht einer Rücklaufquote von 32,3 %.

Soziodemografische Merkmale der befragten Lehrkräfte

Die überwiegende Mehrheit der Teilnehmenden (97,9 %) ist an den staatlichen Schulen tätig, nur 2,1 % entfallen auf die Schulen in privater Trägerschaft. Wie aus Abbildung 20 deutlich wird, dominieren beim Stadtteil die nördlichen und östlichen Bezirke.¹⁶ In ersteren sind 39,1 % und in letzterem 35,5 % der Befragten tätig.

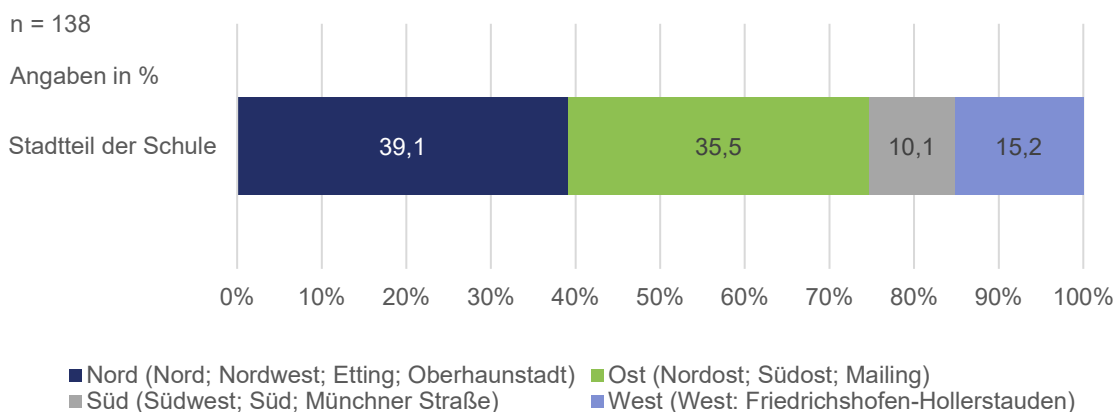


Abbildung 20: Stadtteil, in dem die Schule liegt, an der die Befragten tätig sind

Die Befragten wurden nach ihrer Funktion an der Schule gefragt, daraus lassen sich Cluster mit der höchsten Funktion bilden: Schulleitungen, stellvertretende Schulleitungen, Klassenleitungen, Lehrkräfte ohne Leitungsfunktion sowie sonstige Lehrer/-innen. Die höchste Funktion des Großteils der Befragten stellt die Klassenleitung dar, sie haben 45,7 % von ihnen inne. Schulleitungen machen 3,6 % und stellvertretende Schulleitungen 5,8 % der Stichprobe aus. Lehrkräfte ohne Leitungsfunktion sind 29,0 % und sonstige Lehrer und Lehrerinnen (wie Fachlehrer/-innen, Referendar/-innen, Förderlehrer/-innen) bilden einen Anteil von 15,9 %. Den Großteil dieser letzten Gruppe stellen Referendar/-innen dar. Dies spiegelt sich auch in der bisherigen Berufserfahrung wider (s. Abbildung 21). So sind 17,6 % der Befragten weniger als fünf Jahre in ihrem aktuellen Beruf tätig. Mit 38,9 % sind die meisten jedoch auch bereits 20

¹⁵ Wenn die Befragten in ihrer Klasse beispielsweise Kinder mit Auffälligkeiten im sensorischen Bereich hatten, wurde in drei Unterfragen nachgefragt, welchen Sinn (Sehen, Hören, Tasten) dies konkret betrifft. Personen, die diese Auffälligkeiten nicht angegeben haben, bekamen die Nachfragen entsprechend nicht zu sehen.

¹⁶ Der Stadtteil Nord umfasst einerseits die größten Grundschulen (z. B. die Grundschule Auf der Schanz und die Christoph-Kolumbus-Grundschule), andererseits beinhaltet er angesichts des Piusviertels auch einen Stadtbereich mit besonderem Entwicklungsbedarf, d. h. mit hohem Migrationsanteil, hohen Anteilen an Arbeitslosen und Sozialhilfeempfänger/-innen. Bei den Kindern und Jugendlichen zeigen sich in diesem Viertel häufiger sprachliche Auffälligkeiten oder Schwierigkeiten im Hinblick auf Lernen oder Sozialintegration (Stadt Ingolstadt 2025). Im Stadtteil Ost liegen mit dem Konrad- und Augustinviertel ebenfalls zwei solcher Stadtbereiche mit besonderem Entwicklungsbedarf (Stadt Ingolstadt 2025).

Jahre und mehr in ihrem derzeitigen Beruf tätig. Das zeigt auch die Altersverteilung der Stichprobe: 3,7 % ist unter 25 Jahren, der Großteil der Befragten ist jedoch mit 27,8 % 35 bis unter 45 Jahre und mit 26,9 % 45 bis unter 55 Jahre alt. 18,5 % sind 55 Jahre und älter und 23,2 % 25 bis unter 35 Jahre alt.

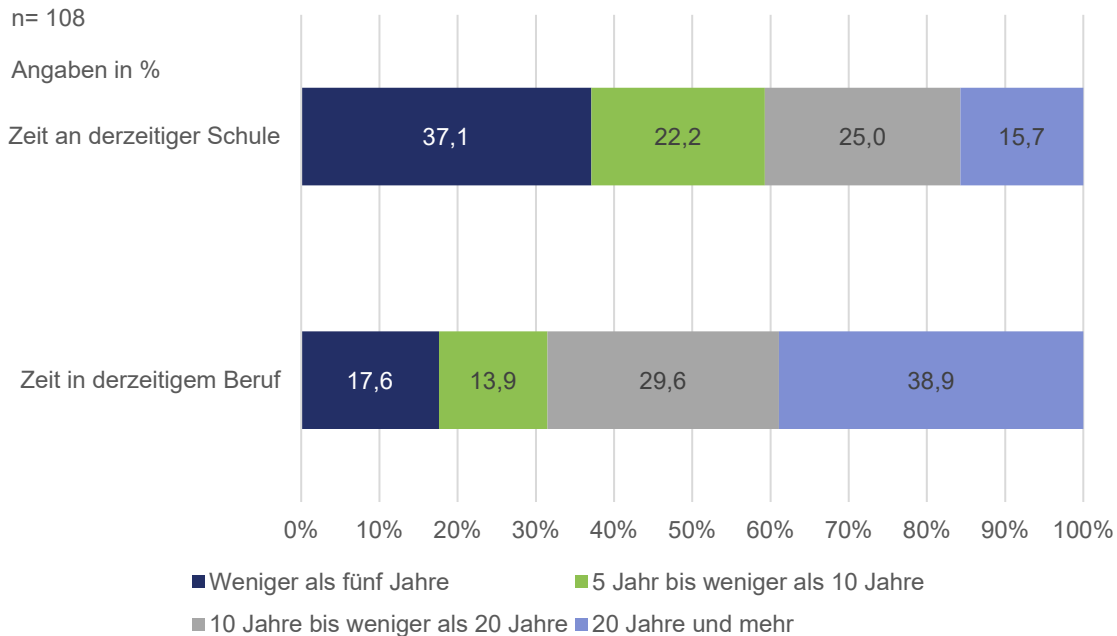


Abbildung 21: Zeit im derzeitigen Beruf und an der aktuellen Schule

45,3 % der befragten Personen sind in Vollzeit tätig, weitere 42,5 % arbeiten in einer überhälftigen Teilzeit, 12,3 % arbeiten unterhälftig. Beim Geschlecht wählt die Mehrheit (93,5 %) weiblich, 4,6 % männlich und 1,9 % keine Angabe aus.

Die Jahrgangsstufen der Klassen, auf die sich die Befragten in der Umfrage beziehen¹⁷, sind in ähnlichem Umfang vertreten, wobei, wie in Abbildung 22 dargestellt, die Klassenstufen 1 mit 28,1 % und 2 mit 29,5 % etwas häufiger betrachtet wurden.

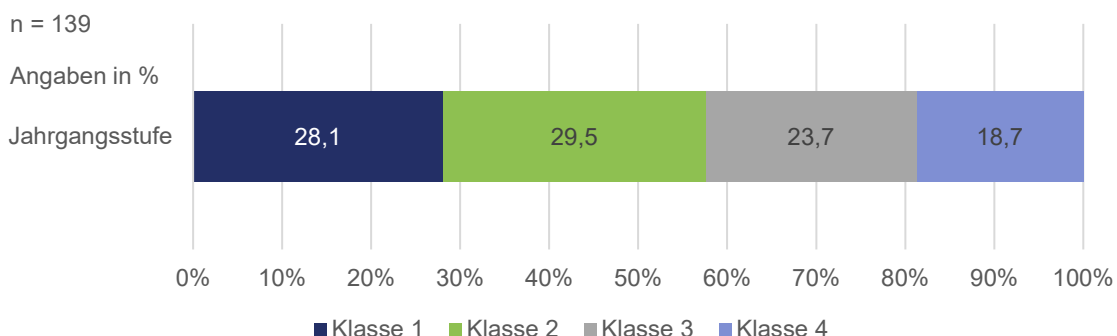


Abbildung 22: Verteilung der Jahrgangsstufen der betrachteten Klassen

¹⁷ Die Befragten sollten sich auf die Klasse beziehen, in der sie am häufigsten tätig sind. Personen, die in mehreren Klassen zu gleichen Anteilen eingesetzt werden, sollten die Fragen für die Klasse beantworten, in der sie zuletzt waren.

Die Anzahl der Kinder innerhalb dieser Klassen variiert zwischen 16 und 28 (s. Abbildung 23). Die Durchschnittsgröße der Klassen beträgt dabei 22,2 Kinder. Insgesamt wird eine Gesamtanzahl von 3.013 Kindern betrachtet.

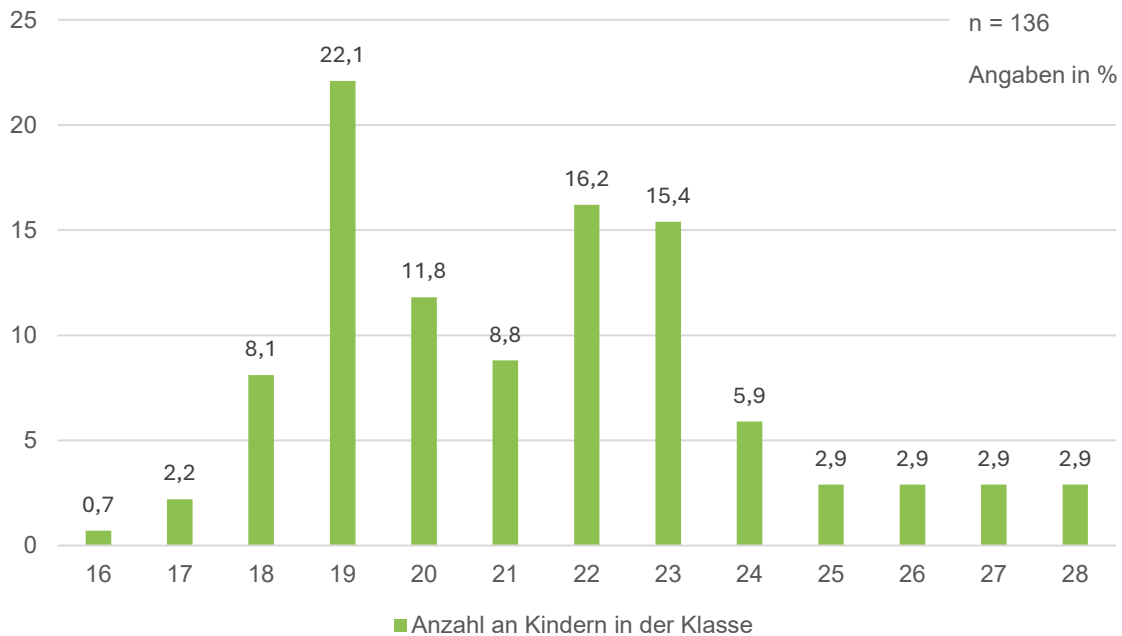


Abbildung 23: Anteile der Klassen nach Kinderanzahl

Kinder mit erhöhtem Förderbedarf in den Schulen

In den Klassen sind Kinder, die einen sonderpädagogischen Förderbedarf, Notenschutz oder Nachteilsausgleich haben, sowie Kinder, die ähnliche Auffälligkeiten aufweisen, aber bisher keine solchen Unterstützungen erhalten.

Die Anzahl an Kindern mit sonderpädagogischem Förderschwerpunkt schwankt zwischen den Klassen zwischen keinem und sechs Kind(ern) (s. Abbildung 24). Abbildung 25 zeigt die gleiche Beobachtung für Kinder mit Notenschutz bzw. Nachteilsausgleich.

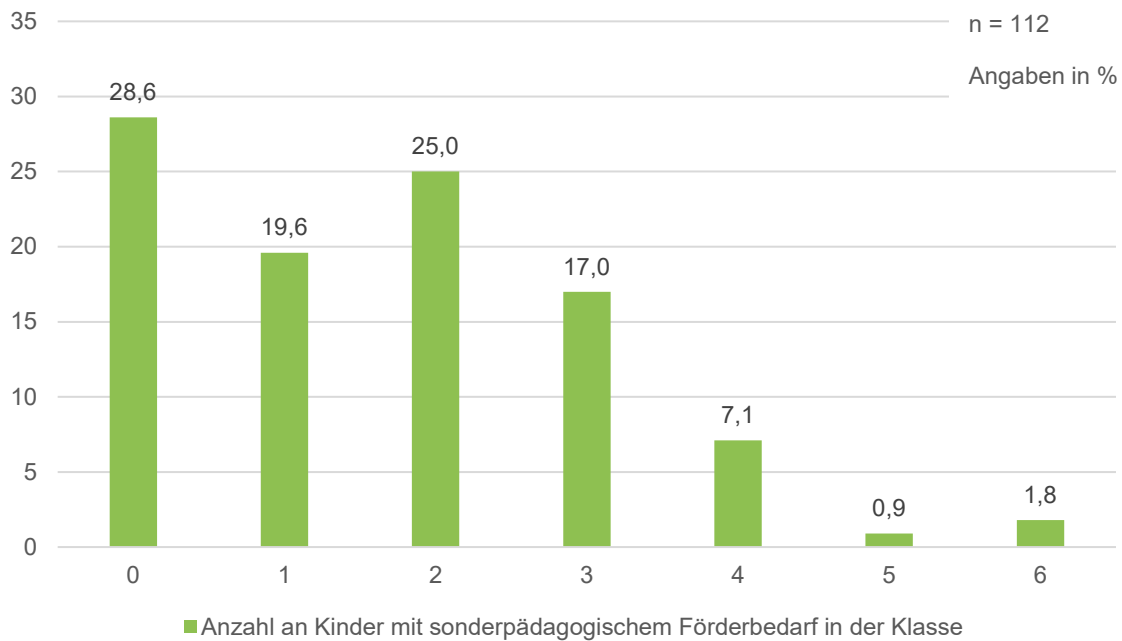


Abbildung 24: Anzahl an Kindern mit sonderpädagogischem Förderbedarf in der Klasse

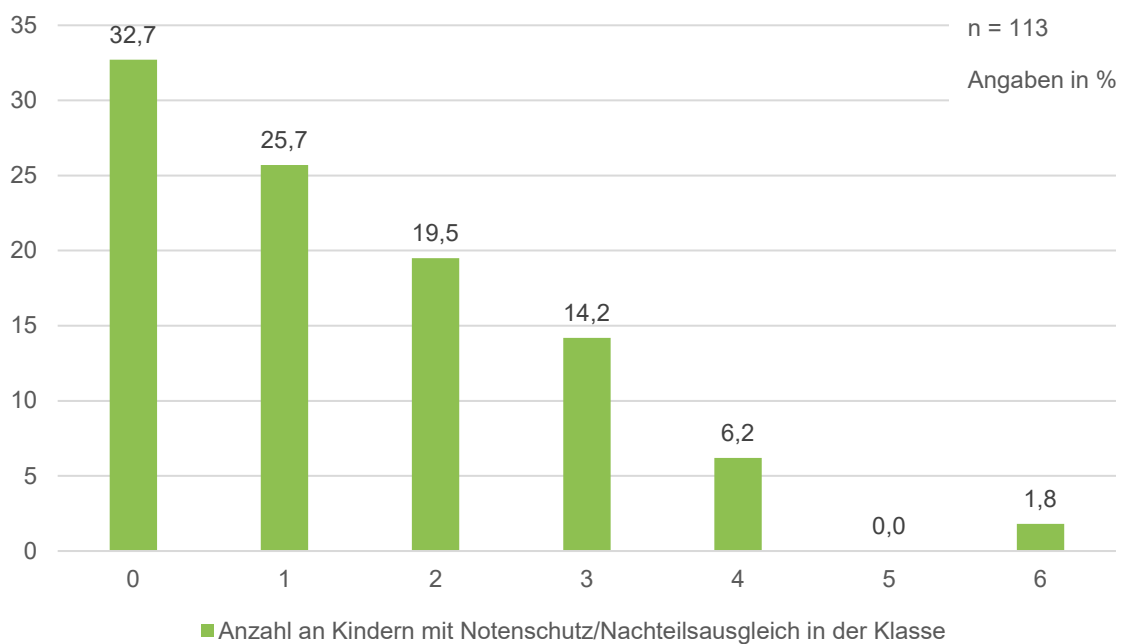


Abbildung 25: Anzahl an Kindern mit Notenschutz/Nachteilsausgleich in der Klasse

In Bezug auf die Ausprägung des sonderpädagogischen Förderbedarfs stechen insbesondere die Bereiche Sprache und Lernen hervor. Von den Personen, die mindestens ein Kind mit einem erhöhtem Förderbedarf in der Klasse haben, geben 48,4 % an, dass (mindestens) ein Kind diesen Bedarf aufgrund von Auffälligkeiten im sprachlichen Bereich, und 57,1 %, dass (mindestens) ein Kind den Bedarf im Bereich des Lernens aufweist. Einen Förderbedarf im Bereich der Sprache haben bei 16,9 % der Befragten mehrere Kinder (zu 3,2 % sogar fünf

Kinder) in der Klasse. Im Bereich des Lernens finden sich in 33,0 % der Fälle mehr als ein Kind in der Klasse, das einen solchen Förderbedarf aufweist. Die Förderbedarfe Sehen (in 3,3 % der Fälle vorhanden) und Hören (in 2,2 % der Fälle vorhanden) sind sehr selten vertreten und betreffen stets auch nur ein Kind der Klasse. Dementsprechend sind auch Notenschutz bzw. Nachteilsausgleich in den Bereichen Sinnesschädigung Sehen und Hören selten. Ersteres betrifft 2,3 % der Fälle und letzteres 1,2 %. Ebenfalls selten vorhanden ist Notenschutz oder Nachteilsausgleich aufgrund von Beeinträchtigung durch schwere Erkrankungen (3,5 %), angesichts von Autismus (5,7 %) oder aufgrund von körperlich-motorischen Beeinträchtigungen (5,8 %). Stattdessen sind am häufigsten Kinder mit Notenschutz aufgrund von Lese-Rechtschreibstörung (51,7 % von den Personen, die mindestens ein Kind mit Notenschutz oder Nachteilsausgleich in der Klasse haben, hat mindestens ein Kind in diesem Bereich) oder Sprachbeeinträchtigungen (35,6 %) in der Klasse vorhanden. Lese-Rechtschreibstörung betrifft dabei in 21,9 % Fälle mehrere (zwischen zwei und vier) Kinder und zu 29,9 % ein Kind in der Klasse. Notenschutz bzw. Nachteilsausgleich aufgrund von Sprachbeeinträchtigungen erhält meistens nur ein Kind der Klasse, nur 7,0 % der befragten Personen geben hier zwei oder drei Kinder an.

Zum Vergleich sollten die Schulleitungen und stellvertretenden Leitungen jeweils noch zusätzlich angeben, wie viele Kinder mit sonderpädagogischem Förderbedarf und wie viele mit Notenschutz oder Nachteilsausgleich in der gesamten Schule zu finden sind. Beim sonderpädagogischen Förderbedarf liegt eine Spanne von vier bis 40 Kindern pro Schule vor (40 Kinder treten jedoch nur in einem Fall auf, die nächstkleinere Anzahl liegt bei 14 Kindern)¹⁸. Bei den Kindern mit Notenschutz bzw. Nachteilsausgleich variiert die Anzahl zwischen einem und 15 Kind(ern). Einen sonderpädagogischen Förderbedarf haben dabei unter diesen Kindern 30 Kinder im Bereich Sprache, 45 beim Lernen, 21 im sozial-emotionalen Schwerpunkt und 15 aufgrund von geistiger Entwicklung. Sieben Kinder haben einen körperlich-motorischen Förderbedarf und fünf Kinder im Bereich des Sehens sowie drei im Bereich des Hörens. Die Größenordnung beim Notenschutz bzw. Nachteilsausgleich ist ähnlich, 35 Kinder haben dies aufgrund von Sprachbeeinträchtigungen und 26 wegen ihrer Lese-Rechtschreibstörung. Fünf Kinder bekommen diese Maßnahme aufgrund ihrer körperlich-motorischen Auffälligkeiten und jeweils zwei angesichts ihres Autismus oder schwerer Erkrankungen. Aufgrund von Auffälligkeiten im Hören oder Sehen hat keines der Kinder in den Betrachtungen der gesamten Schule einen Notenschutz oder Nachteilsausgleich¹⁹.

Neben diesen Zahlen sollten die Befragten einschätzen, ob unter allen Kindern in ihrer Klasse Kinder mit Auffälligkeiten im Bereich der Gesundheit oder hinsichtlich familiärer und psychosozialer Belastungen sind. 33,9 % der Befragten geben an, dass sie mindestens ein Kind mit gesundheitlichen Auffälligkeiten in ihrer jeweiligen Klasse haben. 51,5 % haben keine solchen Kinder. Die Befragten hatten zudem die Möglichkeit, anzugeben, wie viele Kinder dieser Auffälligkeit in ihrer Klasse vorhanden sind. Insgesamt beträgt diese Zahl 89 Kinder, das entspricht

¹⁸ An dieser Stelle soll nochmal darauf hingewiesen werden, dass ausschließlich die Regelschulen der Stadt Ingolstadt betrachtet wurden.

¹⁹ Dies steht im Widerspruch zu den Auskünften der Lehrer/-innen, kann jedoch damit begründet werden, dass nur sieben (stellvertretende) Schulleitungen die Frage nach dem Notenschutz an ihrer Schule beantwortet haben und damit nicht alle Grundschulen in der Stadt Ingolstadt betrachtet wurden.

etwa 3,0 % der im Rahmen der Umfrage erfassten Gesamtkinderanzahl. Kinder mit familiären und psychosozialen Belastungssituationen treten in den jeweiligen Klassen deutlich häufiger auf. So geben 86,9 % der Teilnehmenden an, mindestens ein Kind in ihrer Klasse zu haben, nur 5,4 % schätzt dies bei keinem Kind ein, die restlichen 7,7 % können dies nicht beurteilen. Der Anteil an Kindern mit familiären und psychosozialen Belastungen an der Gesamtkinderzahl beträgt 26,9 % (absoluter Wert der Kinder: 809). Bei den familiären und psychosozialen Belastungen gibt es eine signifikante Korrelation zu dem Stadtteil, in dem sich die Schule befindet. Der Großteil der Personen, die angeben, mindestens eines dieser Kinder in der Klasse zu haben, ist an einer Schule der Stadtteile Nord und Ost zu finden.²⁰

Im Folgenden sollten die befragten Personen ausschließlich die Kinder berücksichtigen, die keinen sonderpädagogischen Förderbedarf besitzen bzw. keinen Notenschutz oder Nachteilsausgleich erhalten, und abschätzen, wie viele weitere Kinder Auffälligkeiten zeigen. Für den sprachlichen Bereich wurde dies separiert abgefragt nach Kindern, die Schwierigkeiten mit der deutschen Sprache zeigen, da sie eine andere Muttersprache haben, und Kindern, die Auffälligkeiten in ihrer sprachlichen Entwicklung aufweisen. Kinder aus ersterer Gruppe haben dabei 91,1 % der Befragten in ihrer Klasse, die eingegebene Gesamtanzahl dieser Kinder beträgt 869. Kinder mit sprachlichen Entwicklungsauffälligkeiten sind bei 48,0 % vorhanden, insgesamt sind dies 199 Kinder. Insgesamt sprachlich auffällig sind damit 1.068 Kinder, das entspricht einem Anteil an der Gesamtanzahl (3.013 Kinder) von 35,4 %.

Mit 609 Kindern sind im Bereich Lernen ebenfalls einige Kinder mit Auffälligkeiten zu finden. Sie machen einen Anteil von 20,2 % der erfassten Gesamtzahl an Kindern aus. Dementsprechend geben auch 88,4 % der Befragten an, mindestens ein solches Kind in ihrer Klasse zu haben. Im Folgenden wurde dann abgefragt, ob diese Auffälligkeiten im Bereich Deutsch und/oder Mathematik bestehen. Dabei zeigen 521 der 609 Kinder (85,6 %) Schwierigkeiten im ersten und 307 (50,4 %) im zweiten Bereich. Viele Kinder zeigen also in beiden Fächern Auffälligkeiten.

Kinder mit kognitiven Auffälligkeiten, bei denen kein sonderpädagogischer Förderbedarf vorliegt, haben 82,8 % der Befragten in ihrer Klasse. Die Gesamtzahl liegt dabei bei 393 Kinder, das sind 13,0 % aller betrachteten Kinder. Noch weniger Kinder sind bei den körperlich-motorischen Auffälligkeiten beobachtbar. Hierbei werden 242 Kinder angegeben, was 8,0 % der Gesamtzahl entspricht, und 68,4 % der Teilnehmenden wählt aus, solche Kinder in seiner bzw. ihrer Bezugsklasse vorzufinden. Die am seltensten angegebene Auffälligkeit ist sensorischer Art. In diesem Bereich haben nur 29,4 % mindestens ein Kind in ihrer Klasse und die angegebene Anzahl von ihnen beträgt 62, d. h. 2,1 % aller Kinder. Der Großteil von ihnen hat dabei mit 48,4 % Auffälligkeiten im Hören, gefolgt von 46,8 % im Sehen. Sensorische Auffälligkeiten im Bereich des Tastens zeigen nur 6,5 % der Kinder. Dies lässt schlussfolgern, dass bei der Mehrheit der Kinder mit sensorischen Auffälligkeiten diese nur einen Sinn betrifft.

Sozial-emotional auffällig sind 409 Kinder, das entspricht 13,6 % der Gesamtzahl. Dabei geben 89,0 % der Befragten an, mindestens ein solches Kind in ihrer Klasse zu haben. Kinder mit sprachlichen Auffälligkeiten, Schwierigkeiten im Bereich Lernen oder im sozial-

²⁰ Bei allen anderen Auffälligkeiten zeigen sich keine signifikanten Korrelationen mit diesem Merkmal.

emotionalen Bereich sind also weit verbreitet und betreffen viele Klassen. Von den sozial-emotional auffälligen Kinder zeigen aus Sicht der Befragten 254 Kinder (62,1 %) ähnliche Verhaltensweisen wie bei ADHS und 13,0 % wie bei Autismus (53 Kinder absolut).

Abbildung 26 gibt einen Überblick über die Anteile der Kinder mit Auffälligkeiten in den Ingolstädter Grundschulen.

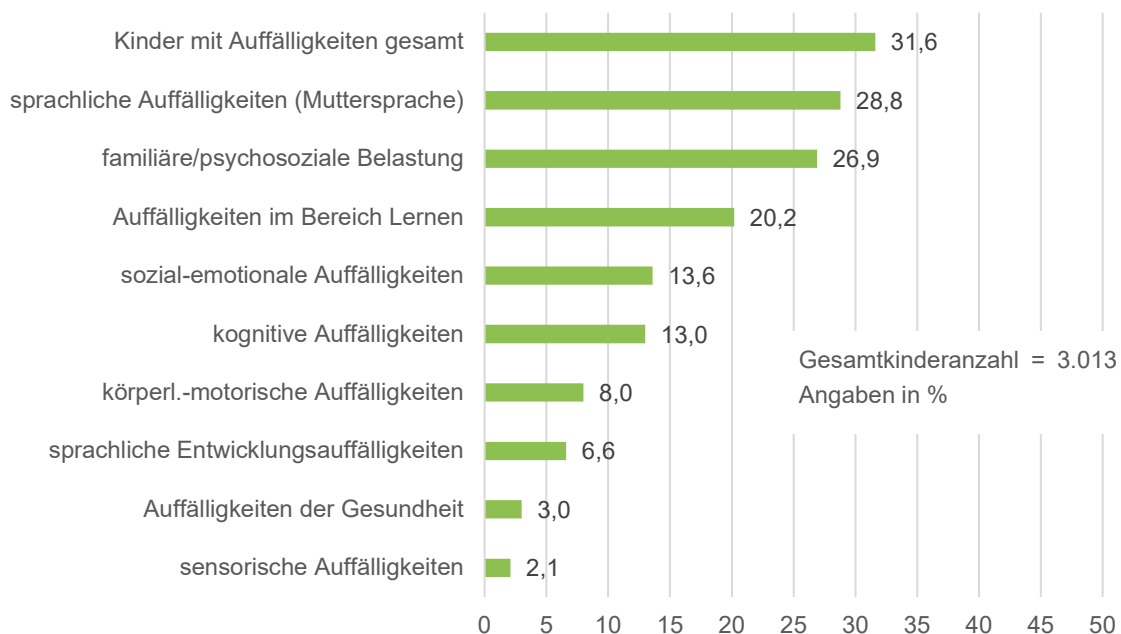


Abbildung 26: Anteil an Kindern mit Auffälligkeiten an Gesamtkinderanzahl²¹

Zum Abschluss sollen, unabhängig von der Art der Auffälligkeit, nochmals die Kinder in der Klasse, die Auffälligkeiten zeigen, insgesamt dargestellt werden. Dabei handelt es sich nur um die Kinder ohne sonderpädagogischen Förderbedarf bzw. ohne Notenschutz oder Nachteilsausgleich. Die Gesamtanzahl der angegebenen Kinder mit Auffälligkeiten ergibt 953. Das entspricht 31,6 % aller Kinder. Es lässt sich weiterhin festhalten, dass die Befragten die Anzahl an Kindern mit Auffälligkeiten in ihrer Klasse zwischen 1 und 21 einschätzen. Die durchschnittliche Anzahl beträgt dabei 8,3.

Zu den Gründen, warum diese Kinder trotz ihrer Auffälligkeiten nicht über einen sonderpädagogischen Förderbedarf oder Notenschutz bzw. Nachteilsausgleich verfügen, wurden die Teilnehmenden ebenfalls befragt. Wie aus Abbildung 27 deutlich wird, sehen sie dabei die Rolle der Eltern als zentral an. So stimmen 51,3 % von ihnen zu, dass die Eltern keine Mitwirkung oder Einverständnis zeigen oder nicht für die Lehrkräfte ansprechbar sind. Laut 67,3 % der Befragten sehen die Eltern oftmals auch keinen Bedarf, die Auffälligkeiten ihrer Kinder ernst zu nehmen und entsprechende Schritte einzuleiten. 54,9 % der Teilnehmenden glauben, dass die Angst der Eltern vor Stigmatisierung, Ausgrenzung oder Benachteiligung dabei eine Rolle spielt. Die fehlenden Sprachkenntnisse der Eltern stellen nach Aussage von 41,6 % der

²¹ Die Auffälligkeiten hinsichtlich der Gesundheit sowie familiärer und psychosozialer Belastungen beziehen sich dabei auf alle Kinder der Klasse. Bei den anderen Auffälligkeiten sollten nur Kinder, die keinen sonderpädagogischen Förderbedarf oder Notenschutz und Nachteilsausgleich erhalten, berücksichtigt werden.

Befragten ebenfalls einen Indikator dar. Teils haben es die Mitarbeitenden aber auch ohnehin mit Eltern zu tun, die in jeglichen Belangen ihres Kindes keine Zeit haben, sodass sie auch in diesem Fall nicht unterstützend mitwirken (können) (35,4 % Zustimmung).

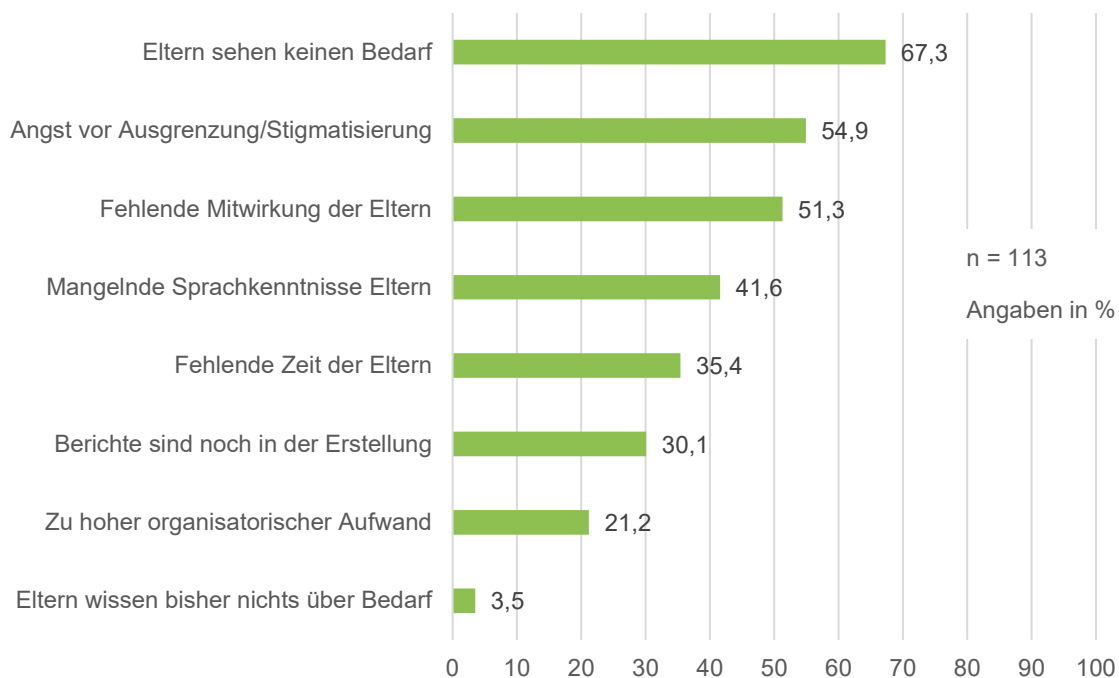


Abbildung 27: Gründe, warum Kinder trotz ihrer Auffälligkeiten bisher keinen sonderpädagogischen Förderbedarf oder Notenschutz bzw. Nachteilsausgleich erhalten haben (nach Einschätzung der Befragten)

26,6 % der Befragten sehen außerdem sonstige Gründe als ausschlaggebend. Zum Faktor der Eltern ergänzen sie z. B., dass die Eltern oftmals keinen Mehrwert in den Unterstützungsmöglichkeiten sehen und aus diesem Grund nicht mitwirken. Weiterhin beschreiben sie eine generelle Belastung auf allen Seiten, die sich beispielsweise in langen Wartezeiten für Testungstermine bei Psychotherapeut/-innen für Kinder und Jugendliche zeigt. Auch die Beratungslehrkräfte haben wenig Kapazitäten und eine Diagnostik vom mobilen sonderpädagogischen Dienst findet in einigen Fällen aufgrund der hohen Auslastung bereits längere Zeit nicht statt. Generell kritisieren die Teilnehmenden die mangelnden Termine insbesondere bei Fachärzten und -ärztinnen sowie den Mangel an Plätzen bzw. Anbietern der Unterstützungsmaßnahmen wie Logopädie, Ergotherapie oder Physiotherapie. Es gibt also einige externe Hemmnisse oder Schwierigkeiten für die Förderung. Weiterhin wirken auch strukturelle Rahmenbedingungen negativ auf die Möglichkeit eines Antrags. So ist die Diagnostik in einigen Fällen noch nicht möglich, da das Kind für eine Testung des Nachteilsausgleichs mindestens ein Jahr zur Schule gegangen sein muss. Dementsprechend kann z. B. LRS in der 1. Klasse noch nicht diagnostiziert werden. In anderen Fällen sind die Auffälligkeiten auch nur grenzwertig und erreichen nicht die notwendige Höhe, um die Noten auszusetzen oder einen sonderpädagogischen Förderbedarf einzuleiten. Teils haben die Kinder auch Defizite in Bereichen, in denen der Förderbedarf nicht greift. Weiterhin prozessverzögernd wirkt die fehlende Information über die Auffälligkeiten seitens der bisherigen Schule, wenn Schüler/-innen neu an eine Schule

wechseln. Ebenfalls strukturell problematisch stellt sich die Anzahl an Schüler/-innen mit Auffälligkeiten dar. Diese verunmöglichen es aus Sicht der Befragten, auf jedes Kind entsprechend einzugehen und Hilfen einzuleiten. Außerdem wird thematisiert, dass die Lehrkräfte in einigen Fällen ein Abwarten sinnvoller finden und dies präferieren.

Maßnahmen zur Förderung der Kinder mit erhöhtem Förderbedarf

Abbildung 28 zeigt, welche Maßnahmen zur Förderung von Kindern mit erhöhtem Förderbedarf aktuell nach Einschätzung der Befragten in den Klassen genutzt werden. Die am meisten verbreitete Maßnahme in den Klassen der Grundschulen in Ingolstadt ist die Unterstützung von Schulpsychologen und -psychologinnen. Hierbei gibt nur etwas mehr als ein Viertel der Befragten an, dass keines der Kinder ihrer Klasse diese Maßnahme nutzt.²² Darauf folgt die Unterstützung durch einen Förderlehrer oder eine Förderlehrerin und durch Beratungslehrkräfte (bei ersterer Maßnahme ist nur bei 32,2 % und bei letzterer bei 34,8 % der Befragten kein Kind in der Klasse, das dies erhält). Am seltensten angegeben werden physiotherapeutische (zu 77,6 % nutzt dies kein Kind der Klasse) und heilpädagogische Maßnahmen (zu 71,4 % nutzt dies kein Kind der Klasse). Es zeigt sich also, dass die Maßnahmen, die direkt in der Schule angeboten werden, auch häufiger genutzt werden.

Schulbegleiter/-innen haben bei 36,2 % der Teilnehmenden ein bis zwei Kinder der Klasse und in 1,1 % der Fälle drei bis fünf Kinder. Mehr als fünf Kinder in einer Klasse werden bei dieser Maßnahme nicht genannt. Dass die Maßnahme maximal von fünf Kindern pro Klasse wahrgenommen wird, gilt auch bei den logopädischen, physiotherapeutischen und ergotherapeutischen Maßnahmen.

²² Es werden nur die Antworten jener Personen berücksichtigt, die nicht „Weiß ich nicht.“ ausgewählt haben. Der Anteil dieser Personen variiert zwischen 1,1 % bei der Unterstützung durch Schulbegleiter/-innen und 36,3 % bei psychotherapeutischen Maßnahmen. Die schulintern durchgeführten Maßnahmen (Beratung durch Beratungslehrkraft, Unterstützung durch Schulpsychologen und -psychologinnen, mobilen sonderpädagogischen Dienst, Förderlehrer/-innen oder Schulbegleiter/-innen sowie Zusammenarbeit mit Förderzentrum) liegen dabei jedoch stets im einstelligen Prozentbereich.

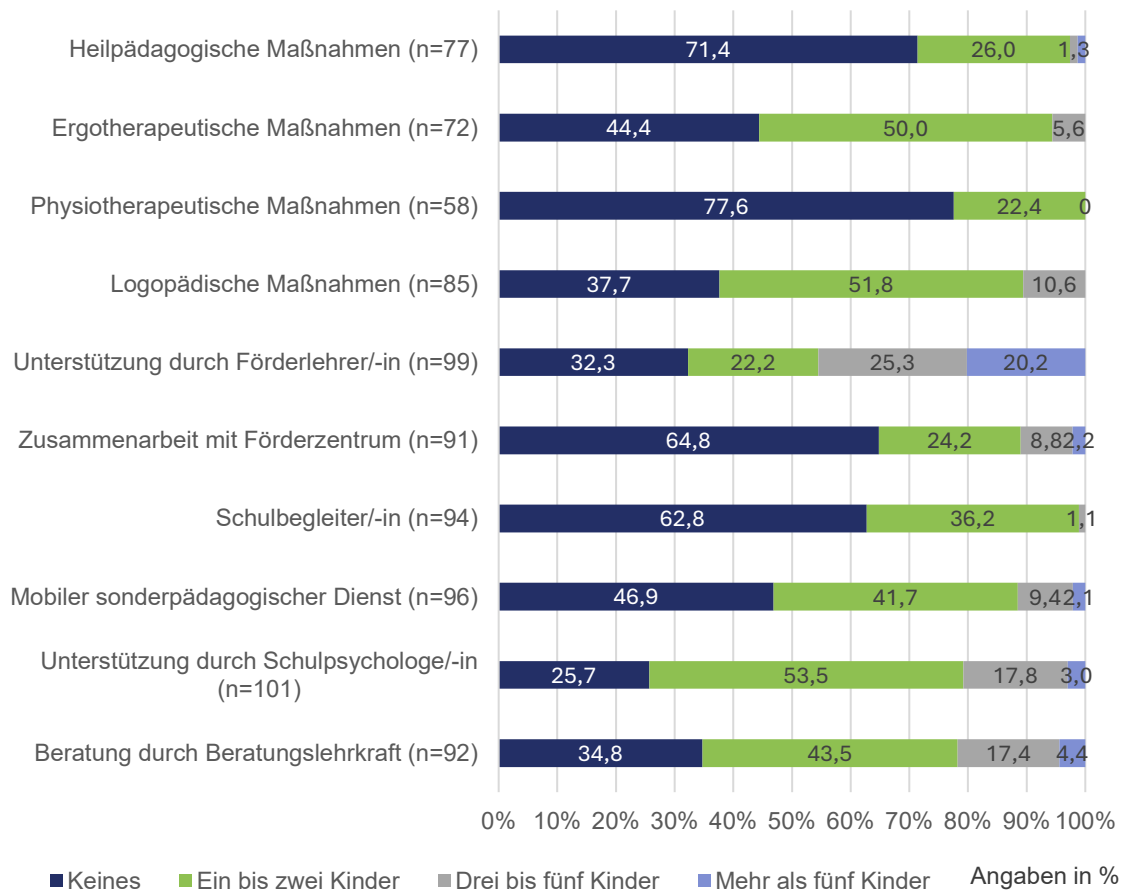


Abbildung 28: Zahl der Kinder in den Klassen, die derzeit die jeweilige Maßnahme nutzen

Einige Personen führen auch die Nutzung sonstiger Maßnahmen an. Die sonstigen Maßnahmen, die die Befragten zusätzlich angegeben haben, lassen sich in Maßnahmen unterscheiden, die primär von Kindern mit Auffälligkeiten im sozial-emotionalen Bereich oder mit familiären und psychosozialen Belastungen genutzt werden, und jene, die vor allem für Kinder mit sprachlichen Auffälligkeiten vorhanden sind. Für den ersteren Bereich wurde vor allem die Unterstützung der Schulsozialarbeit und des sozialpädagogischen Hortes angeführt, weiterhin die Nutzung von Kinder- und Jugendpsychotherapeuten und -therapeutinnen. Für den sprachlichen Bereich werden Förderunterricht und Deutsch als Zweitsprache (DaZ) als Maßnahmen, die die Kinder aktuell nutzen, aufgeführt. Dazu kommen Lese-Rechtschreibstörungen-Kurse sowie Differenzierung in Deutsch. Auch Nachhilfeunterricht, der durch Lern- bzw. Lesepaten und -patinnen erfolgt und die Unterstützung von Freiwilligen wird beschrieben.

Neben den Kindern, die diese Maßnahmen aktuell nutzen, gibt es weitere, die einen Bedarf für eine oder mehrere dieser Unterstützungsleistungen hätten. Am häufigsten wird dabei aus Sicht der Befragten die Unterstützung durch Förderlehrer/-innen benötigt (s. Abbildung 29). So geben 84,3 % an, dass mindestens ein Kind ihrer Klasse diese Maßnahme benötigen würde, zu 34,8 % sogar drei bis fünf und zu 18,0 % mehr als fünf Kinder. Weiterhin oftmals als notwendig erachtet wird die Hilfe von Schulpsychologen und -psychologinnen (83,0 % hat mindestens ein Kind in der Klasse, das dies benötigen würde). Auch die Beratung durch

Beratungslehrkräfte (mit 79,8 %) sowie ergotherapeutische (mit 77,9 %) und logopädische (mit 75,6 %) Maßnahmen werden in über drei Viertel der Fälle von mindestens einem Kind in der Klasse benötigt. Weniger häufig weiterer Bedarf besteht in Bezug auf physiotherapeutische Maßnahmen sowie die Zusammenarbeit mit einem sonderpädagogischen Förderzentrum oder mit Schulbegleiter/-innen.

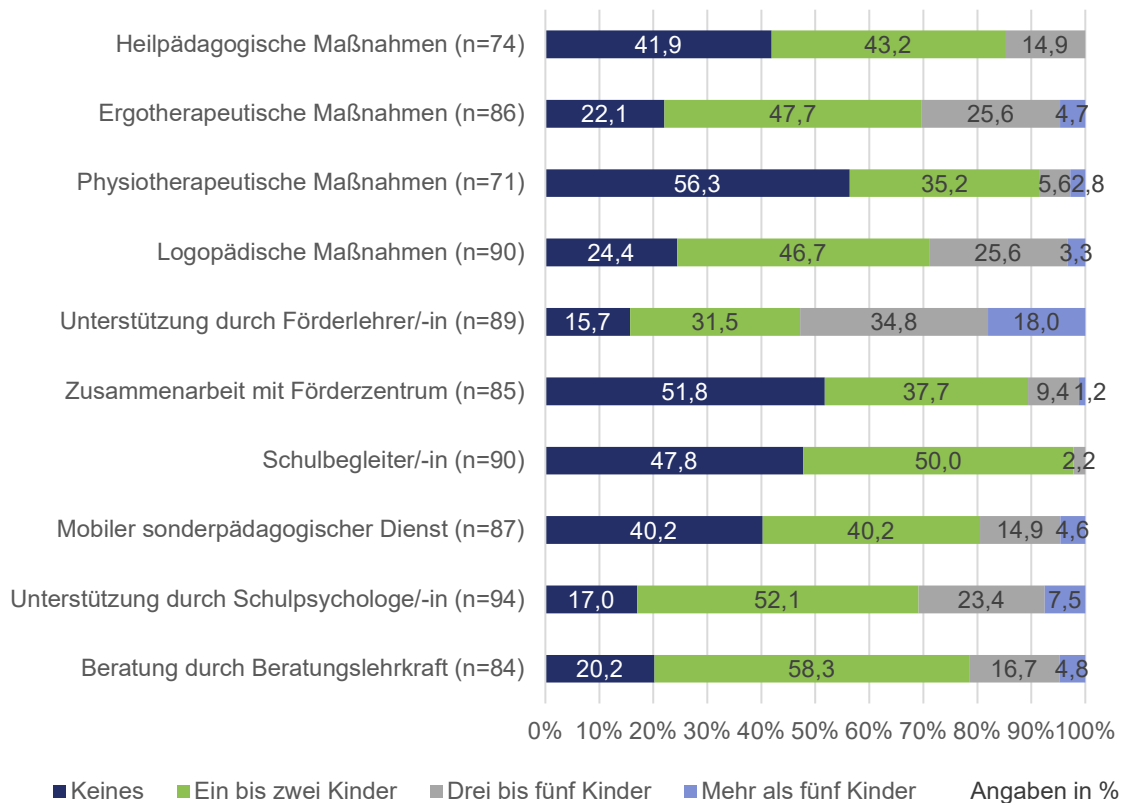


Abbildung 29: Zahl der Kinder in der Klasse, die die jeweilige Maßnahme aktuell nicht erhalten, aber aus Sicht der Befragten benötigen würden

Auch bei den Maßnahmen, die die Kinder aktuell nicht erhalten, aber benötigen würden, wurden ebenfalls sonstige Maßnahmen als sinnvoll erachtet und ergänzt. Dazu zählt allgemein die Abkoppelung in Kleingruppen. Speziell für die Sprachförderung sehen die Befragten die Nutzung von Lesepaten und -patinnen, die Maßnahme eines Deutsch-Intensivkurses sowie allgemeine Förderung der Fertigkeiten zur Bildung von grammatisch richtigen Sätzen als notwendig an. Im Bereich Lernen wird vor allem die Lerntherapie und das Modul „Lernen lernen“ als Maßnahme, die mindestens ein Kind in der Klasse benötigen würde, eingeführt. Im sozial-emotionalen Bereich bzw. für Kinder mit familiären und psychosozialen Belastungen bedarf es aus Sicht der Teilnehmenden außerdem einem Ausbau der Jugendsozialarbeit an Schulen und von Verhaltenstherapie.

Die Gründe, warum die Kinder trotz des Bedarfs die Maßnahmen nicht erhalten, wurden (abgesehen von den sonstigen Maßnahmen) ebenfalls abgefragt (s. Abbildung 30). Die Ergebnisse sind in Abbildung 30 dargestellt. Die Beratung durch Beratungslehrkräfte kann aus Sicht der Befragten häufig aufgrund der mangelnden Unterstützung von Seiten der Eltern (55,6 %

Zustimmung) nicht genutzt werden. Die fehlende Mitwirkung der Eltern stellt auch den Hauptgrund für die mangelnde Nutzung der Unterstützung von Schulpsychologen und -psychologinnen dar (wird von 54,2 % als Grund ausgemacht). Auch für die fehlende Unterstützung durch den mobilen sonderpädagogischen Dienst ist die mangelnde Mitwirkung von Seiten der Eltern (46,7 %) nach Angaben der Befragten der Haupthinderungsgrund. Allerdings sind hier auch die geringe Anzahl an Anbietern bzw. Plätzen (46,7 % Zustimmung) sowie generell zu wenig Fachpersonal (44,4 %) wichtige Hinderungsgründe, aus denen diese Maßnahme nicht in allen notwendigen Fällen genutzt werden kann. Dies gilt auch für die Unterstützung durch Förderlehrer/-innen: Zu wenig Personal wird von 65,0 % als Ursache ausgemacht. Zu wenige Anbieter bzw. Plätze können als Hauptproblem bei der Nutzung von Logopädie (61,0 %), Physiotherapie (76,2 %), Ergotherapie (62,5 %) und auch der heilpädagogischen Maßnahmen (57,1 %) identifiziert werden. Bei physiotherapeutischen (66,7 %) Maßnahmen kristallisiert sich aus den Antworten außerdem die fehlende Zeit der Eltern als wichtiges Problem heraus. Bei der Maßnahme der Schulbegleitung steht insbesondere die fehlende notwendige Diagnose (50,0 %) im Mittelpunkt.

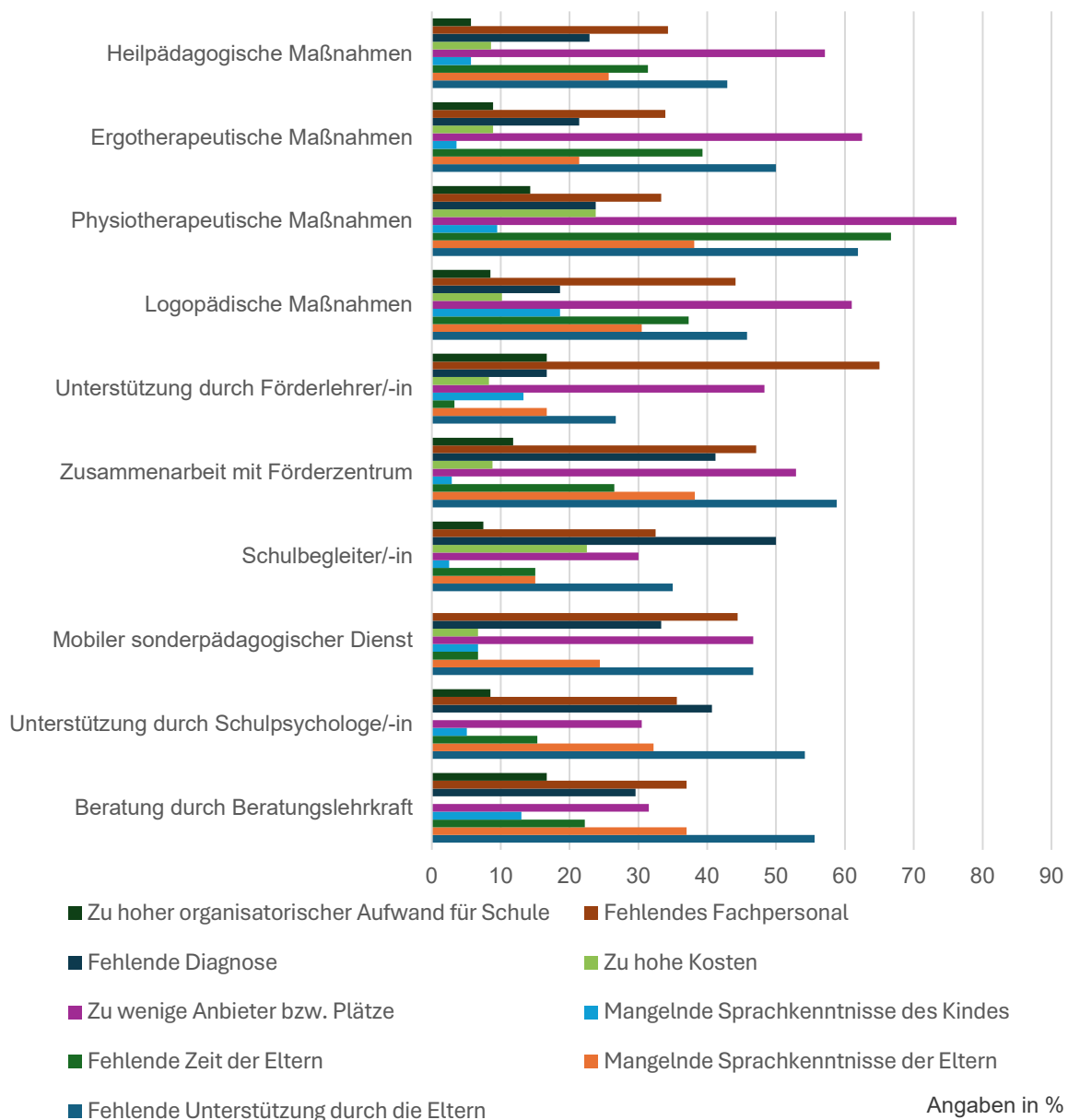


Abbildung 30: Gründe für die derzeitige Nicht-Nutzung der jeweiligen Maßnahme trotz des Bedarfs aus Sicht der Befragten (Angaben in %, jeweils Zustimmung, ob Grund zutreffend erscheint)

Weiterhin zur Förderung an den Grundschulen genutzt werden Vorkurse Deutsch oder Deutsch-Förderkurse bzw. Kurse für Deutsch als Zweitsprache. Die (stellvertretenden) Schulleitungen sollten hierbei die Anzahl der an ihrer Schule bereitgestellten Kurse angeben. In der Hälfte der Fälle gab es ein bis zwei Vorkurse Deutsch, zu 30,0 % drei bis fünf Kurse und bei den restlichen 20,0 % wurde kein Vorkurs Deutsch angeboten (s. Abbildung 31). Den Bedarf sehen dabei 44,4 % der Einrichtungsleitungen als gedeckt an, der Rest empfindet die Anzahl an Vorkursen (deutlich) zu gering für den Bedarf. Bei den Deutsch-Förderkursen und DaZ-Kursen boten 60,0 % der Schulen ein bis zwei Kurse und jeweils 20,0 % keinen oder mehr als fünf Kurse an. Drei bis fünf Kurse gab keine der Einrichtungsleitungen an. 60,0 % findet die

Anzahl an Kursen dabei zu gering, weitere ein Fünftel sogar deutlich zu gering. 20,0 % schätzen sie aber auch als ausreichend ein.

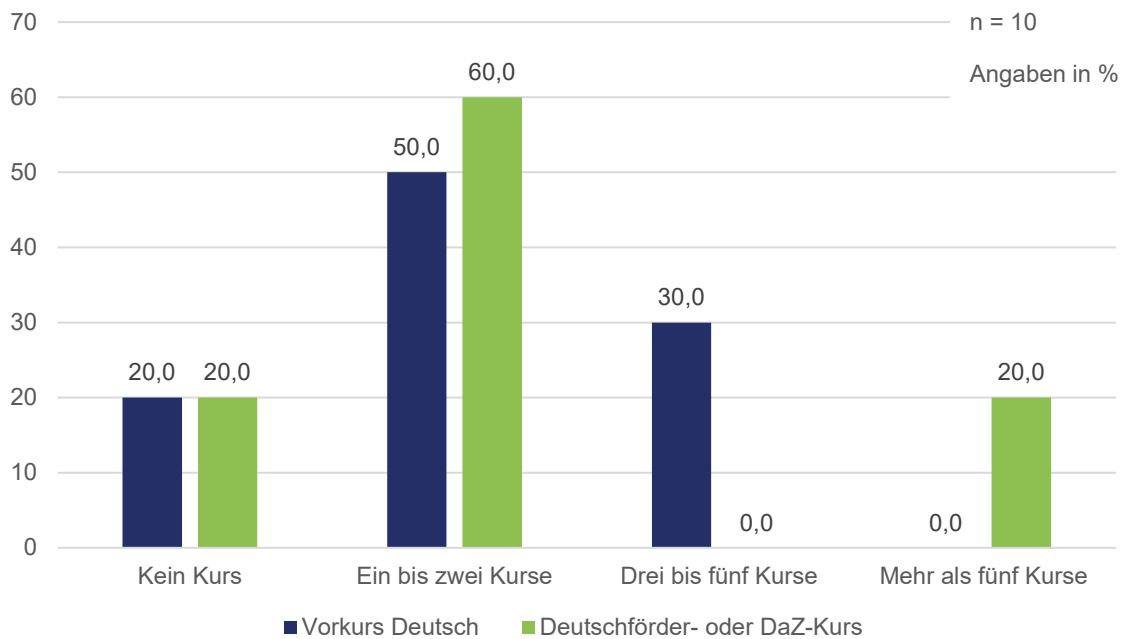


Abbildung 31: Anteil der Anzahl an Kursen (Vorkurs Deutsch und Deutschförder- bzw. DaZ-Kurs) in den jeweiligen Grundschulen

Belastungssituation der Lehrkräfte in den Grundschulen

Die Teilnehmer/-innen der Befragung wurden auch nach ihrer Belastungssituation gefragt. Abbildung 32 gibt einen entsprechenden Überblick. Die meisten Personen geben dabei entweder „belastet“ (zu 39,8 %) oder „stark belastet“ (zu 38,1 %) an. Die Möglichkeit „nicht belastet“ wird von niemandem und „kaum belastet“ nur von 3,5 % der Teilnehmenden ausgewählt. Ohne die Personen, die keine Einschätzung vornehmen (können), liegt die durchschnittliche Belastung bei 4,2, was bedeutet, dass die Befragten belastet sind. Signifikante Korrelationen zwischen der eigenen Belastungssituation und der Arbeitszeit, der Berufserfahrung, der Funktion, dem Alter oder dem Geschlecht lassen sich dabei nicht feststellen.

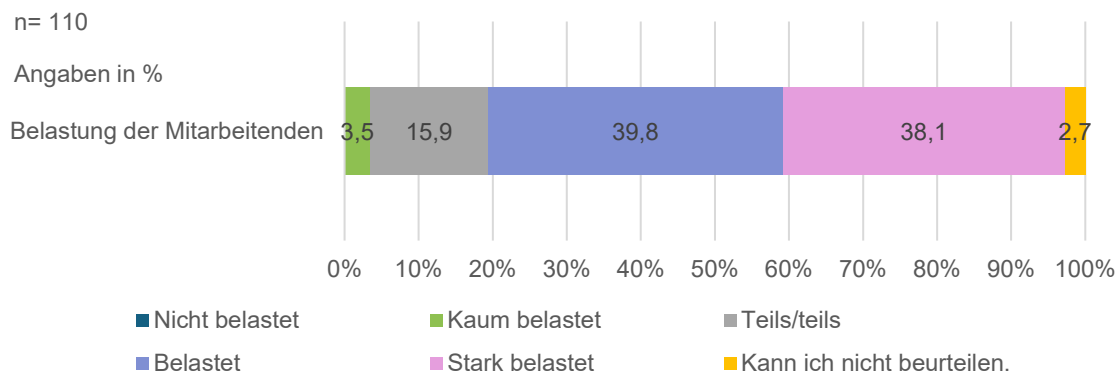


Abbildung 32: Belastungseinschätzung der Befragten in den Grundschulen (Angaben in %)

Im Folgenden sollten die Teilnehmenden selbst für sich eine Reihenfolge bilden, welche Auffälligkeiten für sie die größten Herausforderungen und damit Belastungen darstellen. Die (stellvertretenden) Schulleitungen haben dies zum Abgleich zusätzlich auch bezüglich der gesamten Lehrkräfte ihrer Schule eingeschätzt.

Bei den Teilnehmenden kristallisierten sich sozial-emotionale Auffälligkeiten als größte Herausforderung heraus (s. Abbildung 33). Der Mittelwert dieses Bereichs liegt bei 2,3 (s. Tabelle 2). Das bedeutet, im Schnitt belegt diese Auffälligkeit den zweiten Platz des Belastungsrankings. Bei 45,8 % der Befragten bilden solche Auffälligkeiten jedoch den ersten Platz. Sprachliche Auffälligkeiten kommen nach sozial-emotionalen Auffälligkeiten im Belastungsranking ($\bar{x}=3,0$), dabei haben 26,0 % diese Auffälligkeit für sich auf Rang 1 gesetzt. Damit sind diese vor Auffälligkeiten des Lernens mit einem durchschnittlichen Wert von 3,3 im Belastungsranking einzuordnen. Familiäre und psychosoziale Belastungen und kognitive Auffälligkeiten folgen darauf mit einem mittleren Platz von 3,4. Die kognitiven Auffälligkeiten sind dabei häufig auf Rang 2 bis 5 eingruppiert, an erste Stelle stellen dies nur 8,6 % der Befragten. Körperlich-motorische ($\bar{x}=5,6$) und sensorische ($\bar{x}=5,9$) Auffälligkeiten werden vergleichsweise weniger herausfordernd eingestuft. Sie werden von den Teilnehmenden auch hauptsächlich auf den Plätzen 5 bis 7 kategorisiert. Auffälligkeiten hinsichtlich der Gesundheit wurden als am wenigsten problematisch wahrgenommen ($\bar{x}=6,1$).²³

Die Rangfolge der (stellvertretenden) Schulleitungen ist aufgrund der geringen Fallzahl wenig aussagekräftig, aus ihrer Sicht stellen für die anderen Lehrkräfte aber vor allem Kinder mit Auffälligkeiten aufgrund von familiären und psychosozialen Belastungen, gefolgt von Kindern mit sozial-emotionalen Auffälligkeiten eine Herausforderung dar. Darauf folgen Kinder mit sprachlichen Auffälligkeiten vor Kindern mit Auffälligkeiten beim Lernen sowie im kognitiven Bereich. Körperlich-motorische, gesundheitliche und sensorische Auffälligkeiten bilden die vergleichsweise weniger herausfordernden Kategorien. Damit entsprechen sich die persönlichen Einschätzungen der Lehrkräfte und die Einschätzungen durch die Schulleitungen weitgehend.

²³ Die Auffälligkeiten hinsichtlich der Gesundheit und die sensorischen Auffälligkeiten sind aber ohnehin selten vertreten, dementsprechend erscheint dies nicht überraschend.

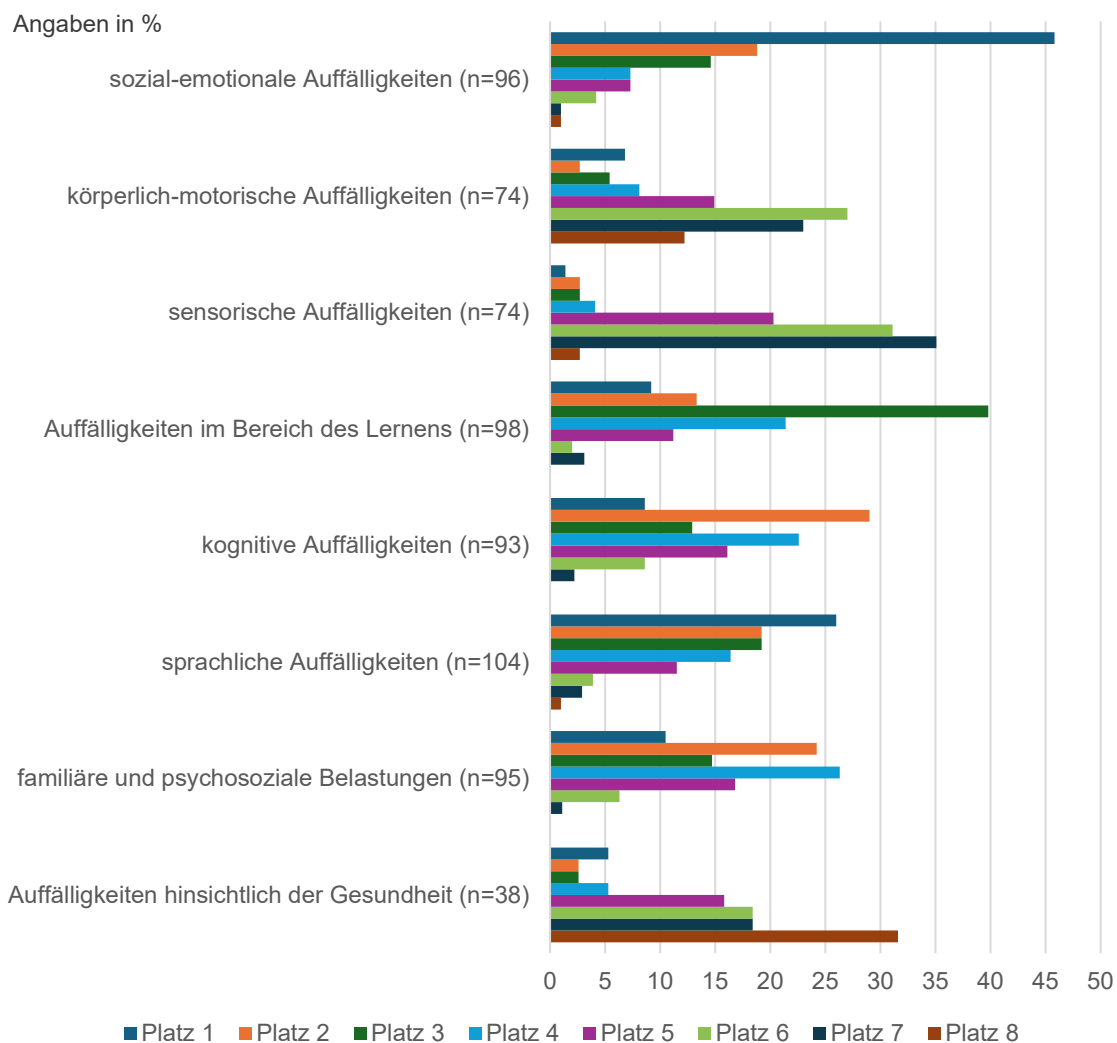


Abbildung 33: Rangfolge der jeweiligen Auffälligkeit aus Sicht der Mitarbeitenden

Platzierung	Bereich der Auffälligkeiten	Mittelwert
1	Sozial-emotionale Auffälligkeiten	2,3
2	Sprachliche Auffälligkeiten	3,0
3	Auffälligkeiten im Bereich des Lernens	3,3
4	Familiäre und psychosoziale Belastungen	3,4
5	Kognitive Auffälligkeiten	3,4
6	Körperlich-motorische Auffälligkeiten	5,6
7	Sensorische Auffälligkeiten	5,9
8	Auffälligkeiten hinsichtlich der Gesundheit	6,1

Tabelle 2: Rangfolge der Mittelwerte der Auffälligkeiten aus Sicht der Lehrer/-innen

Neben der Abfrage nach der aktuellen Situation wurden auch die an den Schulen angewandten Maßnahmen zur Stärkung der Resilienz und der Wunsch nach entsprechenden Maßnahmen für die Zukunft thematisiert. Aus Abbildung 34 wird deutlich, dass insbesondere Coachings (mit 17,7 %) und Supervision (mit 13,5 %) derzeit wenig Anwendung finden, für die Zukunft aber von sehr vielen der Befragten gewünscht werden (Supervision wollen 92,3 % und Coachings 86,8 % der Teilnehmenden). Interne Beratung, Weiterbildungen, Teambesprechungen und kollegiale Fallberatungen werden derzeit bei jeweils mehr als 60 % der Befragten genutzt, diese Maßnahmen werden jedoch in der Zukunft als weniger notwendig angesehen.

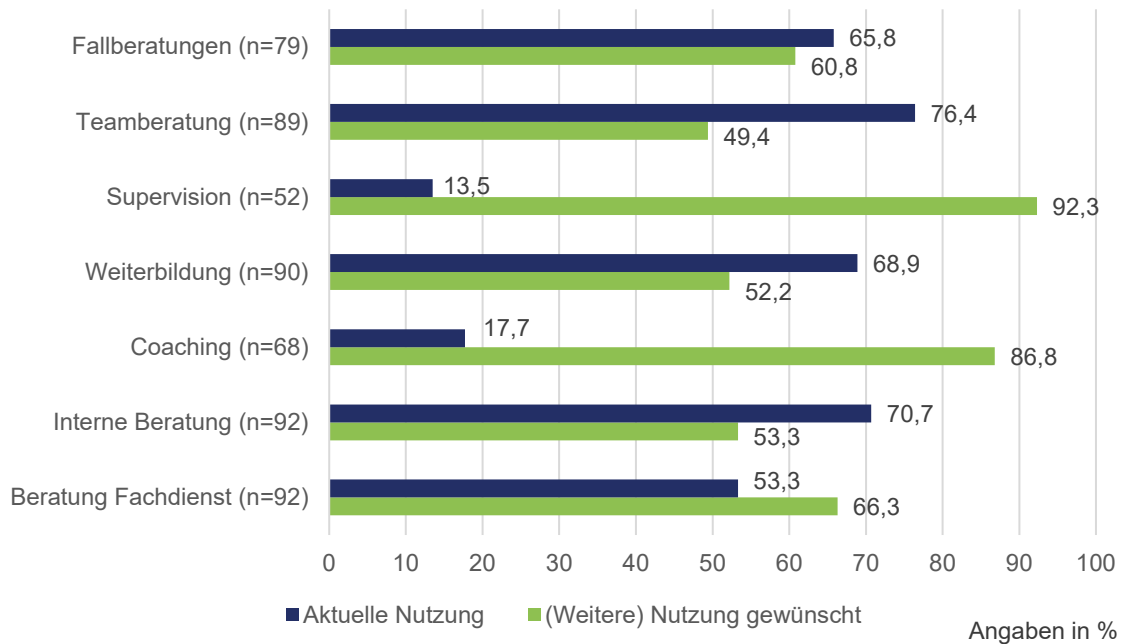


Abbildung 34: Derzeitige und gewünschte Nutzung der Maßnahmen zur Stärkung der eigenen Resilienz

90,9 % wünschen sich für die Zukunft auch sonstige Maßnahmen. Unter sonstigen Maßnahmen stellen sich die Befragten primär eine Veränderung struktureller Gegebenheiten des Unterrichts vor. So wollen sie eine allgemeine Reduzierung der Klassengrößen, zusätzliche Unterstützung während des Unterrichts durch Teamteaching, Hilfe von einer Förderzusatzlehrkraft oder pädagogischem bzw. medizinischem Fachpersonal. Auch zusätzliche Möglichkeiten für Differenzierung und Unterrichtsmitschau bei Kolleg/-innen in ähnlich herausfordernden Situationen (kollegiale Hospitation) sehen sie als hilfreich für die eigene Stresstoleranz oder Resilienz an. Von den Fachlehrern und -lehrerinnen wird insbesondere angemerkt, dass sie sich mehr Information über die Auffälligkeiten der Kinder von ihren Kollegen und Kolleginnen wünschen.

Neben den Maßnahmen während des Unterrichts erachten die Befragten auch den Ausbau der Jugendsozialarbeit an Schulen sowie die Erhöhung des Angebots an Schulpsychologen und -psychologinnen als notwendig und sinnvoll. Auch weiteres Fachpersonal wie MSD, Psychotherapeuten und -therapeutinnen sowie Beratungslehrkräfte sollten direkt an der eigenen Schule angesiedelt sein, um in kritischen Situationen direkt unterstützen zu können. Bei einem

hohen Migrationsanteil in der Klasse wünschen sich die Lehrkräfte zudem Anrechnungsstunden, um den zusätzlichen Arbeitsaufwand sowie Stress kompensieren zu können. Da der mit den Auffälligkeiten der Kinder einhergehende zusätzliche Aufwand von vielen als hoch eingeschätzt wird und aus Sicht der Befragten oftmals die Eltern die Situation verkomplizieren, wünschen sich einige Befragte auch eine Schwächung des Elternwillens bei der Testung des Kindes sowie der Festlegung der passenden Schularzt²⁴.

Rückmeldungen und Vorschläge der Lehrkräfte

Zusätzlich zu den Fragen, bei denen die Befragten zwischen vorgegebenen Antworten auswählen sollten, gab es auch einige offene Fragen, in denen sie frei ihre Gedanken anmerken konnten. So wurde gefragt, was die Kinder mit Auffälligkeiten oder sie persönlich für die Arbeit mit diesen Kindern benötigen würden. Für die erste Frage haben sich 58,2 % und für die zweite 56,2 % der Befragten zusätzliche Zeit für Anmerkungen genommen. Weiterhin bestand im Rahmen der Befragung auch die Möglichkeit, allgemeine Rückmeldungen zur Umfrage sowie der Integration von Kindern mit Auffälligkeiten zu geben. Die Schulleitungen sollten zudem angeben, was bei den anderen Lehrkräften an zusätzlichem Bedarf besteht und wie sie den Antragsprozess für den Status als Kind mit sonderpädagogischem Förderbedarf oder Notenschutz oder Nachteilsausgleich erleben.

Anmerkungen im Hinblick auf Personal

Die Lehrkräfte äußern in den Freitextfeldern vor allem einen hohen Bedarf an notwendigen personalbezogenen Veränderungen. Sie fordern zusätzliches Personal in Form von Lehrkräften, welches zudem die Möglichkeit auf Zusatzqualifikationen hat, um den professionellen Umgang mit Kindern mit Auffälligkeiten zu erlernen. Weiterhin wünschen sie mehr Förder- und Beratungslehrkräfte sowie Schulpsychologen und -psychologinnen. Dabei merken sie an, dass alle diese Personen über höhere Stundenkontingente verfügen müssen und im besten Fall direkt fest an jeder Schule angesiedelt sein sollten.

Der mobile sonderpädagogische Dienst soll aus Sicht der Lehrkräfte ebenfalls mit mehr Unterstützungsstunden und festen Ansprechpersonen vor Ort sein. Insbesondere für die Unterstützung der Kinder mit Auffälligkeiten im sozial-emotionalen Bereich, aber auch allgemein zur Präventionsarbeit wollen die Lehrkräfte weiterhin Jugendsozialarbeit an allen Schulen etablieren und wünschen eine tägliche Verfügbarkeit. Auch die Ansiedelung von externen Fachkräften aus den Bereichen der Ergotherapie, Logopädie, aber auch Psychotherapie (Kinder- und Jugendpsychotherapie) stellen Vorschläge für die Zukunft dar. Auf diese Weise verkürzen sich die Wege und Hürden für die Einleitung von Diagnostik, Betreuung und Hilfsmaßnahmen. Aktuell wird in diesem Bereich die lange Wartezeit bis zur Testung oder für den Zugang zu Hilfsangeboten als Schwierigkeit herausgestellt.

²⁴ Ob Kinder mit erhöhtem Förderbedarf eine allgemeine Schule oder eine Förderschule besuchen, richtet sich laut Art. 41 BayEUG nach dem Elternwillen. Die Erziehungsberechtigten können dabei mithilfe von Beratung unterstützt werden. Nur in dem Fall, dass dem Förderbedarf an der allgemeinen Schule nicht entsprochen werden kann und das Kind daher in seiner Entwicklung gefährdet ist bzw. andere Schulmitglieder in ihren Rechten beeinträchtigt, kann die Schulbehörde nach Art. 41 BayEUG die Schulwahl festlegen. Dies erfolgt jedoch unter Anhörung der Eltern sowie der jeweiligen Schulen. Wenn kein sonderpädagogischer Förderbedarf besteht, weil die Eltern z. B. den Testungen nicht zustimmen, erfolgt die Beschulung ausschließlich an allgemeinen Grundschulen.

Der Ausbau an Schulbegleitungen, auch für Kinder mit Lernschwierigkeiten, wird ebenfalls als sinnvoll erachtet. Hierbei bedarf es jedoch ebenfalls einer schnelleren Leistungsermöglichung bzw. Genehmigung als bisher. Die Lehrkräfte betonen gleichwohl, dass Schulbegleitungen ebenfalls eine gute Ausbildung benötigen und pädagogisches Fachwissen vorweisen sollten, da sie derzeit häufig unausgebildet eingesetzt werden.

Eine weitere Notwendigkeit besteht laut den Befragten in einem oder einer kompetenten Beauftragten für inklusive Unterrichts- und Schulentwicklung. In der Planung für die Weiterentwicklung sollte auch die enorme Fluktuation von Lehrkräften berücksichtigt werden, die eine langfristige Planung erschwert. Viele, vor allem junge Menschen geben den Beruf aufgrund von Überforderung durch die Bandbreite der vorhandenen Problematiken auf oder wechseln zurück in ihre Heimat.

Anmerkungen im Hinblick auf Weiterentwicklung

Neben den notwendigen personellen Veränderungen müssen auch die bereits vorhandenen Lehrkräfte, Fach- und Förderlehrer/-innen unterstützt werden. Dazu wünschen sich die Befragten Supervision und kollegiale Fallberatung sowie Zeit und Budget zur Ermöglichung solcher Maßnahmen. Auch Beratung und Coaching des Kollegiums von externem Fachpersonal empfinden die Befragten als adäquates Mittel. In diesem Zusammenhang wünschen sie sich auch mehr konkrete Hilfen bei der Materialauswahl für lernziendifferente Kinder und bei der Vermittlung von Unterrichtsinhalten für Kinder mit Lernschwierigkeiten. Weitere Personen merken an, dass das Personal aus den Förderzentren einige Stunden in der Woche an den Regelschulen unterrichten könnte, sodass sowohl die Kinder als auch die Lehrkräfte von den angewendeten Methoden profitieren und lernen können. Außerdem wünschen sie eine bessere Aufklärung darüber, welche Anlaufstellen für sie oder die Kinder mit Auffälligkeiten bereitstehen. Für problematische Fälle und akute oder dringende Fragen wurde außerdem der Vorschlag einer Einrichtung eines Notfalltelefon eingebracht, an das sich die Lehrkräfte wenden können.

Weiterhin wünschen sich die Befragten vor allem gute und häufigere Fortbildungsangebote sowie Zeit zur Teilnahme an ebensolchen Maßnahmen. Insbesondere im Referendariat soll aus Sicht der Teilnehmenden bereits die Möglichkeit bestehen, mehr über entsprechende Fördermaßnahmen zu lernen, damit die Vorbereitung auf den Alltag in den Klassen besser gewährleistet ist. Auch eine Verbesserung der Studiengänge wird gefordert. Diese thematisieren die Thematik der Kinder mit Auffälligkeiten, der Auswahl von guten und passenden Lehrmaterialien sowie Konzeption von Wochenplänen oder der Hilfsmöglichkeiten für Lehrkräfte nicht. Stattdessen werden veraltete Inhalte vermittelt, die in der Praxis nicht mehr angewendet werden – so die Kritik.

Anmerkungen im Hinblick auf Organisation, Administration und Strukturen

Allgemein wird auch eine geringere Stundenzahl für die Lehrkräfte sowie bei Kindern mit sonderpädagogischem Förderbedarf in der Klasse ein zusätzlicher Erlass von Unterrichtsstunden gewünscht, um die Zeit für die Vorbereitung zu nutzen. Für die Schulleitungen werden mehr Anrechnungsstunden eingefordert, da sie in der Begleitung des Antragsprozesses für einen sonderpädagogischen Förderbedarf einen deutlich erhöhten Arbeitsaufwand haben.

Auch die Klassenlehrkräfte wünschen sich die Möglichkeit von Anrechnungs- bzw. Schienenstunden, um den zunehmenden Verwaltungsaufwand ihrerseits wertgeschätzt und vergütet zu bekommen. Diese Stunden sollen dann aber nicht wieder für Vertretungsstunden in anderen Klassen, sondern zur tatsächlichen Stundenvorbereitung genutzt werden dürfen. Letztlich, so

ihr Ansinnen, können sie auf diese Weise durch bessere Vorbereitung mehr Zeit für die einzelnen Kinder erwirken.

Zur Erreichung dieses Ziels muss sich aus Sicht der Befragten zudem der bürokratische Aufwand reduzieren. Dieser wird vielfach als Belastung wahrgenommen. Die Lehrkräfte wünschen sich vor allem Entlastung und Unterstützung bei organisatorischen Verpflichtungen wie Testungen, Korrekturen, Gefährdungsbeurteilungen, Sprachstandsuntersuchungen bzw. bestimmten Programmen wie der Fachintegrierten Leseförderung Bayern (FiLBY) oder dem Bayerischen Lesescreening (BYLES). Neben den organisatorischen Aufgaben benötigen Lehrkräfte auch viel Zeit, sich in neue technische Programme und Umgebungen einzuarbeiten. Hierbei wünschen sie sich ebenfalls externe Mitwirkung sowohl in der Aneignung als auch bei der Durchführung und möglichen Problembewältigung.

Weiterhin gibt es mit dem Ziel der individuellen Förderung vielfach die Forderung nach einem geringeren Betreuungsschlüssel und zusätzlicher fachlicher Unterstützung im Unterricht. Viele Personen wünschen sogenanntes Teamteaching, also die permanente Begleitung der Unterrichtszeiten durch eine zweite Lehrkraft. Einige Teilnehmende erstreben dies zumindest in den Hauptfächern. Wieder andere Personen empfinden die Unterstützung durch anderes pädagogisches Personal (wie Erzieher/-innen oder Sozialpädagogen und -pädagoginnen) im Unterricht als gewinnbringend. Damit erreicht werden soll jedoch übereinstimmend vor allem mehr differenzierter Unterricht und die Förderung in Kleingruppen. Daher wünschen sich die Befragten in vielen Fällen Unterstützung von geschultem Personal z. B. aus dem Bereich der Sonderpädagogik oder den Förderlehrer/-innen, die mehrmals die Woche ebenfalls in Form von Einzelförderung und individuellem Lernen die Lehrkräfte und Kinder mit Auffälligkeiten unterstützen.

Weiterhin müsse sich aus Sicht vieler Teilnehmenden aber vor allem die Klassenstärke reduzieren und insbesondere in sozialen Brennpunkten zwischen zehn und 15 Kindern liegen. Kinder, die bereits einen sonderpädagogischen Förderbedarf haben, sollten dabei laut Vorschlägen der Teilnehmenden mindestens 1,5-fach gewertet werden. Außerdem müsste neben kleineren Lerngruppen auch eine andere und ausgeglichene Klassenzusammensetzung gewählt werden. Aktuell unterscheiden sich die Klassen und die Anzahl an Kindern mit Auffälligkeiten zwischen den verschiedenen Stadtbezirken sehr stark. Dies setzt jedoch auch eine bessere Zusammenarbeit mit den Kindertageseinrichtungen sowie eine ausreichende Förderung der Kinder in diesen voraus, was einige Befragte ebenfalls als Problematik anführen. Sie wünschen sich mehr Frühförderung in den Kindertageseinrichtungen, mehr Informationen über den Werdegang und die familiäre Situation der Kinder und teilweise ein verpflichtendes Vorschuljahr, welches im Verantwortungsbereich der Schule liegt, sodass insgesamt eine bessere Abschätzung der Auffälligkeiten möglich ist.

Um die Kinder im weiteren Verlauf dann auch bestmöglich fördern zu können und die Auswahl an allen Möglichkeiten ausschöpfen zu können, braucht es aus Sicht der Befragten mehr Kooperationsklassen und auch Plätze in Förderschulen. Für inklusiv beschulte Kinder bzw. Kinder mit Auffälligkeiten sollte in der Grundschule allgemein kein Notendruck bestehen, sodass aus Sicht der Befragten eine Verlängerung der Notenaussetzung ermöglicht werden muss.

Anmerkungen im Hinblick auf Ausstattung und Räumlichkeiten

Um mehr Differenzierungsstunden zu ermöglichen, müssen jedoch auch bessere räumliche Gegebenheiten geschaffen werden, da bei diesen Modellen jede Klasse eine zweite Räumlichkeit benötigt. Außerdem müssen die Räume generell besser an die Bedürfnisse der Kinder

angepasst werden. Aus Sicht der Befragten braucht es dafür vor allem gesonderte Rückzugs-, Auslastungs- sowie Gruppenräume und auch in den Unterrichtsräumen selbst mehr Bereiche für Erholung und Ruhe. Um dem dauerhaften Sitzen entgegenzuwirken, bedarf es aus ihrer Sicht zudem Möglichkeiten des flexiblen Sitzens bzw. des Arbeitens an Stehtischen. Zusätzlich benötigen die Lehrkräfte auch mehr Budget, um passendes Material zur Förderung, zur Stärkung der Konzentration (wie z. B. Trennwände oder Lernbüros) und Auslastung der Kinder anzuschaffen.

Anmerkungen im Hinblick auf Förderung und Maßnahmen

Die Wichtigkeit der körperlichen Auslastung und die Bedeutung von Bewegung und Erholung vor allem in Bezug auf die Ganztagschulen wird ebenfalls betont. Im Zuge dessen wird gefordert, keine Ganztagesklassen, sondern stattdessen individuelle Hilfen anzubieten. Alternativ besteht der Vorschlag, anstelle der Unterrichtsstunden im Nachmittagsbereich eine Betreuung in heilpädagogischen Tagesstätten anzustreben oder zumindest die Qualität der Nachmittagsangebote im Ganztagsbereich zu steigern. Konkrete Vorschläge, die jedoch in allen Schularten zur Anwendung kommen könnten, betreffen eine Therapie für ruhiges Lernen, Konzentrations- und Aufmerksamkeitsförderkurse, Entspannungskurse, Yoga für Kinder, Maßnahmen zur Stärkung der Persönlichkeit, Sozialkompetenztrainings und Kurse, um die Möglichkeiten und Gefahren der digitalen Welt zu erlernen. Auch Angebote bzw. Modelle wie Lernen lernen müssen stärker priorisiert werden. Allgemein sollten im Nachmittagsbereich mehr Raum und mehr Personal für die Gestaltung von verschiedenen Arbeitsgemeinschaften und Workshops bereitgestellt werden. Dies gilt für die Schulen selbst, aber auch für niedrigschwellige Nachmittagsangebote der Stadt Ingolstadt im Allgemeinen.

Außerdem sollten die Kinder laut Aussage der Befragten stärker bei der Selbstorganisation unterstützt und in den Alltagskompetenzen gefördert werden. Zudem brauchen sie offene Gesprächsangebote, um ihre familiären Probleme zu verarbeiten und mit ihnen zurechtzukommen. Eine teilnehmende Person merkt an, Kinder mit Auffälligkeiten brauchen häufig „Zuhörende Personen/Seelentröster/Mutmacher etc.“.

Speziell für Kinder mit ADHS sowie mit sprachlichen Auffälligkeiten braucht es mehr Angebote. Die Kinder mit sprachlichen Schwierigkeiten benötigen oft und auch regelmäßig Sprachunterricht außerhalb des Unterrichts. Dafür müsste jedoch mehr Personal für die Deutschkurse gewonnen und anschließend mehr Kurse an den Schulen ermöglicht werden. Gleichzeitig brauchen die Kinder aber auch mehr Deutschstunden im Stundenplan, um vor allem das Lesen zu üben. Dementsprechend bedarf es auch einer Erhöhung des Kontingents für Deutsch als Zweitsprache bzw. DeutschPLUS (konkret: sechs bis acht Wochenstunden) sowie dem Angebot von speziellen Legasthenie-Kursen. Für die Einheiten zur Sprachförderung wird aus Sicht der Lehrkräfte zudem auch weiteres Material benötigt. Bezüglich der Kinder, für die Deutsch keine Muttersprache darstellt, wird in den Anmerkungen in Frage gestellt, inwiefern das Erlernen von Englisch sinnvoll erscheint, da sie sich zu der Zeit noch im Aneignungsprozess ihrer ersten Fremdsprache befinden.

In diesem Zusammenhang, aber auch generell angesichts der individuellen Bedürfnisse der Kinder mit Auffälligkeiten plädieren einige Teilnehmende für die Möglichkeiten einer individuellen Abweichung vom Lehrplan. Sie wünschen also freie Entscheidungsmöglichkeiten darüber, den Lernstoff reduzieren und flexible Lernangebote machen zu können. Andere wünschen eine generelle Änderung des Lehrplans, wobei Grammatik, Wortschatz und Lesen priorisiert und das Erlernen der Schreibschrift fakultativ werden. Der daraus resultierende

Spielraum ermögliche ebenfalls individuellere Aufgabenstellungen, die besser an die Vorkenntnisse sowie den Leistungsstand der Kinder angepasst sind.

Anmerkungen im Hinblick auf die Eltern der Kinder

Auch die Eltern können durch gezielte individuelle Förderung und Unterstützung und der Begleitung von entsprechenden Übungen zu einer Verbesserung der Situation beitragen. Dementsprechend ist es aus Sicht der Befragten auch von großer Bedeutung, dass die Eltern Einsicht bezüglich der Auffälligkeiten ihrer Kinder zeigen und bereit sind, Hilfsangebote zu unterstützen und anzunehmen. Dazu zählt auch ein zuverlässiges Lesen von Informationen, Vorweisen eines vollständigen Arbeitsmaterials und Umsetzen von Ratschlägen. Dies ist jedoch nicht immer der Fall.

Insbesondere die Testungen werden teilweise verweigert und es ist viel Überzeugungsarbeit notwendig, damit die Eltern z. B. einem Antrag auf sonderpädagogischen Förderbedarf zustimmen. Aus diesem Grund wünschen sich einige Lehrkräfte zum einen mehr Zeit und auch personelle Unterstützung einer Zweitkraft für die notwendigen Elterngespräche, mehr (Budget) für Übersetzer und Übersetzerinnen für ebendiese Gespräche und zum anderen auch mehr verpflichtende Beteiligung und Mitwirkung der Eltern sowie mehr rechtliche Handhabe, falls diese verweigert wird. So sollte es aus Sicht der Befragten z. B. in Bezug auf Vandalismusvorfälle ein abgestimmtes Vorgehen und Maßnahmen geben, auf die sich die Lehrkräfte in solchen Fällen beziehen können. Eine Person schlägt zudem auch vor, eine Erziehungshilfe bzw. Elternschule für jene Eltern einzurichten, die bei wiederholtem Fehlverhalten ihres Kindes keine Mitwirkung zeigen. Die betreffenden Lehrkräfte, beteiligten Schulpsycholog/-innen und das Jugendamt würden in diesem Fall im Team über die Notwendigkeit zur Teilnahme entscheiden. In der Elternschule bekommen sie dann Methoden für Struktur im Alltag, Reflexion und Kritikfähigkeit vermittelt. Bei Teilnahmeverweigerung sei ein Ordnungsgeld fällig. Es gibt alternativ weiterhin den Vorschlag, ein unabhängiges Gremium einzurichten, welches entscheidet, was die geeigneten Fördermaßnahmen oder die passende Schulwahl für ein Kind wären, sodass der Elternwille hierbei nicht mehr das zentrale Kriterium darstellt, sondern die Einschätzung der Lehrkräfte ebenfalls von Bedeutung ist.

Anmerkungen im Hinblick auf den Antragsprozess für einen sonderpädagogischen Förderbedarf

Neben den Schwierigkeiten bei Überzeugung der Eltern, die mit dem Antragsprozess für den sonderpädagogischen Förderbedarf einhergehen, werden weitere Probleme oder Einschätzungen dieses Prozesses thematisiert. Einige Leitungen schätzen den Vorgang als zeitaufwendig und mit vielen Verzögerungen ein. Insbesondere die Testungen durch den mobilen sonderpädagogischen Dienst nehmen teils Monate in Anspruch und auch die Termine bei Ärzten und Ärztinnen sind nur schwer zu erhalten. Außerdem gestaltet sich teilweise die gemeinsame Terminvereinbarung mit Eltern, dem mobilen sonderpädagogischen Dienst sowie den Lehrkräften als herausfordernd. Ebenfalls kritisiert werden die bürokratischen Hürden des Antragsprozess und es werden die Schwierigkeiten angesprochen, die auftreten, wenn es darum geht, die notwendigen Schweigepflichtsentbindungen zu bekommen. Dementsprechend wurde hier die Forderung aufgeführt, die Datenschutzrichtlinien in der Zusammenarbeit mit den Psychotherapeuten und -therapeutinnen sowie dem Jugendamt weniger streng behandeln zu müssen.

Anmerkungen im Hinblick auf die Thematik und Umfrage

Zusammenfassend lässt sich sagen, dass die Lehrkräfte die Integration von Kindern mit Auffälligkeiten als immer schwieriger werdende Aufgabe wahrnehmen. Es gibt aus ihrer Sicht eine steigende Anzahl dieser Kinder und die Zusammensetzung der Klassen sorgt dafür, dass die Kinder ohne Auffälligkeiten weniger Aufmerksamkeit bekommen. Um ihrem Anspruch einer Förderung und Berücksichtigung aller gerecht zu werden, muss aus Sicht vieler Lehrkräfte etwas verändert werden und vor allem Schulen mit einem hohen Anteil von Migration muss mehr Rückhalt und Stabilität zuteilwerden. Insbesondere müssen klare Diagnosen und Förderpläne vorhanden sein und weiterhin mehr Förderkurse, Schulbegleitungen sowie externe Maßnahmen wie Logopädie, Ergotherapie und Lerntherapie bereitgestellt werden, damit nach der Diagnostik auch Maßnahmen ermöglicht werden können. Eine Person hat zum aktuellen Stand formuliert: „Die psychische Gesundheit der Lehrkräfte sehe ich zunehmend in Gefahr.“ Dementsprechend hoffen die Befragten angesichts der Umfrage auf eine Verbesserung der Situation, befürchten jedoch gleichzeitig, dass der Lehrkräftemangel hierbei ein entscheidendes Hindernis darstellt.

Vergleich mit anderen Studien

Im Bereich der Studien, die Bayern betreffen und die Situation in Kindertageseinrichtungen oder Grundschulen sowie die Arbeit mit Kindern mit besonderen Förderbedarfen adressieren, findet sich wenig. Nur eine Studie, die zudem bereits auf einer Datengrundlage vor zehn Jahren basiert, kann daher zum Vergleich herangezogen werden. Es handelt sich um eine vom Staatsinstitut für Frühpädagogik, vom Bayerische Sozialministerium und von der Arbeitsstelle Frühförderung Bayern gemeinsam durchgeführte Studie mit dem Ziel, die Umsetzung von Inklusion als gemeinsame Aufgabe von Kindertageseinrichtungen und Frühförderung in Bayern (IVO-Studie) zu untersuchen (Kißgen et al. 2021). Dafür wurden im Kita-Jahr 2015/16 alle Kindertageseinrichtungen in Bayern mit dem Anliegen der Untersuchung des aktuellen Stands der Inklusion kontaktiert (Kißgen et al. 2021). Die Befragung richtete sich an die jeweiligen Leitungskräfte der Kindertageseinrichtungen und Frühförderstellen sowie an Mitarbeitende der mobilen Heilpädagogischen Fachdienste. Interessanterweise hatte die damalige Studie eine ähnliche Rücklaufquote wie die Befragung in Ingolstadt, von den 8.748 eingeladenen Personen haben 2.823 Menschen tatsächlich teilgenommen. Bei der IVO-Studie betrug die Teilnahmequote also 32,3 %; an der Befragung in den Kindertageseinrichtungen der Stadt Ingolstadt haben sich 44,4 % der eingeladenen Personen beteiligt, in den Grundschulen betrug der Rücklauf ebenfalls 32,3 %. Da in der IVO-Studie die Grundschulen jedoch unbeachtet bleiben, können in diesem Bereich keine Vergleiche vorgenommen werden.

Ähnlichkeiten zeigen sich jedoch in einigen Punkten mit der Befragung im Bereich der Kindertageseinrichtungen. So wurde bei der IVO-Studie bereits angemerkt, dass die Notwendigkeit besteht, mindestens einen Heilpädagogen bzw. eine Heilpädagogin, eine therapeutische Fachkraft oder eine Inklusionsfachkraft in den Einrichtungen zu etablieren, um den Bedarfen der Kinder besser entsprechen zu können (Kißgen et al. 2021). Auch in der Befragung in Ingolstadt war dies ein zentrales und immer wieder gefordertes Anliegen. Weiterhin wurde in der damaligen Studie auch die Raumgestaltung thematisiert und festgehalten, dass bei Neubauten

gesonderte Räume für Therapie und Förderung vorgehalten werden und bei bestehenden Institutionen kreative Lösungen gefragt sind, um den Kindern Rückzugs- und Fördermöglichkeiten bereitzustellen zu können (Wölfl et al. 2017). Dies wird in der vorliegenden Studie im Rahmen der offenen Anmerkungen auch mehrmals von den pädagogischen Mitarbeitenden aufgeführt.

Zu den sonstigen Ergebnissen können keine Vergleiche gezogen werden, da sich die IVO-Studie ausschließlich auf Kinder mit Behinderungen bezieht und in der hier vorliegenden Studie auch Kinder mit ähnlichen Auffälligkeiten berücksichtigt werden. Weiterhin wird in der IVO-Studie auch weniger Fokus auf die Unterstützungsmaßnahmen für die Kinder mit erhöhtem Förderbedarf gelegt. Stattdessen ist dort vor allem die Kooperation zwischen Kindertageseinrichtungen und Frühförderstellen zentral, die in Ingolstadt nicht untersucht wurde. In Bezug auf die pädagogischen Mitarbeitenden sollen die Einrichtungsleitungen in der IVO-Studie ausschließlich deren Haltung zu Inklusion und nicht ihre Belastung einschätzen, sodass in diesem Bereich ebenfalls keine Vergleiche möglich sind.

Weitere Studien, die sich auf einzelne bayerische Städte beziehen und die dortige Situation hinsichtlich Kinder mit Auffälligkeiten bzw. besonderen Förderbedarfen darstellen, konnten nicht gefunden werden. Dementsprechend ist ein weiterer Vergleich mit der hier vorliegenden Studie nicht möglich.

Fazit und Ausblick

Dieser Abschnitt beginnt mit einer Zusammenfassung der wichtigsten Ergebnisse der Befragungen. Basierend auf den Umfrageergebnissen werden im Anschluss Handlungsempfehlungen entwickelt und dargestellt. Am Ende folgt ein abschließendes Fazit.

Zusammenfassung der zentralen Umfrageergebnisse

Mit der vorliegenden Untersuchung sollte eine erste Datengrundlage zu Kindern mit Auffälligkeiten bzw. erhöhtem Förderbedarf in den Ingolstädter Kindertageseinrichtungen und Grundschulen geschaffen werden. Dies erfolgte mithilfe von Online-Umfragen, unter den pädagogischen Mitarbeitenden der Kindertageseinrichtungen einerseits und unter den Lehrkräften und Förder- bzw. Fachlehrer/-innen andererseits. Insgesamt konnte bei der Auswertung für die Kindertageseinrichtungen auf die Antworten von 236 und bei der Analyse für die Grundschulen auf die Angaben von 146 Teilnehmenden zurückgegriffen werden.

Kinder mit erhöhtem Förderbedarf

Im Hinblick auf Kinder mit integrativen Maßnahmen bzw. Eingliederungshilfen lässt sich festhalten, dass in den Gruppen bis zu neun Kinder mit integrativen Maßnahmen bzw. Eingliederungshilfen unter drei Jahren und bis zu 24 Kinder mit ebendiesen Maßnahmen im Alter von drei Jahren und älter vorhanden sind. In den Grundschulen der Stadt Ingolstadt²⁵ variiert die Anzahl an Kindern mit sonderpädagogischem Förderschwerpunkt je Klasse zwischen keinem

²⁵ Es handelt sich hierbei ausschließlich um die Regelschulen.

und sechs Kind(ern). Kinder mit Notenschutz bzw. Nachteilsausgleich sind innerhalb einer Klasse ebenfalls mit bis zu sechs Kindern gleichzeitig vertreten.

Neben den Kindern, die solche Unterstützungsleistungen erhalten, gibt es auch Kinder, die ähnliche Auffälligkeiten aufweisen, aber keinen Förderstatus innehaben. Dabei werden in den Kindertageseinrichtungen insgesamt 362 Kinder mit motorischen Auffälligkeiten angegeben. Das entspricht 10,4 % der Gesamtkinderanzahl der Stichprobe von 3.490 Kindern. In den Schulen beträgt die Referenzgruppe der Gesamtkinderanzahl 3.013 Kinder. Von ihnen sind 8,0 %, also 242 Kinder, körperlich-motorisch auffällig.

Als sensorisch auffällig werden in den Kindertageseinrichtungen insgesamt 392 Kinder (11,2 % der Gesamtzahl) von den pädagogischen Mitarbeitenden eingeschätzt. In den allgemeinen Grundschulen werden nur 62 Kinder, das sind 2,1 % aller Kinder, angegeben, welche sensorische Auffälligkeiten zeigen. Der Großteil von ihnen hat dabei Auffälligkeiten im Bereich des Hörens (48,4 %) oder des Sehens (46,8 %).

Kinder mit kognitiven Auffälligkeiten machen mit einer absoluten Anzahl von 444 12,7 % der gesamten Kinder der Stichprobe in den Kindertageseinrichtungen aus. In den Grundschulen bestehen aus Sicht der Befragten kognitive Auffälligkeiten bei 393 Kindern. Das sind 13,0 % aller betrachteten Kinder.

Mit 609 Kindern sind im Bereich Lernen in den Grundschulen weiterhin einige Kinder mit Auffälligkeiten zu finden. Sie machen einen Anteil von 20,2 % der erfassten Gesamtzahl an Kindern aus.

Sprachliche Auffälligkeiten sind aus Sicht der pädagogischen Mitarbeitenden in den Kindertageseinrichtungen häufig vorhanden. Die pädagogischen Mitarbeitenden geben insgesamt 783 Kinder mit sprachlichen Auffälligkeiten an. Das entspricht 22,4 % aller Kinder. In den Grundschulen wurden die sprachlichen Auffälligkeiten differenziert abgefragt nach den Kindern, die Schwierigkeiten mit der deutschen Sprache zeigen, da sie eine andere Muttersprache haben, und jenen Kindern, die Auffälligkeiten in ihrer sprachlichen Entwicklung aufweisen. Kinder aus ersterer Gruppe werden dabei mit einer Gesamtanzahl von 869 angegeben. Sprachliche Entwicklungsauffälligkeiten sind aus Sicht der befragten Lehrer/-innen bei 199 Kinder vorhanden. Insgesamt sprachlich auffällig sind damit 1.068 Kinder, das entspricht einem Anteil an der Gesamtanzahl von 35,4 %.

Sozial-emotionale Auffälligkeiten zeigen aus Sicht der pädagogischen Mitarbeitenden 634 Kinder in den Kindertageseinrichtungen, also 18,2 % der Gesamtzahl. In den Grundschulen werden 409 Kinder als sozial-emotional auffällig eingeschätzt, das entspricht 13,6 % der Gesamtzahl.

Abschließend sollten die Teilnehmenden noch angeben, wie viele Kinder in ihrer Gruppe, ohne die Kinder mit integrativen Maßnahmen oder Eingliederungshilfen bzw. sonderpädagogische Förderbedarfe oder Notenschutz oder Nachteilsausgleich, insgesamt Auffälligkeiten zeigen. Dabei wurden in den Kindertageseinrichtungen 146 Kinder unter drei Jahren und 789 im Alter von drei Jahren und älter angegeben. Das sind insgesamt 935 Kinder. Dies entspricht einem Anteil von 26,8 % an der Gesamtkinderanzahl. Die Gesamtanzahl der Kinder mit Auffälligkeiten in den Grundschulen beträgt 953, also 31,6 % aller Kinder.

In Bezug auf alle Kinder, unabhängig vom Vorhandensein integrativer Maßnahmen oder Eingliederungshilfen bzw. sonderpädagogischer Förderbedarfe oder Notenschutz bzw. Nachteilsausgleich wurden die Kinder mit Auffälligkeiten im Bereich der Gesundheit und hinsichtlich familiärer und psychosozialer Belastungen erfasst. In den Kindertageseinrichtungen hatten 117 Kinder Auffälligkeiten im Bereich der Gesundheit. Das entspricht einem Anteil von 3,4 %. In den Grundschulen zeigt sich ein ähnliches Bild. Die angegebene Zahl an Kindern beträgt 89 Kinder, das entspricht etwa 3,0 % der im Rahmen der Umfrage erfassten Gesamtkinderanzahl. Familiäre und psychosoziale Belastungen sind aus Sicht der pädagogischen Mitarbeitenden in den Kindertageseinrichtungen bei 23,3 % der Kinder vorhanden, es werden 813 Kinder angegeben. Die Anzahl an Kindern mit familiären und psychosozialen Belastungen in den Grundschulen beträgt 809. Dies entspricht 26,9 % der angegebenen Gesamtzahl.

Maßnahmen zur Förderung von Kindern mit erhöhtem Förderbedarf

Für die jeweiligen Auffälligkeiten bestehen Maßnahmen, die von den Kindern genutzt werden können. Die drei häufigsten Maßnahmen in den Kindertageseinrichtungen, die mindestens ein Kind mit Auffälligkeiten aus den Gruppen wahrnimmt, sind die Beratung seitens eines heilpädagogischen Fachdienstes (75,0 % der Befragten haben mindestens ein Kind in der Gruppe mit dieser Maßnahme), logopädische bzw. sprachtherapeutische Maßnahmen (bei 68,0 % der Befragten nutzt dies mindestens ein Kind der Gruppe) und heilpädagogische Maßnahmen (bei 58,6 % der Teilnehmenden nimmt dies mindestens ein Kind der Gruppe in Anspruch). Am seltensten genutzt, wird aktuell die Individualbegleitung. In den Klassen der Grundschulen in Ingolstadt sind die verbreitetsten Maßnahmen die Unterstützung von Schulpsychologen und -psychologinnen (74,3 % der Befragten haben mindestens ein Kind mit dieser Maßnahme in der Klasse), die Unterstützung durch einen Förderlehrer oder eine Förderlehrerin (67,8 % haben mindestens ein Kind in der Klasse, das diese in Anspruch nimmt) und durch Beratungslehrkräfte (65,2 % der Befragten haben mindestens ein Kind mit dieser Maßnahme). Am seltensten angegeben werden physiotherapeutische (zu 77,6 % nutzt dies kein Kind der Klasse) und heilpädagogische Maßnahmen (zu 71,4 % nutzt dies kein Kind der Klasse).

Ob dem Bedarf der Kinder damit entsprochen werden kann, wurde ebenfalls untersucht. So sollten die Teilnehmenden angeben, für wie viele Kinder ihrer Gruppe oder Klasse aus ihrer Sicht weiterhin Bedarf an den jeweiligen Maßnahmen besteht. Der größte Bedarf besteht aus Sicht der pädagogischen Mitarbeitenden in den Kindertageseinrichtungen an Logopädie, denn hier geben 90,3 % an, dass dies mindestens ein weiteres Kind ihrer Gruppe benötigen würde. Darauf folgt die Ergotherapie, diesbezügliche Unterstützung benötigt zu 81,7 % mindestens ein weiteres Kind. Ebenfalls häufig für mindestens ein Kind als sinnvoll erachtet, werden die Unterstützung durch eine heilpädagogische Fachkraft (78,6 % sehen dies bei mindestens einem weiteren Kind als sinnvoll an), die Beratung durch einen heilpädagogischen Fachdienst (78,3 % sehen Bedarf bei mindestens einem Kind) sowie die heilpädagogischen Maßnahmen im Allgemeinen (72,3 % schätzen bei mindestens einem Kind eine diesbezügliche Förderung als notwendig ein). An den Grundschulen wird aus Sicht der Befragten am häufigsten die Unterstützung durch Förderlehrer/-innen benötigt. So geben 84,3 % an, dass mindestens ein Kind ihrer Klasse diese Maßnahme benötigen würde. Weiterhin oftmals als notwendig erachtet wird die Hilfe von Schulpsychologen und -psychologinnen (83,0 % hat mindestens ein Kind in der

Klasse, das dies benötigen würde), die Beratung durch Beratungslehrkräfte (mit 79,8 %) sowie ergotherapeutische (mit 77,9 %) und logopädische (mit 75,6 %) Maßnahmen.

Für jede der Maßnahmen, bei denen die Teilnehmenden einen weiteren Bedarf bei Kindern aus ihrer Klasse oder Gruppe sehen, wurde weiterhin abgefragt, was aus ihrer Sicht die Gründe sind, dass die Maßnahme dennoch nicht erhalten wird. Hauptsächlich werden in den Kindertageseinrichtungen als Gründe die fehlende Unterstützung oder Zeit der Eltern und die geringe Anzahl an Plätzen bzw. Anbietern ausgemacht. Die in den Grundschulen angegebenen Gründen sind vor allem die fehlende Mitwirkung der Eltern sowie die fehlenden Plätze bzw. Anbieter für die Maßnahmen.

Der Vorkurs Deutsch wurde in der Befragung gesondert thematisiert. Aktuell ist es diesbezüglich laut den pädagogischen Mitarbeitenden in den Gruppen zu 63,9 % der Fall, dass mindestens ein Kind aus der Gruppe an dieser Maßnahme teilnimmt. Der Großteil von ihnen (38,0 %) sieht keinen weiteren Bedarf an Kindern, die einen solchen Vorkurs ebenfalls benötigen würden. Der Hauptgrund dafür, dass die Kinder trotz ihres Bedarfs die Vorkurse nicht wahrnehmen können, stellt sowohl aus Sicht der pädagogischen Mitarbeitenden als auch der Einrichtungsleitungen vor allem der Mangel an Plätzen bzw. Kursen dar. Hierbei stimmen 44,6 % der Mitarbeitenden und 57,1 % der Einrichtungsleitungen zu. In der Befragung an den Grundschulen wurden die Schulleitungen gebeten, die an ihrer Schule angebotene Anzahl an Vorkursen Deutsch und Deutsch als Zweitsprache- bzw. Deutsch-Förderkursen anzugeben und angesichts des Bedarfes zu bewerten. In der Hälfte der Fälle gab es ein bis zwei Vorkurse Deutsch, zu 30,0 % drei bis fünf Kurse und bei den restlichen 20,0 % wurde kein Vorkurs Deutsch angeboten. Den Bedarf sehen dabei 44,4 % der Einrichtungsleitungen als gedeckt an. Bei den Deutsch-Förderkursen und DaZ-Kursen boten 60,0 % der Schulen ein bis zwei Kurse und jeweils 20,0 % keinen oder mehr als fünf Kurse an. 60,0 % findet die Anzahl an Kursen dabei zu gering, ein weiteres Fünftel sogar deutlich zu gering.

Belastungssituation der Mitarbeitenden

Ziel der Befragungen war neben dem Schaffen einer Datengrundlage über die Kinder mit Auffälligkeiten auch eine Betrachtung der Belastungssituation der pädagogischen Mitarbeitenden sowie Lehrkräfte. In beiden Institutionen zeigt sich eine hohe Belastung der Befragten. In den Kindertageseinrichtungen fühlen sich fast 64 % der pädagogischen Mitarbeitenden, die diese Frage beantwortet haben, zumindest belastet, 31,5 % von ihnen geben sogar eine starke Belastung an. In den Schulen zeigt sich ein ähnliches, aber noch etwas verschärftes Bild: 39,8 % der Befragten geben „belastet“ und 38,1 % „stark belastet“ an. Das bedeutet, dass 77,9 % der Mitarbeitenden mindestens belastet sind. Bei dem Bilden einer Rangfolge der verschiedenen Arten von Auffälligkeiten nach der daraus resultierenden Belastung zeigen sich sowohl in den Kindertageseinrichtungen als auch an den Grundschulen die zwei herausforderndsten Auffälligkeiten: die Auffälligkeiten im sozial-emotionalen Bereich und die sprachlichen Auffälligkeiten. Dies passt auch zu den Wahrnehmungen der Erziehungs- und Familienberatungsstelle Ingolstadt sowie den Daten der Schuleingangsuntersuchungen.

In den Kindertageseinrichtungen folgen darauf die familiären und psychosozialen Belastungen der Kinder sowie die kognitiven Auffälligkeiten. In den Grundschulen werden die familiären und

psychosozialen Belastungen der Kinder auf dem vierten Platz hinter den Auffälligkeiten im Bereich des Lernens eingeordnet. Als geeignete Maßnahmen, die den Befragten helfen, mit der mit den Auffälligkeiten einhergehenden Belastung umzugehen, wird vor allem Coaching und Supervision gewünscht. Coaching wird in den Kindertageseinrichtungen nur von 18,6 % der pädagogischen Mitarbeitenden genutzt, in Zukunft aber von 86,3 % zur Stärkung der eigenen Resilienz als sinnvoll erachtet. Supervision wünschen sich 87,0 % der pädagogischen Mitarbeitenden in Zukunft, derzeit bestehen entsprechende Umsetzungen aber nur bei 18,5 %. In den Grundschulen finden Coachings (mit 17,7 %) und Supervision (mit 13,5 %) derzeit ebenfalls wenig Anwendung. Diese Maßnahmen werden aber für die Zukunft von sehr vielen der Befragten gewünscht (Supervision wollen 92,3 % und Coachings 86,8 % der Teilnehmenden).

Handlungsempfehlungen

Aus den quantitativen Ergebnissen der Befragungen sowie den zusätzlichen Anmerkungen der pädagogischen Mitarbeitenden sowie Lehrkräfte lassen sich einige Handlungsempfehlungen für die Zukunft ableiten.

Personalbezogene Aspekte

Allgemein wünschen sich die Mitarbeitenden in den Kindertageseinrichtungen und Grundschulen kleinere Gruppen- bzw. Klassengrößen und einen besseren Betreuungsschlüssel. Dies wird von zahlreichen Befragten aufgeführt. Um dies ermöglichen zu können, bedarf es jedoch in beiden Institutionen mehr Personal. Angesichts des Fachkräftemangels besteht zunächst die Notwendigkeit, die Attraktivität der Tätigkeit in den Grundschulen und Kindertageseinrichtungen zu erhöhen. Dies kann mithilfe von höheren Gehältern, finanziellen Unterstützungen während der Ausbildungsphase und reduzierten Arbeitszeiten bei Vollzeit gelingen. Die pädagogischen Mitarbeitenden, die in Vollzeit arbeiten, sind, das zeigen die Ergebnisse, ohnehin häufiger stark belastet. Dementsprechend würden von dieser Maßnahme die derzeitigen Mitarbeitenden bereits sofort und auch langfristig angesichts steigender Personalzahlen profitieren. Ebenfalls sinnvoll erscheint die (regelmäßige) Zahlung eines Integrationsbonus für die pädagogischen Mitarbeitenden der Kindertageseinrichtungen und die Lehrkräfte in den Grundschulen. Damit würde ein Zeichen gesetzt werden, dass die besondere Arbeit, die die Befragten leisten, honoriert wird. Gleichzeitig kann dies als Anreiz für junge Menschen sein, diese Berufe zu wählen.

Daran anschlussfähig, und zudem schneller und kostengünstiger zu realisieren, erscheint auch die Einrichtung einer anonymen Beratung bzw. eines Notfalltelefons, welche(s) die Lehrkräfte und pädagogischen Mitarbeitenden in für sie überfordernden Situationen oder bei kritischen Fällen konsultieren können.

Eine weitere Möglichkeit besteht darin, Freiräume für kollegiale Hospitationen zu schaffen, sodass die pädagogischen Mitarbeitenden und Lehrkräfte im Team und untereinander gegenseitig die Gruppen bzw. Klassen besuchen und voneinander lernen können. Auch einrichtungsübergreifende Hospitationen könnten zu einer Erweiterung der Handlungskompetenzen beitragen und damit gewinnbringend sein.

Um der zunehmenden Belastung der Mitarbeitenden und ihrem Wunsch nach Resilienzstärkung weiterhin gerecht werden zu können, eignet sich auch ein Ausbau an Supervision und Coachings. Diese Methoden kommen derzeit noch selten zur Anwendung, werden jedoch von den Befragten eingefordert.

Weiterhin sinnvoll ist es, bereits in den Ausbildungsberufen bzw. im Studium die Themen Inklusion, Kinder mit Auffälligkeiten, aber auch die Möglichkeiten der Unterstützung für pädagogische Mitarbeitende bzw. Lehrer/-innen zu etablieren und zu berücksichtigen. Im Zuge dessen sollte die Möglichkeit der heilpädagogischen Zusatzqualifikation stärker unterstützt, ermöglicht und auch beworben werden. Diese Maßnahmen bedürfen jedoch grundlegenderer Veränderungen und können nicht von der Stadt Ingolstadt im Alleingang bewältigt werden.

Da insbesondere sprachliche sowie sozial-emotionale Auffälligkeiten als besonders belastend von den Befragten wahrgenommen werden, sollte der Fokus auf der Unterstützung von diesen Kindern liegen. In sozialpädagogischen Horten, bei Schulpsychologen und -psychologinnen oder der Schulsozialarbeit kann insbesondere Kindern mit sozial-emotionalen Auffälligkeiten entsprechend ihrer Bedürfnisse begegnet werden. Oftmals haben diese Anlaufstellen einen Rückzugscharakter, der den Kindern hilft, zur Ruhe zu kommen und sich in stressigen Situationen abzureagieren. Daher müssen diese Angebote in den Grundschulen der Stadt Ingolstadt ausgebaut oder etabliert werden. In den Kindertageseinrichtungen erscheint der Einsatz mehrerer Sozialpädagogen und -pädagoginnen, die zusätzlich einzelne Kinder in den Gruppen begleiten und in schwierigen Situationen unterstützen, sinnvoll. Auf diese Weise können auch die anderen pädagogischen Mitarbeitenden entlastet werden. Für die sprachlichen Auffälligkeiten, die meistens angesichts einer anderen Muttersprache bestehen (869 Kinder, im Vergleich zu 199 mit sprachlichen Entwicklungsauffälligkeiten in dieser Stichprobe in den Grundschulen), eignet sich auch eine Hinzunahme bzw. ein Anwerben von ehrenamtlichen Personen, die die sprachlichen Fähigkeiten der Kinder individuell fördern.

Maßnahmenbezogene Aspekte

Neben den personalbezogenen Aspekten bedarf es auch Verbesserungen im Hinblick auf die Zugänglichkeit der Fördermaßnahmen für Kinder mit Auffälligkeiten. Diese sollten schneller und mit weniger Aufwand genutzt werden können. Um dies zu ermöglichen, eignet sich eine Ansiedelung der Unterstützungsleistungen in der Grundschule bzw. Kindertageseinrichtung selbst. Die Ergebnisse zeigen, dass dies vor allem für Ergotherapie, Logopädie, Physiotherapie, Psychotherapie und Sonder- sowie Heilpädagogik sinnvoll ist, sodass kurze Wege und direkte Ansprechpartner/-innen garantiert werden. Insbesondere eine Person aus dem Feld der Heilpädagogik und eine aus dem Feld der Psychotherapie sollten im besten Fall zumindest stundenweise täglich in jeder Einrichtung verfügbar sein, um mögliche spontane Krisen begleiten und bei notwendiger Förderung unterstützen zu können. Bei den Maßnahmen der Ergotherapie, Logopädie und Physiotherapie sind zwei bis drei feste Tage pro Woche in der jeweiligen Kindertageseinrichtung bzw. Grundschule ausreichend, sodass die Kinder an diesen Tagen ihre individuellen Termine erhalten oder spezielle Kurse zur gemeinschaftlichen Förderung durchgeführt werden können.

Neben dieser Umstrukturierung ist aber auch ein Ausbau des Angebots an Plätzen bzw. Anbietern und damit auch Mitarbeitenden für ebendiese Maßnahmen notwendig. In den Kindertageseinrichtungen stimmen 70,2 % der pädagogischen Mitarbeitenden zu, dass die zu geringe Anzahl an Plätzen derzeit die Inanspruchnahme von Logopädie für weitere Kinder verwehrt. Gleichwohl ist Logopädie aber auch die Maßnahme, die am häufigsten mindestens ein weiteres Kind aus den betrachteten Gruppen benötigen würde. In den Grundschulen wird vor allem die Unterstützung durch Förderlehrer/-innen für mindestens ein weiteres Kind der Klasse benötigt. Bei dieser Maßnahme liegt ein zentraler Grund für die Nichtnutzung in fehlendem Personal, hierbei stimmen 65,0 % der Befragten zu. Es bedarf also mehr Förderlehrer/-innen. Auch ein Ausbau an Beratungslehrkräften und an Fachpersonal in den mobilen sonderpädagogischen Diensten ist notwendig.

Die Erhöhung des Personals ist auch im Bereich der Vorkurse Deutsch notwendig. Auch hier sorgt die mangelnde Verfügbarkeit von Plätzen und Personal dafür, dass nicht allen Kindern, die einen Bedarf dafür hätten, diese Förderung auch ermöglicht wird.²⁶

Generell sollte neben einem Ausbau an Personal auch auf die entsprechende (pädagogische) Ausbildung der Personen geachtet werden. Insbesondere Schulbegleitungen müssen in Zukunft über ein entsprechendes Grundlagenwissen verfügen, um ihre Aufgaben durchführen zu können und damit tatsächlich für die Lehrkräfte entlastend zu wirken.

Eine weitere wichtige Maßnahme zur Entlastung der Einrichtungs- bzw. Schulleitungen und der Eltern stellt eine Vereinfachung der Antragsverfahren auf Individual- oder Schulbegleiter/-innen sowie auf integrative Maßnahmen oder einen sonderpädagogischen Förderbedarf dar. Der Bezirk Oberbayern könnte für die Beantragung ein Portal einrichten, in welchem die notwendigen Dokumente für den Antrag hochgeladen werden können. Dieses Portal sollte zudem automatisiert prüfen, ob der Antrag vollständig ist, sodass für die Nachforderungen auf allen Seiten Zeit und Ressourcen eingespart werden können. Weiterhin sind von Seiten des Bezirks verlässliche Rückmeldungen auf Fragen unerlässlich. Zur Vereinfachung der Verfahren auf integrative Maßnahmen oder sonderpädagogischen Förderbedarf wäre es auch hilfreich, dass bei Alleinerziehenden die Unterschrift des zuständigen Elternteils ausreichend ist. Außerdem sollten für die notwendigen Elterngespräche Übersetzer/-innen bereitgestellt oder finanziert werden, da sprachliche Schwierigkeiten der Eltern den Prozess laut Angaben der Befragten deutlich erschweren und verzögern. Weiterhin wäre es wünschenswert, wenn Kinder- bzw. Fachärzte und -ärztinnen ein bestimmtes Kontingent an Terminen für die notwendigen Untersuchungen im Rahmen der Antragsverfahren freihalten würden, sodass eine schnellere Terminvereinbarung möglich ist.

Information, Aufklärung und Berücksichtigung

Dass Kinder keine integrativen Maßnahmen oder keinen sonderpädagogischen Förderbedarf erhalten, ist häufig damit begründet, dass die Eltern keinen Bedarf dafür sehen (in den Kindertageseinrichtungen stimmen hierbei 70,6 % und in den Grundschulen 67,3 % zu) oder Angst vor Stigmatisierung, Ausgrenzung und Benachteiligung haben (in den

²⁶ Um neues Personal zu gewinnen, müssen Anreize geschaffen werden. Erste Ideen dafür wurden bereits bei den personalbezogenen Aspekten ausgeführt.

Kindertageseinrichtungen sehen dies 57,6 % und in den Grundschulen 54,9 % als Grund). Dementsprechend muss die Information und Aufklärung von Eltern stark ausgebaut werden. Es sollte allgemeine Informationsveranstaltungen in den Grundschulen und Kindertageseinrichtungen geben, die die Konsequenzen des Status als Kind mit integrativen Maßnahmen bzw. Kind mit sonderpädagogischem Förderbedarf darlegen. Dabei müssen die Ängste der Eltern ausgeräumt werden, im besten Fall eine Vernetzung mit anderen Eltern, die Kinder mit Auffälligkeiten haben, ermöglicht und die positiven Aspekte der Leistungen erläutert werden. Auch Ärzte und Ärztinnen oder Vertreter/-innen aus dem sozialpädiatrischen Zentrum könnten an diesen Veranstaltungen teilnehmen. Einerseits werden sie damit für den Einfluss ihrer eigenen Beurteilungen sensibilisiert, andererseits ist auf diese Weise eine direkte Vernetzung mit den Eltern möglich, was bei den Eltern Ängste nehmen könnte. Auch ein Austausch der Eltern untereinander und eine Stärkung der sozialen Integration (insbesondere von Familien, deren Muttersprache nicht Deutsch ist) sollte durch Veranstaltungen und Feste in den Blick geraten und ermöglicht werden.

Für Unsicherheit bei den Eltern sorgen auch widersprüchliche Aussagen von Ärzten und Ärztinnen bzw. der Personen, die die Diagnostik durchführen (z. B. Beratungslehrkräfte) und Kindertageseinrichtungen bzw. Schulen. Oftmals fallen im Alltag zwar Auffälligkeiten auf, aber die Kinder erreichen im Rahmen der diagnostischen Verfahren nicht die notwendigen Grenzwerte. Für solche Fälle wäre eine Verfeinerung der diagnostischen Instrumente vor allem bei sprachlichen Auffälligkeiten möglich, sodass in mehr Fällen Plätze in Vorkursen Deutsch ermöglicht werden können. Außerdem müssen weitere diagnostische Werkzeuge vor allem für Kinder im jungen Alter entwickelt werden, sodass Auffälligkeiten bereits früher erkannt und entsprechende Maßnahmen ergriffen werden können.

Neben der Anpassung der diagnostischen Instrumente sind auch Veränderungen in den Räumlichkeiten notwendig. Bei Neubau sollten direkt Räume für den Rückzug, mögliche Therapien und zur Auslastung, d. h. zum Toben, geplant und berücksichtigt werden. In den bestehenden Einrichtungen müssen innerhalb der aktuellen Räumlichkeiten solche Möglichkeiten geschaffen werden. Kostengünstige Möglichkeiten sind Abtrennungen mit Vorhängen sowie das Öffnen von Funktionsräumen wie der Turnhalle in den Momenten, in denen diese unbesetzt sind. Für die Förderung und Auslastung bedarf es auch der Anschaffung von entsprechenden Materialien.

Tabelle 3 gibt einen Überblick über die vorgeschlagenen Maßnahmen. Dort ist auch angegeben, welche Institution für die Umsetzung der Maßnahmen zuständig ist.

Tabelle 3: Übersicht über Maßnahmenvorschläge und Zuständigkeiten

Bereich	Einrichtung	Maßnahmenvorschlag	Zuständigkeit
Personalbezogene Aspekte	Kita	Kleinere Gruppengrößen in den Kindertageseinrichtungen und besserer Betreuungsschlüssel	Bezirk Oberbayern, Stadt Ingolstadt und freie Träger
	Schule	Kleinere Klassengrößen in den Grundschulen	Freistaat Bayern: Bayerisches Staatsministerium für Unterricht und Kultus
	Kita und Schule	Gewinnung von Personal durch Steigerung der Attraktivität der relevanten Berufe (z. B. höhere Gehälter, finanzielle Unterstützung während der Ausbildung, reduzierte Vollzeitarbeitszeit)	Gewerkschaften und Vereinigung der kommunalen Arbeitgeberverbände
	Kita	Zahlung eines Integrationsbonus für die pädagogischen Mitarbeitenden	Stadt Ingolstadt und freie Träger
	Schule	Zahlung eines Integrationsbonus für die Lehrkräfte	Freistaat Bayern
	Kita und Schule	Beratungsstelle bzw. Notfalltelefon zur anonymen Beratung in belastenden Situationen	Stadt Ingolstadt und ggfs. freie Träger
	Kita	Schaffung von Freiräumen für kollegiale Hospitationen (auch einrichtungsübergreifend) in den Kindertageseinrichtungen	Stadt Ingolstadt, freie Träger und Einrichtungen selbst
	Schule	Schaffung von Freiräumen für kollegiale Hospitationen (auch schulübergreifend) in den Grundschulen	Stadt Ingolstadt, Schulamt
	Kita	Ausbau von Supervision und Coaching in den Kindertageseinrichtungen	Stadt Ingolstadt und freie Träger
	Schule	Ausbau von Supervision und Coaching in den Grundschulen	Stadt Ingolstadt und Freistaat Bayern
	Kita und Schule	Anpassung der Ausbildungs- und Studieninhalte: stärkerer Einbezug von Inklusion, Umgang mit Auffälligkeiten und Resilienz	Freistaat Bayern: Bayerisches Staatsministerium für Familie, Arbeit und Soziales und Bayerisches Staatsministerium für Unterricht und Kultus
	Kita	Förderung einer heilpädagogischen Zusatzausbildung	Stadt Ingolstadt und freie Träger
	Schule	Ausweitung des Angebots an sozialpädagogischen Horten, Schulpsycholog/-innen und Schulsozialarbeit	Stadt Ingolstadt, Bezirk Oberbayern

	Kita	Sozialpädagogen/-innen als Unterstützung in den Kindertageseinrichtungen	Stadt Ingolstadt und freie Träger
	Kita und Schule	Förderung von ehrenamtlichem Engagement zur Förderung der sprachlichen Fähigkeiten	Stadt Ingolstadt und ggfs. freie Träger und Einrichtungen selbst
Maßnahmenbezogene Aspekte	Kita und Schule	Ansiedlung der Unterstützungsmaßnahmen in den Einrichtungen selbst (v. a. bei Ergotherapie, Logopädie, Physiotherapie, Psychotherapie, Sonder- und Heilpädagogik)	Einrichtungen und Stadt Ingolstadt zur Vermittlung
	Kita und Schule	Ausbau an Anbietern bzw. Plätzen	Freistaat Bayern durch Ausbau von Studiengängen und Steigerung der Attraktivität des Berufs, Stadt Ingolstadt für Steigerung der Attraktivität der Region
	Schule	Einsatz von mehr Förderlehrkräften in den Grundschulen	Freistaat Bayern
	Schule	Erhöhung des Angebots an Deutsch-Vorkursen	Freistaat Bayern
	Schule	Bessere Qualifikation der Schulbegleitungen	Träger der Maßnahme
	Kita und Schule	Vereinfachung des Antragsverfahrens auf Individual- oder Schulbegleitung und integrative Maßnahme	Bezirk Oberbayern
	Kita und Schule	Terminkontingent für notwendige Untersuchungen bei Kinder- und Fachärzt/-innen	Bezirk Oberbayern und Stadt Ingolstadt
Information, Aufklärung und Berücksichtigung	Kita und Schule	Informationsveranstaltungen in den Grundschulen und Kindertageseinrichtungen	Stadt Ingolstadt, freie Träger und Einrichtungen bzw. Schulen
	Kita und Schule	Förderung von Vernetzung der Eltern und sozialer Integration (z. B. durch Veranstaltungen und Feste)	Stadt Ingolstadt und freie Träger
	Kita und Schule	Anpassung der Diagnoseverfahren (z. B. bei sprachlichen Auffälligkeiten und für Kinder im jungen Alter)	Freistaat Bayern: Bayerisches Staatsministerium für Familie, Arbeit und Soziales und Bayerisches Staatsministerium für Unterricht und Kultus
	Kita und Schule	Anpassungen der Räumlichkeiten (z. B. durch Schaffung von Räumen für Rückzug, Therapie und Auslastung)	Stadt Ingolstadt, freie Träger und Einrichtungen selbst

Ausblick

Die vorliegende Studie zeigt, dass Kinder mit Auffälligkeiten in der Stadt Ingolstadt in den Kindertageseinrichtungen und Grundschulen weit verbreitet sind. Dabei wird offenkundig, dass bei vielen Kinder der erhöhte Förderbedarf nicht formalisiert im Sinne von integrativen Maßnahmen oder Eingliederungshilfen oder einem sonderpädagogischen Förderbedarf festgelegt wurde. In den Kindertageseinrichtungen zeigen 26,8 % der Kinder der Gesamtzahl Auffälligkeiten. Dabei sind nur die Kinder inkludiert, die keine integrative Maßnahmen und keine Eingliederungshilfen besitzen. In den Grundschulen entspricht der Anteil an Kindern mit Auffälligkeiten 31,6 % der Gesamtzahl. Auch hierbei sind Kinder mit sonderpädagogischem Förderbedarf, Notenschutz oder Nachteilsausgleich nicht enthalten. Die Kinder verfügen also trotz erhöhtem Förderbedarfs nicht über die notwendigen Maßnahmen, obwohl sie für ihre individuelle Förderung deutlich mehr Ressourcen der pädagogischen Mitarbeitenden und Lehrkräfte beanspruchen als andere Kinder. Die pädagogischen Mitarbeitenden und Lehrkräfte sind dadurch stark herausgefordert und bewegen sich an ihrer Belastungsgrenze. Dementsprechend muss diese Thematik stärker in das Bewusstsein von Politik und Gesellschaft rücken, damit entsprechende Maßnahmen eingeleitet werden können und der Status als Kind mit erhöhtem Förderbedarf nicht mehr mit Stigmatisierung, Ablehnung und Distanz einhergeht, sondern als Vielfalt, Ressource und Möglichkeit geschätzt werden kann.

Literaturverzeichnis

Bayerisches Landesamt für Statistik (2024a): Bayerische Schulen Eckzahlen sämtlicher Schularten nach kreisfreien Städten und Landkreisen. Stand: Oktober 2022. korrigierte Fassung vom 02.02.2024. Hg. v. Bayerisches Landesamt für Statistik. Fürth. Online verfügbar unter https://www.statistik.bayern.de/mam/produkte/veroeffentlichungen/statistische_berichte/b0100c_202200.pdf, zuletzt geprüft am 14.01.2025.

Bayerisches Landesamt für Statistik (2024b): Grundschulen sowie Mittel-/Hauptschulen in Bayern. Stand: Oktober 2023. Hg. v. Bayerisches Landesamt für Statistik. Fürth. Online verfügbar unter https://www.statistik.bayern.de/mam/produkte/veroeffentlichungen/statistische_berichte/b1102c_202300.pdf, zuletzt geprüft am 13.01.2025.

Bayerisches Landesamt für Statistik (2024c): Kindertageseinrichtungen und Kindertagespflege in Bayern 2024. Ergebnisse nach kreisfreien Städten und Landkreisen. Stand: 1. März 2024. Hg. v. Bayerisches Landesamt für Statistik. Fürth. Online verfügbar unter https://statistik.bayern.de/mam/produkte/veroeffentlichungen/statistische_berichte/k5300c_202400.pdf, zuletzt geprüft am 13.01.2025.

Bayerisches Landesamt für Statistik (2024d): Kreisfreie Stadt Ingolstadt. Eine Auswahl wichtiger statistischer Daten. Hg. v. Bayerisches Landesamt für Statistik. Fürth. Online verfügbar unter https://www.statistik.bayern.de/mam/produkte/statistik_kommunal/2023/09161.pdf, zuletzt geprüft am 14.01.2025.

Bayerisches Landesamt für Statistik (2025): Lebendgeborene, Ingolstadt, Geschlecht, Jahre. Hg. v. Bayerisches Landesamt für Statistik. Fürth. Online verfügbar unter <https://www.statistikdaten.bayern.de/genesis/online?operation=result&code=12612-003r&Regionalmerkmal=KREISE&Regionalschluesel=09,091,09161,09176,09185,09186,09162,09362,09663,09761,09562,09563,09564#ab-readcrumb>, zuletzt geprüft am 14.01.2025.

SGB VIII, vom 11.09.2012 (21.11.2024): Das Achte Buch Sozialgesetzbuch – Kinder und Jugendhilfe. In: *BGBI* 2024 (I Nr. 361).

Deutscher Bildungsserver (2023): Zahlen zur Betreuung von Kindern im Alter 0-3 Jahre. Online verfügbar unter <https://www.bildungsserver.de/zahlen-zur-betreuung-von-kindern-u3-3635-de.html>, zuletzt aktualisiert am 06.06.2023, zuletzt geprüft am 06.06.2023.

Erziehungs- und Familienberatung Ingolstadt (2024): Jahresbericht 2023. Hg. v. Erziehungs- und Familienberatung Ingolstadt. Online verfügbar unter https://www.erziehungsberatung-caritas-eichstaett.de/cms/contents/erziehungsberatung-c/medien/dokumente/eb-ingolstadt/jahresberichte-ingol/jahresbericht-2023/jb-2023-eb_ingolstadt_v4.pdf?d=a&f=pdf, zuletzt geprüft am 14.01.2025.

Foidl, Ulrike; Gronauer, Julia (2023): „Auffällige Kinder im Krippen- bzw. Kitaalter“ - Situationsbeschreibung aus der Sicht der Erziehungs- und Familienberatung Ingolstadt auf Bitte von Frau Adelinde Schmidt, Amt für Kinderbetreuung und vorschulische Bildung - Stand Juli 2023 -. Erziehungs- und Familienberatung Ingolstadt. Online verfügbar unter <https://www.ingolstadt.de/sessionnet/getfile.php?id=206833&type=do>, zuletzt geprüft am 30.09.2024.

Fröhlich-Gildhoff, Klaus; Hoffer, Rieke; Rönnau-Böse, Maike (2021): Kinder mit herausforderndem Verhalten in der KiTa. Eine Handreichung für ressourcenorientiertes Handeln. 1. Auflage. Stuttgart: W. Kohlhammer GmbH. Online verfügbar unter <https://elibrary.kohlhammer.de/book/10.17433/978-3-17-037955-8>.

Gizycki, Katja von (2023): Marte Meo Berlin & Brandenburg. Marte Meo Berlin & Brandenburg. Online verfügbar unter <https://www.marte-meo-berlin-brandenburg.de/marte-meo/information>, zuletzt aktualisiert am 20.02.2023, zuletzt geprüft am 08.05.2025.

Kißgen, Rüdiger; Wirts, Claudia; Limburg, Daniela; Wertfein, Monika; Franke, Sebastian; Wölfl, Janina; Austermühle, Julia (2021): Zur inklusiven Betreuung von Kindern mit (drohender) Behinderung in Kindertageseinrichtungen in Bayern und im Rheinland. Ein Studienvergleich. In: 1 40 (2). DOI: 10.2378/fi2021.art07d.

SGB IX, vom 23.12.2016 (22.12.2023): Sozialgesetzbuch Neuntes Buch – Rehabilitation und Teilhabe von Menschen mit Behinderungen. In: *BGBI* (I Nr. 412).

Stadt Ingolstadt (2025): Quartiersentwicklung Augustin-, Konrad- und Piusviertel. Stadt Ingolstadt. Online verfügbar unter https://www.ingolstadt.de/Leben/Soziales-Wohnen/Stadtteiltreffs/index.php?La=1&object=tx_465.3547.1&kat=&kuo=2&sub=0&NavID=2789.91&La=1, zuletzt aktualisiert am 06.05.2025, zuletzt geprüft am 06.05.2025.

Stadt Ingolstadt - Amt für Kinderbetreuung und -bildung (2024): Jahresbericht 2023. Hg. v. Stadt Ingolstadt - Gesundheitsamt. Ingolstadt.

Stadt Ingolstadt - Gesundheitsamt (2024a): Auswertung der Schuleingangsuntersuchung, Erst- und Wiederholungsuntersuchungen von 2018 - 2023. Hg. v. Gesundheitsamt Stadt Ingolstadt. Ingolstadt.

Stadt Ingolstadt - Gesundheitsamt (2024b): Auswertung Hausstatistik 23/24. Hg. v. Stadt Ingolstadt - Gesundheitsamt. Ingolstadt.

Stadt Ingolstadt - Gesundheitsamt (2024c): Sprachliche Auffälligkeiten bei der Schuleingangsuntersuchung für die Einschulungsjahrgänge ab 2018. Hg. v. Stadt Ingolstadt. Ingolstadt.

Stadt Ingolstadt - Jugendhilfeausschuss (2023): Inklusion – Möglichkeiten und Grenzen: Situationsbeschreibung städt. Kitas. Jugendhilfeausschuss am 26.09.2023. Online verfügbar unter <https://www.ingolstadt.de/sessionnet/getfile.php?id=206832&type=do>, zuletzt geprüft am 14.01.2025.

Wölfl, Janina; Wertfein, Monika; Wirts, Claudia (2017): IVO- Eine Studie zur Umsetzung von Inklusion als gemeinsame Aufgabe von Kindertageseinrichtungen und Frühförderung in Bayern. Kita-Ergebnisbericht. Hg. v. Staatsinstitut für Frühpädagogik. Online verfügbar unter https://www.ifp.bayern/files/media/ifp/public/downloads/de/veroeffentlichungen/projektberichte/projektbericht_30_ivo_barrierefrei_okt_17.pdf, zuletzt geprüft am 29.04.2025.

Beteiligte Personen

Projektteam der Stadt Ingolstadt

- Adelinde Schmid (Leiterin des Amts für Kinderbetreuung und -bildung)
- Oliver Betz (Leiter des Amts für Jugend und Familie)
- Simone Rehak (Stellvertretende Leiterin des Amts für Jugend und Familie)
- Dr. Thomas Stur (Fachlicher Leiter des Schulamts)
- Isfried Fischer (Referent für Soziales, Jugend und Gesundheit des Referates V)
- Marc Grandmontagne (Referent für Kultur, Bildung und Sport des Referates IV)

Projektteam des Zentralinstituts für Ehe und Familie in der Gesellschaft

- Prof. Dr. Klaus Stüwe (Direktor des Instituts)
- Dr. Veronika Hecht (Projektleitung, Wiss. Mitarbeiterin)
- Helena Czech, M.A. (Projektmitarbeiterin, Wiss. Mitarbeiterin)
- Eva-Maria Vierring (Teamassistentin)

Impressum

© 2025

Zentralinstitut für Ehe und Familie in der Gesellschaft (ZFG)
Katholische Universität Eichstätt-Ingolstadt Marktplatz 4
D-85072 Eichstätt

Direktor: Prof. Dr. Klaus Stüwe
Tel.: +49 8421/93-21141
Mail: zfg@ku.de

Redaktion, Inhalt: Helena Czech, Dr. Veronika Hecht, ZFG
Layout: Helena Czech, Alexandra Hoff-Ressel, ZFG
Bildnachweis Titelseite: Colourbox.de
Projektverantwortung: Dr. Veronika Hecht
E-Mail: veronika.hecht@ku.de
Tel.: + 49 8421/93-21614